

## — Fünfundzwanzigster Jahrgang. —

Nr. 36.

**Gesamtüberblick über die polnische Tagesliteratur**

Amtlich zusammengestellt im Kgl. Polizei-Präsidium in Posen.

Posen, den 12. September 1916.

**Inhalt:** Inland: Landtagswahl Czarnikau—Jelehne—Kolmar, S. 979. — Bismarck und die Polenfrage, S. 979. — Die polnische Verständigungs-Presse, S. 979. — „Polen“ im soziald. Licht, S. 980. — „Mit dem Strom“ gegen Nationaldemokratie, S. 981. — Rechtsbeistandsbureau für Krieger, S. 982. — Die polnischen Genossenschaften in Schlesien, S. 983. — Witowski Jubiläumsfonds, S. 984. — Polnische Frauenvereine, S. 985. — Zur Lebensmittelversorgung in Posen, S. 986. — Besetztes Gebiet: Eine Ansprache des „Gen.-Gouv. von Wejeler, S. 987. — Gegen die Autonomie von Rußlands Gnaden, S. 987. — Von einem Nichtpublizisten. — Warschau, S. 989. — Russische Untertanen?, S. 989. — Vom Klub der Anhänger des polnischen Staatswesens, S. 989. — Unter der deutschen Okkupation, S. 990. — Selbstverwaltung im österr. Besatzungsgebiet, S. 991. — Zukunft Litauens, S. 992. — Vom Hilfskomitee für Polen, S. 994. — Ausland: Mandatsniederlegung des Abg. Dajzynski, S. 997. — Vom russ. Autonomie-Projekt, S. 997. — Russisches Blendwerk, S. 998. — Eine interessante Unterredung, S. 999. — Die poln. Angelegenheit in Rußland, S. 1000. — Dmowski und Litauen, S. 1001. — Polentum in der Emigration, S. 1001. — Polnische Aktion in Skandinavien, S. 1002. — Polnische Pressstimmen zu den letzten Kriegserklärungen, S. 1004—1007.

**Die polnische Frage in Deutschland.**

Aus Nr. 292 des Dziennik Poznański (Posen)  
vom 5. September 1916.

Aus dem Bureau des Provinzialwahlkomitees erhalten wir was folgt:

Anlässlich des Todes des bisherigen Abgeordneten Vierck werden Ergänzungswahlen für den preußischen Landtag im Wahlkreise Czarnikau—Jelehne—Kolmar am 23. August bzw. 6. September stattfinden. Angesichts des numerischen Übergewichts der deutschen Wahlmänner haben wir im obigen Wahlbezirk keine Aussichten auf Sieg.

Aus diesem Grunde und mit Rücksicht auf die gegenwärtigen Kriegsverhältnisse fordern wir hiermit alle polnischen Wähler auf, an obigen Ergänzungswahlen nicht teilzunehmen.

Posen, den 13. Juli 1916.

Das Provinzialwahlkomitee für das Großherzogtum Posen.

(Unterschriften.)

Aus Nr. 198 des Dziennik Poznański (Posen)  
vom 31. August 1916.

Unter dem Titel

**„Der Schatten Bismarcks“**

meint das Blatt mit dem Hinweis auf die gegenwärtig von der deutschen Presse erörterte Frage, wie sich Bismarck zu der Angelegenheit der Annexion gestellt haben würde, u. a. was folgt:

Es hat sich in diesen Ausführungen auch für die polnische Frage ein Eckchen gefunden: Die „Kreuzzeitung“ polemisierte mit der „Magdeburger Zeitung“ über die Frage, ob man das Kongreßkönigreich Polen wieder aufbauen solle, und sie berief sich auf die gegenteilige Meinung Bismarcks vom Jahre 1887. Wir werden auf diese geschichtlichen Erinnerungen nicht eingehen, wollen sogar nicht fragen, weshalb die Frage nicht so gestellt wird, wie

sie vom politischen Gesichtspunkt aus gestellt werden sollte, nämlich: „Was würde Bismarck heute, nach 30 Jahren, unter den gegenwärtigen Verhältnissen sagen, wenn er vor demselben Problem stünde?“ Nicht Erinnerungen und Zitate werden über die großen europäischen Probleme entscheiden, sondern das politische Interesse und die Notwendigkeit, vor allem aber das, was Bismarck stets in die Waagschale seiner Politik geworfen hat: Blut und Eisen.“

Aus Nr. 35 der Praca (Posen)  
vom 27. August 1916.

**Nicht nur wir.**

Unter dieser Überschrift brachte der Lissaer „Kraj“ einen Artikel, in welchem er den in Nr. 175 des „Dziennik Bydgoski“ veröffentlichten Brief des Herrn Johann Teska wiedergibt. Der Brief enthält ein bestimmtes Eintreten für die Mittelstaaten. Der Verleger und Schriftleiter des „Dziennik Bydgoski“. — Herr Teska — gehörte niemals zu den Versöhnlern, er war vielmehr ein Vertreter der sogenannten „radikalen“ politischen Richtung in unserem Teilgebiet und saß noch kurz vor Ausbruch des Krieges eine längere Gefängnisstrafe für die Kundgebung seiner Anschauungen ab. Heute dagegen erklärt er sich entschieden für die Mittelstaaten gegen Rußland und stellte sich ausgesprochen auf den Standpunkt des Vertrauens zum Reichskanzler. Diese Erklärung des Herrn Teska wiederholt auch die „Gazeta Opolaska“, welche von dem um die Entwicklung der nationalen Bewegung in Schlesien sehr verdienten Politiker Herrn Bronislaus Koraszewski herausgegeben wird. Auch Herr Koraszewski gehörte nicht zu den Versöhnlern, auch er zog sich durch seine publizistische Tätigkeit die Ungnade der Regierung zu und saß lange Monate im Gefängnis. Und indem er heute den Aufruf des Herrn Teska, die Haltung des „Kraj“, der „Gazeta Grudziomska“ und vieler im Königreich Polen erscheinenden Blätter in Erwägung zieht, Blätter, die seines Erachtens in kraftvollen und ausdrucksvollen Artikeln den Wunsch äußern, daß die polnische Frage auf dem Boden einer Verständigung mit den Mittelmächten

7



gelöst werde, erklärt er entgegen allen russenfreundlichen Träumereien: „Das ist auch unser Standpunkt, weil wir ihn mit Rücksicht auf das Wohl der polnischen Sache und mit Rücksicht auf das katholische und nationale Interesse für den einzig richtigen und geschichtlich und politisch begründeten Standpunkt halten.“

Sonderbarerweise haben jene uns übelwollenden deutschen Zeitungen offenbar nicht recht, die da der Regierung einzureden suchen, daß die Polen unverändert auf dem Standpunkt der Zurückhaltung ständen, wenn schließlich ohne dringenden Grund immer mehr politische Faktoren bei uns geradezu ihren Anschluß an die Mittelstaaten erklären.

Auf den Artikel des Herrn Teska zurückkommend, möchten wir in ihm eins hervorheben. Es wurde dort geschrieben: „Die Liebe entsteht nicht plötzlich, insbesondere in den gegenseitigen Beziehungen der Völker, und es ist bekannt, daß man sich um unsere Liebe wenig beworben hat, daher wäre es gut, wenn man uns mehr Verständnis entgegenbrächte und bei der Durchführung der Umwälzung der bisherigen Bezüge keine Schwierigkeiten machte.“

In der Tat war dem so. Jedoch muß man fragen, ob man von Liebe reden kann, wenn man das Verhältnis zweier Völker im Auge hat, und ob die Liebe dort überhaupt nötig und möglich ist. Kann man denn ein solches menschliches Kollektivum, wie es ein mehrere Millionen zählendes Volk ist, lieben?

Uns scheint es, daß nicht die Liebe, sondern hauptsächlich das Interesse die Beziehungen zwischen den Völkern regelt, und das Interesse ist in der Tat ein wandelbares Ding. Im Einzelleben können Fälle vorkommen, und kommen Fälle vor, daß sich Menschen, deren Interessen ganz extrem auseinandergehen, trotzdem lieben, ja daß sich aus Liebe der eine für den andern opfert. Und umgekehrt ist das gemeinsame Interesse nicht immer die Unterlage, auf welcher die Pflanze der Freundschaft unbedingt üppig wachsen mußte.

Mit den Völkern verhält es sich anders. Weil dort naturgemäß die moralischen oder gefühlvollen Beweggründe, welche im Privatleben eine so mächtige Rolle spielen, sogar ausgeschlossen oder wenigstens auf ein Minimum reduziert sind, so wird das für den allgemeinen Instinkt am besten verständliche Ding in den Vordergrund gestellt, und dieses entscheidet über das gegenseitige Verhältnis.

Dieses Ding ist das Interesse. Daher frage man nicht nach der Liebe, sondern danach, ob und inwiefern sich das deutsche Interesse mit dem polnischen Interesse vereinbaren läßt, ob und in welchem Grade das Gebot der äußeren Notwendigkeit auf die eine, wie auf die andere Seite einen Druck ausübt, um die gegenseitigen Interessen möglichst gut und allseitig mit einander in Einklang zu bringen.

Die Erkenntnis des wahren Interesses aber ist nicht Sache irgend welcher Gefühle, sondern des Verstandes. Gefühle tragen in die menschliche Vernunft nur Verwirrung hinein. Daher muß man sich in der Politik vor ihnen hüten. Vor allem hüte man sich vor dem Haß. Der Haß ist die Hauptursache, weshalb sich die Regelung des deutsch-polnischen Verhältnisses nicht vom Fleck rührt. Auf der einen und auf der andern Seite wurde seit langen Jahren daran gearbeitet, dieses Gefühl zu entsäubern. Ist es da ein Wunder, daß sich bei dieser Leidenschaftlichkeit der gesunde menschliche Sinn verdunkelt hat?

Daher muß man sich über jede Kundgebung freuen, welche von einer Vermehrung des gesunden objektiven politischen Gedankens zeugt, des Gedankens, welcher frei von Sentimenten ist und sich von dem nüchternen Verständnis für das gegenseitige Interesse

leiten läßt. In dieser Beziehung aber bleibt sowohl auf polnischer, als auch auf deutscher Seite noch viel zu wünschen übrig.

Aus Nr. 105 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz) vom 3. September 1916.

Die „Gazeta Grudziadzka“ gibt den Inhalt eines im Bochumer „Volksblatt“ unter dem Titel

### „Polen“

erschienenen Artikels wieder und knüpft an den Abschnitt:

„Wenn uns berichtet worden ist, daß die deutschen Truppen bei ihrem Einzuge als Befreier vom russischen Joch begrüßt wurden, so trifft das für einen Teil der Bevölkerung gewiß zu. Daß ein anderer im alten Mißtrauen verharret, das durch Fehler der vergangenen Zeiten genährt worden ist, darüber darf man sich nicht täuschen. Immer wieder kann man gebildete Polen versichern hören, daß ihnen, wenn dieser Weltkrieg nicht zu ihrer nationalen Selbständigkeit führe, nur noch eine Hoffnung bleibe: Rußland! Denn mit der plumpen russischen Masse getrauen sie sich wohl, dank ihrer kulturellen Überlegenheit, fertig zu werden: wenn aber Preußen das engmaschige Netz seiner Organisation zum Zwecke der nationalen Beherrschung über Polen auswerfe, dann würde es wohl mit Recht und für alle Zeit heißen: Finis Poloniae! Das wäre das Ende der polnischen Hoffnungen!“

Die nachstehenden Betrachtungen: So sollen die Polen in Warschau denken. In dieser Beziehung ist doch wohl das „Volksblatt“ falscher Ansicht. Die Polen werden die Hoffnung niemals aufgeben. Sie glauben fest daran, daß sie die Freiheit erlangen müssen; sie glauben daran, daß, wenn sie in dem gegenwärtigen Weltkriege die Freiheit nicht wiederbekommen, Europa niemals Ruhe finden, sondern auch in Zukunft der Schauplatz vielleicht noch furchtbarer Kriege werden wird. Schließlich glauben die Polen immer noch daran, daß sie dereinst, wenn auch nach Jahrhunderten — und wenn nicht anders, so doch auf dem Wege der friedlichen Evolution — die Freiheit wieder erlangen und als freies Volk neben den anderen Völkern an den großen Aufgaben arbeiten werden, die Gott der Menschheit zugebacht hat. Die Polen denken also garnicht daran, unterzugehen! Davon legt ihre Geschichte nach der Teilung Zeugnis ab, die ein Beweis dafür ist, daß es die Polen verstehen, auch unter den schwierigsten Verhältnissen als Volk zu existieren und daß sie die Hoffnung niemals aufgeben werden, denn sie wissen, daß „ein großes Volk fallen — aber nur ein erbärmliches untergehen kann“. Und schließlich wissen sie, daß Gott über ihnen thronet, der ihr Schicksal in seiner Hand hält und der es nicht zuläßt, daß sie verloren gehen sollten.

Das „Volksblatt“ hat aber recht, wenn es sagt, daß die Polen, von denen es schreibt, vor dem maschigen Netze der russischen Organisation zum Zwecke der nationalen Beherrschung mehr Furcht hätten als vor der plumpen russischen Masse. Es hat auch recht, wenn es sagt, daß unsere Brüder im Königreich Polen nicht nur den Herrn ändern, sondern daß sie wie jedes andere Volk frei sein wollen. Denn sie meinen, wie die Sklaverei der Menschheit aufgehoben worden sei, so dürfe es auch keine Knechtschaft der Völker geben.

Unsere Brüder im Königreich Polen wollen nicht untergehen in dem Meere des Russentums, sie wollen aber auch nicht verloren gehen in dem Meere des Deutschtums, was zum Beispiel die Alideutschen wünschen. Und gerade die Politik der Alideutschen ist die Ursache, daß sich unter den Polen die Befürchtung geltend macht, von der das „Volksblatt“



schreibt. Nach unserer Meinung liegt es im Interesse beider Völker, daß die Sache klar wäre.

Dem Volksblatt ist es hauptsächlich um das Interesse des deutschen Volkes zu tun. Und wie könnte es wohl anders sein? Der Artikel des „Volksblattes“ gibt auch Zeugnis davon, daß insbesondere die deutschen Volkstreue für die polnische Sache viel Verständnis besitzen. Die alldeutschen Kreise dagegen verstehen es zum Beispiel heute noch nicht, daß selbst das stärkste Volk Freunde in der Welt gebraucht, sie haben auch kein Verständnis für eine vernünftige Lösung der polnischen Frage.

Die letzte Nummer der „Alldeutschen Blätter“ macht dem Reichskanzler darüber Vorwürfe, daß er sich in der polnischen Frage nicht nach dem Kommando der Alldeutschen richten wolle. Das sollte auch ein Fingerzeig für die Regierung sein, daß sie die Alldeutschen niemals wird befriedigen können. Nach den Ausführungen des „Volksblattes“, der „Welt am Montag“ und anderer deutschen Blätter läge es sehr im Interesse Deutschlands, wenn man sich schon jetzt, nach zweijähriger Kriegsdauer, mit der Durchführung der neuen Orientierung gegenüber den Polen befassen und vor allen Dingen die noch bestehenden antipolnischen Gesetze in die Kumpfkammer werfen wollte.“

Aus Nr. 200 des Kurjer Śląski (Gleiwitz)  
vom 1. September 1916.

#### Mit dem Strome.

Der „Kurjer Poznański“ hat sich u. a. lang und breit darüber ausgelassen, wie es geschehen ist, daß die Nationaldemokratie in der Posener Volksgesamtheit Einflüsse erlangt hat. „Wir haben nicht — so schreibt er — künstliche Programme und Formeln konstruiert, wir strengten uns nicht an, irgend welche sinnreichen Experimente zu machen, wir ersannen keine neue Doktrin. Wir suchten vielmehr nur denjenigen Kräften, Bestrebungen und Aspirationen, welche in der Seele der Volksgesamtheit tatsächlich lebten und sich entwickelten, einen entsprechenden äußeren politischen Ausdruck zu verleihen, immer mehr und konkreter das formulierend, was von Anfang an Reflexbewegung und Instinkt war.“

Die Hauptursache dafür, daß sich die Nationaldemokratie breit machen konnte, bildete unseres Erachtens der Umstand, daß im Posenschen vor ihrer Entstehung überhaupt keine konkret formulierten und tätigen politischen Parteien waren. Es war nur die Volksgesamtheit da, in deren Mitte gewisse Reibungen auf politischem und sozialem Gebiete vorkamen. Es gab keine Partei, denn die Volksgesamtheit verstand, daß in der Lage, in welcher sie sich befindet, für sie der erste Grundsatz die allgemeine Geschlossenheit der ganzen Volksgesamtheit um eine einzige nationale Fahne sein sollte. Also waren weder die sogenannte Hoppartei Rosielski's, noch die Partei des Dr. Szymanski Parteien im strengen Sinne des Wortes. Wenn sie es gewesen wären, wären sie nicht so leicht zerfallen, nachdem die beiden Führer von dem politischen Schauplatz abgetreten sind.

Diese Parteilosigkeit der Volksgesamtheit erklärt das Rätsel, warum die Nationaldemokratie zu Einflüssen gelangt ist. Sie war dazu umso leichter gelangt, weil leider sowohl die Konservativen, als auch die Volksparteiler ein Gegengewicht gegen die im Entstehen begriffene nationaldemokratische Partei nicht geschaffen hatten.

Außer ihr gibt es im Posenschen auch heute noch keine konkret umschriebenen und in Parteigeschlossenheit ausgetretenen politischen Parteien. Alle wissen, daß die posensche Volksgesamtheit sehr viele Anhänger der konservativen Partei zählt (der „Kurjer“

selbst schreibt, daß es in der Welt keine konservativere Volksgesamtheit gibt, als die polnische); nicht minder bekannt ist, wie zahlreich in dieser Volksgesamtheit das Material zu einer katholisch-völkischen Partei vorhanden ist, aber weder die eine noch die andere Richtung hat sich bisher formell in eine Partei organisiert. Alle gehen lose.

Diesen Umstand benützend, behauptet die Nationaldemokratie, daß sie die Volksgesamtheit vertrete, was jedoch der Wirklichkeit nicht entspricht. Aber einen gewissen Schein hat sie für sich, denn dagegen können nur Einzelpersonen, nicht Parteien protestieren, diegar nicht vorhanden sind gegenüber Einzelpersonen hingegen hat sie ein leichtes Spiel. Soviel zur Aufklärung dafür, woher der angebliche Erfolg der Nationaldemokratie im Posenschen gekommen ist.

Was die im vorstehenden angeführten Bekenntnisse des „Kurjer Poznański“ anbetrifft, so sind sie zweifellos aufrichtig. Ja noch mehr, sie zeugen davon, daß die Taktik der Nationaldemokratie die selbe war, wie im Königreich Polen und in Galizien. Die Nationaldemokraten ersannen in der Politik nichts, sie unternahmen gar keine neuen Experimente, sie bemühten sich um keine neue Doktrin, — mit einem Wort sie waren in der Politik nicht schöpferisch tätig, sondern sie schwammen ganz einfach, dem gewöhnlichen Geruchssinn folgend, mit den Strömungen, die sie in der Volksgesamtheit für die stärksten und allgemeinsten hielten. Diese Strömungen nahmen sie in ihre Hand, „erklärten sie und formulierten sie“, wie der „Kurjer“ schreibt, d. h. sie beherrschten sie, spannten sie vor ihren Parteiwagen und — schwammen.

In der Broschüre des galizischen Sozialdemokraten Ludwig Kulczycki lesen wir darüber folgendes Urteil:

„Sie (die Nationaldemokraten) wollten nicht als Partei auftreten, sondern sie suchten die Rolle einer allgemeinen Organisation der nationalen Kräfte zu spielen; daher ihre Intoleranz und ihr Bestreben, alles in ihre Hände zu bekommen, daher der diktatorische Ton. Sie boten auch alle ihre Kräfte auf, um die verschiedenen Kreise der Gesellschaft zu beherrschen. Um dieses Ziel zu erreichen, suchten sie, die einflussreichen Kreise unserer Gesellschaft den augenblicklichen Stimmungen anzupassen.“

„Die Nationaldemokraten waren niemals dazu fähig, die Volksgesamtheit zu leiten, sondern sie suchten nur mit dem Strome zu gehen, um Macht zu besitzen.“

In den beiden anderen Teilgebieten befanden sich die Nationaldemokraten vor ausgeprägt formulierten und aktiven Parteien. Aber (schreibt Kulczycki) „es ist charakteristisch, daß die nationaldemokratischen Führer schon in den ersten Jahren ihrer Tätigkeit alle politisch-sozialen und geistigen Strömungen zu hassen begannen. Der Konservatismus, der Liberalismus, der Demokratismus, der Radikalismus, der Positivismus, der Sozialismus, der Nationalismus waren ihnen als Richtungen verhaßt, weil sie umschrieben waren und zu etwas verpflichteten. Indes waren alle Verpflichtungen für die Führer der Nationaldemokratie unbequem, denn sie hinderten ihre Bewegungsfreiheit. Sie mußten vor allem danach streben, die Volksgesamtheit zu unterwerfen, die „Nationalregierung“ zu werden, alle Wege zu diesem Ziel waren gut.“

„Wie in Galizien, so hatten auch die Nationaldemokraten im Königreich Polen keine eigene politische Konzeption. Sie waren Nationale, sie sprachen und schrieben von der Stärkung der nationalen Gefühle, von der Demokratisierung der Volksgesamtheit, sie taten dies jedoch in einer allgemein gehaltenen Art. Mit dieser Phraseologie konnten sich



im Grunde genommen Leute verschiedener Anschauungen abfinden, denn sie enthielt keine streng formulierten politischen Forderungen . . .“

Im Posenischen, wo es politische Parteien nicht gab, stellte sich die Aufgabe der Nationaldemokraten bedeutend leichter dar. Der „Kurjer Poznański“ weist darauf hin, wenn er schreibt, daß die Nationaldemokratie sich die „Kräfte“, welche „reflexartig und instinktiv“ der Volksgesamtheit innewohnten, ausgesucht und diese Kräfte nach außen „beleuchtet und formuliert“ habe.

Da dies eher eine mechanische, als ideelle Arbeit war, da dies ein einfacher Zusammenschluß von Leuten im Namen der allgemeinsten Lösungen und auf Grund allgemeiner Beweggründe der in der Volksgesamtheit bestehenden Unzufriedenheit war, so ist es nichts Wunderbares, daß diese Bemühungen namentlich in Anbetracht des Mangels an einem organisierten Widerstand Erfolg hatten.

Unter solchen Verhältnissen überraschte uns der Krieg. Er rief in der polnischen Frage eine völlige Umwälzung hervor. Aus einem Zustand fast der Hoffnungslosigkeit ging diese Frage in einen Zustand der politischen Wiedergeburt über. Wir stehen an der Schwelle von Möglichkeiten, die drei polnische Generationen nicht gesehen haben und so zu Grabe gingen. Obgleich nicht wir diese Umwälzung erkämpft haben, so haben doch gerade wir am meisten Grund, mit allen Kräften dazu beizutragen, daß sich die Umwälzung für uns möglichst günstig vollziehe. Die Notwendigkeit des Augenblicks erfordert von uns bestimmte entschiedene Schritte, denn das Spiel geht um eine für uns große Sache, um die Zukunft Polens. Wenn für unsere Landsleute im Königreich Polen Gründe bestehen können, eine gewisse Mäßigkeit zu beobachten, so sind für uns Polen in Deutschland diese Gründe rechtspolitischen Natur nicht vorhanden. Wir, gerade wir haben die Pflicht, der Zukunft Polens in besonderem Maße einen Dienst zu erweisen.

Während die polnische öffentliche Meinung in Schlesien und in Westpreußen diese Pflicht erfüllt, erfüllen sie unseres Erachtens die nationaldemokratischen Zeitungen, insbesondere der „Kurjer Poznański“ nicht, denn er empfiehlt anstatt angestrebter Mitarbeit an der Zukunft Polens Neutralität und Passivität.

Warum? Wir zweifeln nicht daran, daß der „Kurjer Poznański“ ebenso ein Polen wünscht, wie wir. Wir sind auch überzeugt, daß er alle diese Dinge in der Theorie nicht schlechter versteht, als wir. Warum predigt er dann den Grundsatz der Passivität? . . .

Wir halten dafür, daß der „Kurjer Poznański“ ein Opfer seiner Taktik ist, deren Grundlage darin besteht, mit dem Strom zu schwimmen. Für niemanden ist es ein Geheimnis, daß ein Teil der polnischen Volksgesamtheit im Posenischen, die sich unter dem Einfluß der Nationaldemokratie befindet, den Deutschen gegenüber Haß entgegengebracht hat. Mit diesem Strom schwamm die Nationaldemokratie vor dem Kriege, und in den ersten Monaten des Krieges fachte sie diese Strömung mittelbar an. Aber inzwischen haben die Kriegereignisse die Zukunft Polens von den Mittelmächten, namentlich von Deutschland bedingt. Unser einfaches nationales Interesse verlangt, daß wir unsere Politik nicht auf einen Grundsatz, sondern auf eine Annäherung an Deutschland stützen. Die Nationaldemokratie im Posenischen ist infolgedessen in einen Zauberkreis geraten. Wenn sie den Mut fände, sich dem Strom entgegenzustellen, — und sie weiß aus der ganzen Geschichte ihrer Partei, daß die sozialen Strömungen nicht minder widerspenstig sind, als die Strömungen eines Flusses, dann würde sie fürchten, daß sie unter den Füßen den Boden verlieren und sich als Partei selbst zugrunde richten

wird. Wenn sie aber weiter mit dem Strome schwimmen wird, wird sie unseres Erachtens der polnischen Sache Schaden bringen.

Im „Kurjer Poznański“ findet der aufmerksame Leser Spuren, daß die Führer der Nationaldemokratie diesen inneren Zwiespalt fühlen. Wir lasen in ihm auch schon Artikel, die dahin zielen, aus dem Strudel herauszukommen, in welchen sie geraten sind. Sogar in den drei Artikeln, die uns dazu veranlaßt haben, diese Betrachtungen niederzuschreiben, fehlt es — obgleich der „Kurjer“ im allgemeinen an seinem Standpunkt festhält — nicht an Abschnitten, die davon zeugen, daß man sich nach einem Rettungsseil umsieht. So schreibt der „Kurjer“, daß „diese Politik (der Nationaldemokratie) in ihrem innersten Wesen konservativ, erhaltend war“, in keinem Falle aber radikal. Gegen den Vorwurf des „Radikalismus“ bemüht er sich besonders, zu protestieren.

Weil der „Kurjer Poznański“ sieht, daß die konservativen Faktoren im Posenischen tatkräftig an die Arbeit gehen, weil mit einem Wort der konservative Strom erstarkt, so schlägt er unter der starken Schieberei aus seiner bisherigen Windbüchse die erste Brücke nach dem anderen Ufer. Darin liegt zwar keine politische schöpferische Kraft, aber es ist eine opportunistische, durch die üblichen Gewohnheiten der Partei vervollkommnete politische Technik — in der Richtung des Stroms, der an Kraft zunimmt . . .

Und wenn die Nationaldemokratie in dieser Tendenz von nun an folgerichtig ausharren wollte, so glauben wir, daß sie manches aus ihrer Vergangenheit wiedergutmachen könnte. . . .

Aus Nr. 198 des Dziennik Poznański (Posen)  
vom 31. August 1916.

### Der Rechtsbeistand für Krieger und ihre Familien.

Mit Recht haben unsere Zeitungen in der letzten Zeit hervorgehoben, daß eine der dringendsten Angelegenheiten, welche seit Anfang des Krieges auf ihre Lösung warteten, unzweifelhaft die Angelegenheit des Rechtsbeistandes für die Krieger und ihre Familien sei. Infolge der Unkenntnis der Gesetzesvorschriften, der Unfähigkeit, die erforderlichen Schritte zu tun und infolge verschiedenartiger Schwierigkeiten gehen unserem Volke viele Vorteile verloren, die ihm auf Grund der Gesetze zustehen.

In Berücksichtigung dessen bildete sich nach Verständigung mehrerer Organisationen das unterzeichnete Hauptkomitee, dessen Aufgabe die Organisation eines Netzes von Rechtsbeistandsbureaus für die Krieger und ihre Familien ist. Indem sie ihnen rechtlichshaffen Rat und Hilfe gewähren, sollen die Rechtsbeistandsbureaus den Kriegern und ihren Familien zur Ausnützung aller ihnen zustehenden Rechte verhelfen und sie andererseits vor Ausbeutung durch gewissenlose Leute schützen.

Das erste Rechtsbeistandsbureau für Krieger und ihre Familien eröffnet das Hauptkomitee mit dem 1. September in Posen, Martinstr. Nr. 69 (gegenüber der Bäckerstr.). Das Bureau ist täglich (mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen) von 10—1 und 4—7 geöffnet und erledigt alle Rechtsangelegenheiten, die im Zusammenhange mit dem Kriege stehen und Rat oder Schreibarbeit erfordern. Besonders fallen in das Gebiet der Raterteilung: die staatlichen- und Gemeindefeldkriegsunterstützungen, die Wöchnerinnenbeihilfen, die Ansprüche der Krieger und ihrer Familien an die staatlichen Versicherungen, Kriegsrenten für die Krieger, Kriegsrenten für die Familien der Gefallenen, die Kapitalisierung der Kriegsrenten, Anträge um Urlaub, Nachforschungen über das Schick-



sal von Kriegern, Anträge auf Auszahlung von Löhnung für gefallene Soldaten, Mietsangelegenheiten, Entschädigung für den Kriegsdienst von Söhnen, Veteranenbeihilfen usw., sowie Hilfeleistung beim Verschicken von Briefen, Sachen und Geld an die Soldaten im Felde und in der Gefangenschaft.

Für die Raterteilung und Hilfe erhält das Bureau eine kleine Entschädigung, die einzig zu seinem Unterhalt bestimmt ist; eine kleine Hilfeleistung erfolgt unentgeltlich.

In kurzer Zeit wird das Hauptkomitee die Initiative zur Eröffnung von Rechtsbeistandsbureaus auch in anderen Städten des Posenschen, West- und Ostpreußens und Schlesiens geben. Zu diesem Zwecke wird sich das Hauptkomitee an wohlgesinnte Leute mit der Bitte um Beistand wenden, ohne den die Sache natürlich nicht gelingen kann. Die Organisation ist so gedacht, daß sich in den entsprechenden Ortschaften aus drei oder mehr Personen ein Komitee bilden wird, das nach den Weisungen des Hauptkomitees das Bureau organisieren und über dasselbe wachen wird. Die Weisungen zur Gründung eines Komitees zum Rechtsbeistand und eines Rechtsbeistandsbureaus verschicken wir auf Wunsch umgehend. Mit Freuden nehmen wir die Meldungen von bereitwilligen Personen entgegen, die ohne eine Aufforderung unsererseits abzuwarten, sich mit der Organisation eines Komitees zur Gründung eines Rechtsbeistandsbureaus befassen möchten.

Die von uns für die Rechtsbeistandskomitees und die Leiter der Bureaus herausgegebenen Anweisungen erleichtern die Arbeit bedeutend. Außerdem wird das Hauptkomitee eine Erläuterung der Kriegsgesetze, Verfügungen und anderer Bestimmungen herausgeben, die mit dem Kriege im Zusammenhange stehen.

Wir beginnen die Arbeit im Namen Gottes und bitten Wohlgesinnte um Unterstützung.

Posen, den 29. August 1916.

#### Das Hauptkomitee des Rechtsbeistandes für Krieger und ihre Familien.

Geistlicher W. Dymek. Geistlicher A. Ludwiczak.  
Fr. Cejrowski. St. Nowicki, Abgeordneter.

Aus Nr. 202 des Kurjer Poznański (Posen)  
vom 5. September 1916.

#### Die schlesischen Genossenschaften im Jahre 1915.

Der Verband der schlesischen Genossenschaften, der zu Beginn des Jahres 1914 seine Tätigkeit aufgenommen hat, veröffentlicht seinen zweiten Jahresbericht für das Jahr 1915.

Soeben waren 20 Jahre verflossen seit dem Entstehen der ältesten Verbands-genossenschaft — der Volksbank in Beuthen — als der erste Bericht des Verbandes der schlesischen Genossenschaften erschien und gewissermaßen einen Überblick bot über die zwei Jahrzehnte genossenschaftlicher Arbeit in Schlesien. Das Ergebnis dieser zwanzigjährigen Arbeit waren 17 Genossenschaften mit 13 299 Mitgliedern und einem Kapital von über 40 Millionen Mark.

Natürlich kann sich Schlesien in der Entwicklung der Genossenschaften mit Posen und Westpreußen vorläufig nicht messen. Die gegenwärtige Genossenschaftsbewegung ist um 30 und einige Jahre jünger. Als im Posenschen und in Westpreußen seit der Gründung der ältesten polnischen Genossenschaft, der Bank der Gewerbetreibenden in Posen, 20 Jahre Genossenschaftsarbeit vergangen waren, da waren die Ergebnisse ihrer Arbeit weit kleinere. Der damalige Bericht zählt zwar 57 Genossenschaften auf — die Mitgliederzahl war etwa die gleiche, wie in Schlesien, nämlich 13 440 — aber an Umsatzkapital hatten dafür alle diese Genossen-

schaften zusammen nur 7 218 000 M. gesammelt — nach zwanzigjähriger Arbeit!

Die Entwicklung der schlesischen Genossenschaften war somit von vornherein eine intensivere, zweifellos dank dem Umstande, weil sie sich auf die Muster und Erfahrungen stützen konnten, die im Laufe einiger Jahrzehnte in den Genossenschaften von Posen und Westpreußen erprobt worden waren. Aber dafür hemmten zahlreiche und ernste Schwierigkeiten die Entwicklung der schlesischen Genossenschaften unermesslich. Wir wollen nur die wichtigsten aufzählen.

Zunächst nennen wir den Mangel an Leuten, die zum Leiten von Genossenschaften befähigt wären. Die polnische Bevölkerung in Oberschlesien besteht fast ausschließlich aus Arbeitern, Kleinhandwerkern und Kaufleuten, und weiter nach Westen hin aus überwiegend kleinen bäuerlichen Wirten, die besonders in nationaler Hinsicht wenig aufgeklärt sind. Die polnische Intelligenz bildete eine Handvoll Rechtsanwälte, Ärzte, Redakteure und einige Geistliche. Unter solchen Verhältnissen war die größte Klippe, an der die Bemühungen zur Gründung und Leitung der Genossenschaften scheiterten, der Mangel an Leuten, die zur Arbeit im Vorstand oder Aufsichtsrat geeignet gewesen wären. Aus diesem Grunde begegnen wir heute noch der verwunderlichen Tatsache, daß eine und dieselbe Persönlichkeit im Aufsichtsrat mehrerer Genossenschaften sitzt, in Ortschaften, die manchmal ziemlich weit von einander entfernt sind. Sogar in den Vorständen stößt man auf die gleiche Tatsache. Das zeugt beredt davon, daß der Mangel an Leuten die Entwicklung der schlesischen Genossenschaften ungeheuer erschwert. Aus diesem Grunde ist auch die Zahl der Genossenschaften so gering, und man kann nicht erwarten, daß sie in Zukunft schnell wachsen werde. Zunächst müssen sich in den bereits bestehenden Genossenschaften recht viel Leute ausbilden, damit der Mangel an solchen immer mehr zurückgehe.

Ein weiterer, sehr beachtenswerter Hemmschuh der genossenschaftlichen Entwicklung in Schlesien ist die Zusammensetzung der dortigen Bevölkerung in wirtschaftlicher Hinsicht. Die großen Massen der Arbeiterbevölkerung liefern viel Deponenten, dafür aber wenig entsprechende Reflektanten auf Darlehen. Die Unterbringung der angesammelten Kapitalien ist in Schlesien weit schwieriger, als bei uns. Von den Genossenschaften im Posenschen und in Westpreußen besaß keine ein Übermaß an Kapital, eher empfand die Mehrheit der Genossenschaften einen Mangel an solchem. Je mehr Kreditbedürfnis, um so leichter fällt einer Genossenschaft das Wirtschaften. Fürs erste kann sie in den Unterbringungen wäherlich sein, indem sie sich die sichersten aussucht; zweitens kann sie auch die Bedingungen diktieren, d. h. so verleihen, daß ihr ein hinlänglicher Gewinn verbleibt. Bei den schlesischen Genossenschaften war es umgekehrt. Die Mehrheit derselben mußte Absatz für ihre Kapitalien suchen. Am besten hatten es noch in dieser Hinsicht die Genossenschaften in den mehr landwirtschaftlichen Gegenden. Dagegen die Genossenschaften im Industriegebiet hatten in ihrer nächsten Umgebung eine normale Unterbringungsmöglichkeit fast gar nicht. Ihre Reflektanten auf Darlehen sind überwiegend Handwerker und Kaufleute, Parzellen besitzende Arbeiter, Grundstücksspekulanten und andere.

Unter solchen Verhältnissen waren die ersten Gewinne der schlesischen Genossenschaften nicht von dem Umfange, wie die der Genossenschaften im Posenschen und in Westpreußen. Zweitens erwies sich so mancher gewährte Kredit als ungelegen, manchmal sogar als gefährlich. Solche Kredite erheischten stets viel Mühe und Arbeit, und manchmal auch Opfer.

Wenn die schlesischen Genossenschaften die Anfänge überstanden haben werden, die stets das Schwerste sind, und wenn sie an Erfahrung gewonnen haben



werden, dann werden sie auch auf diesem schwierigen Boden gesund und ersprießlich arbeiten, aber immerhin wird ihre Arbeit schwerer, sein als die ihrer Posener und westpreussischen Schwestern.

Erst wenn wir uns die Verhältnisse gehörig vergegenwärtigen, unter welchen die schlesischen Genossenschaften entstanden sind und sich entwickelt haben, werden wir ihre bisherige Entwicklung, besonders auch die im Jahre 1915, gehörig würdigen können.

Dieses Jahr hat keine außergewöhnlichen Änderungen gebracht. Die einzelnen Symptome sind die gleichen, wie bei den Genossenschaften des Posener Verbandes, vor allem die Stöckung in den Geschäften. Die Umsätze verringerten sich — bei den 16 Kreditgenossenschaften betrugen sie 122½ Million Mark, gegenüber 132½ Millionen im Vorjahre. Die Summe der gewährten Wechselbarlehen sank gleichfalls von 31 Millionen Mark auf 30 Millionen Mark, ebenso der Reingewinn von 162 auf 138 000 Mark. Endlich sank auch die Mitgliederzahl, und zwar von 13 300 auf rund 13 000. Alle diese Symptome kennen wir schon aus der Entwicklung der posenschen und westpreussischen Genossenschaften. Ihre Ursache sind die Kriegsverhältnisse — daher waren sie auch in Schlesien zu erwarten. Wenngleich man diese Stöckung aus allgemeinen Gründen bedauern muß, so ist sie für die Genossenschaften selbst keine Erscheinung, welche ernste Befürchtungen wecken mußte.

Gegenüber den obigen, immerhin wenig günstigen Ergebnissen haben die schlesischen Genossenschaften für das Jahr 1915 auch so manches günstige Symptom zu notieren. Wenig sind allerdings die Anteile der Genossenschaften gewachsen, denn nur von 1 083 000 M. auf 1 099 000 M. Dagegen sind die Reserverfonds weit ansehnlicher gestiegen. Ende 1915 bildeten sie die sehr ansehnliche Summe von 1 573 000 M. gegenüber 1 469 000 M. im Vorjahre. Ungeachtet der niedrigeren Gewinne haben sich die Reserven ziemlich wesentlich gehoben, da der größere Teil der Gewinne den Reserven zugeschrieben wurde, während man für die Dividende bedeutend weniger als im Vorjahre bestimmte.

Ansehnlich sind auch die Depositen gestiegen, und zwar von 35 938 000 M. auf 37 122 000 M. Leider hat sich gleichzeitig mit dem Wachsen der Depositen die Zahl der Deponenten verringert. Es sind somit die großen Depositen gestiegen, die kleinen zurückgegangen. Es ist das eine charakteristische Erscheinung der Kriegsverhältnisse; die Reichen bereichern sich immer mehr und die Armen verarmen immer mehr. Die Deponenten mit einem Deposit bis zu 100 M. sind um ungefähr 750 zurückgegangen; es gab ihrer zu Beginn des Jahres 1915 noch 6 439, am Ende des Jahres nur noch 5 693. Die Deponenten mit einem Deposit von 100—300 M. sind um ungefähr 1 050 zurückgegangen; ihre Zahl hat sich von 5 502 auf 4 445 verringert.

Zusammen sind also von diesen kleinsten Deponenten gegen 1 800 verschwunden. Die Zahl der Personen, die ihr ganzes kleines Deposit abgehoben haben, war in Wirklichkeit weit größer, da der absolute Abgang dieser Kategorie von Deponenten zu einem bedeutenden Teile durch das Zufließen neuer Deponenten ausgeglichen wurde. Für die Genossenschaften selbst bildet dieser Abgang von einigen Tausenden dieser kleinsten Deponenten keinen allzu großen Abbruch an Kapital — denn dieser Abgang wurde reichlich gedeckt durch das Zufließen größerer Depositen. In sozialer Hinsicht ist jedoch eine sehr traurige Erscheinung, daß einige tausend Familien sich aller ihrer Ersparnisse entäußert haben, die mühsam Groschen für Groschen zusammengeharrt und für schlimme Zeiten zurückgelegt worden waren. Einige tausende von Familien, die dank ihrer Sparsamkeit und Arbeitsamkeit begonnen

hatten, in das Land der „Besitzenden“ hinaufzuklettern, haben ihre ganze Habe verloren, und sie sind wieder in das Proletariat hinabgesunken, das nichts besitzt und daher alle diejenigen haßt, welche besitzen. Auch für die Genossenschaften selbst ist insofern ein Schaden entstanden, als diese kleinen Depositen das treueste Kapital sind, das nicht so flüchtet wie große Depositen, sobald sich eine auch nur um eine Spur günstigere Unterbringung zeigt.

Bei dem gleichzeitigen Anwachsen an Depositen und bei dem Abgang an Unterbringungen in Wechselbarlehen entstand in den schlesischen Genossenschaften ein bedeutender Überfluß an Kapital. Aus diesen überflüssigen Kapitalien wurde zunächst ein größerer Teil des Bankobligos abbezahlt. Die Bankanleihen sanken von 1 039 000 M. auf 519 000 M. Der Rest der Kapitalien wurde in Banken zur Disposition eingezahlt. Infolgedessen wuchsen die Depositen in den Banken von 1 712 000 M. auf 3 273 000 M. Es ist das für Genossenschaften, wie die schlesischen, eine sehr ansehnliche Summe, immerhin aber nicht ein solches Übermaß an Kapital, wie bei den Genossenschaften im Posenschen und Westpreußen, die gegen Ende 1915 in den Banken 60 Millionen Mark Depositen hatten. Die schlesischen Genossenschaften besitzen kein solches Übermaß an Kapital, da zu ihrer Kundschaft wenig Landwirte gehören, aus deren Kreise gegenwärtig das meiste Bargeld zufließt.

Aus den obigen wenigen Bemerkungen sehen wir, daß der Krieg, wenngleich er den schwierigen Bedingungen, unter denen die schlesischen Genossenschaften arbeiten, noch neue Schwierigkeiten hinzugefügt hat, doch nicht vermochte, diese Genossenschaften in der Entwicklung aufzuhalten. Obwohl langsam, so schreiten sie Schritt für Schritt, jedoch andauernd vorwärts. Und nach dem Kriege, wenn wiederum ein Teil der Schwierigkeiten verschwinden und die Möglichkeit normaler Arbeit eintreten wird, dann wird sich auch der junge Verband der schlesischen Genossenschaften, wie wir hoffen, schnell entwickeln und eine starke und mächtige Organisation werden. S.

Aus Nr. 167 des Dziennik Poznański (Posen)  
vom 30. August 1916.

#### **Bericht des Vereins zur Obhut über den Jubiläumsfonds unter dem Namen des Erzbischofs Sikowski.**

Der unterzeichnete Vorstand erstattet hiermit für die Zeit seit dem Beginn des Bestehens des Fonds den nachstehenden Bericht:

Die Sammlung des Fonds begann im August 1911, die letzten Beiträge kamen im März 1912 ein. Die Sammlung der Beiträge wurde mit der Summe von 28 874,45 abgeschlossen. Es wurde beschlossen, diese Summe durch Zinsen auf 30 000 M. zu erhöhen, was am 31. Dezember 1913 in der Weise eintrat, daß das Saldo vom 1. Januar 1914 31 155,10 M. betrug, von denen 30 000 M. zum Anlagefonds und 1 155,10 M. zum Dispositionsfonds verwendet wurden. Am 10. Oktober 1914 wurde unter der Bezeichnung „Erzbischof Sikowski und Comp.“ eine Gesellschaft m. b. H., mit dem Sitz in Posen gegründet. Die Gesellschaft setzte sich aus drei Mitgliedern zusammen. Es traten ihr bei der verstorbene Erzbischof Sikowski, Dr. Thadäus v. Jackowski und Kasimir Brownsford. Die Gesellschaft wurde durch einen notariellen Akt unter der Nummer 2905 durch den Justizrat Eichowicz in Posen eingetragen. Die Aufgabe der Gesellschaft ist das Verwenden der Zinsen von einem Kapital von 30 000 M. zu Zwecken der Förderung der polnischen Wissenschaft durch Unterstützung von wissenschaftlichen Werken und Broschüren, von Schriften und überhaupt der polnischen Literatur, sowie durch Veranstaltung von wissenschaftlichen Vorträgen in polnischer Sprache,



endlich durch Remunerierung von Verfassern für geschriebene Arbeiten, zu deren Beurteilung auch außerhalb des Vereins stehende Personen berufen werden können.

Die Anfangsbilanz des am 10. Oktober 1914 gegründeten Vereins stellt sich wie folgt dar:

|                                                  |              |
|--------------------------------------------------|--------------|
| Aktiva:                                          |              |
| Konto der Erwerbsbank der Genossenschaften ..... | 31 155,10 M. |
|                                                  | 31 155,10 M. |
| Passiva:                                         |              |
| Konto Anlagekapital .....                        | 30 000,— M.  |
| Konto des Dispositionsfonds .....                | 1 155,10 "   |
| Zusammen wie oben...                             | 31 155,10 M. |

Die Übereinstimmung der obigen Bilanz mit den Büchern bescheinige ich hiermit.

Posen, den 17. Mai 1916.

Dr. Maryan Głowacki.

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 10. Oktober bis 31. Dezember 1914.

|                                      |             |
|--------------------------------------|-------------|
| Einnahmen:                           |             |
| Zinsenkonto .....                    | 1 075,85 M. |
| Dispositionskonto .....              | 1 155,10 "  |
|                                      | 2 230,95 M. |
| Ausgaben:                            |             |
| Subventionskonto .....               | 1 000,— M.  |
| Bureaukosten und Stempelfkonto ..... | 1 230,95 "  |
| Zusammen wie oben...                 | 2 230,95 M. |

Das Subventionskonto umfaßt die Entschädigung für das Werk „Dzieje Kościoła Polskiego“ (Die Geschichte der polnischen Kirche) II. Band, in Höhe von 1000 M. Der Verfasser dieses Werkes ist der Geistliche Dr. K. Kantak aus Posen.

Bilanz am 31. Dezember 1914.

|                                                  |              |
|--------------------------------------------------|--------------|
| Aktiva:                                          |              |
| Konto der Erwerbsbank der Genossenschaften ..... | 30 228,90 M. |
| Kassenkonto, Varmittel .....                     | 16,35 "      |
|                                                  | 30 245,25 M. |
| Passiva:                                         |              |
| Konto Anlagekapital .....                        | 30 000,00 M. |
| Dispositionskonto .....                          | 245,25 "     |
|                                                  | 30 245,25 M. |

Die Übereinstimmung der Jahresrechnung mit den Büchern bescheinige ich hiermit.

Posen, den 17. Mai 1916.

Maryan Głowacki.

Da der Tod den Erzbischof Likowski fortgerafft hat, wurde in der Sitzung vom 10. Mai 1915 zum dritten Mitglied des Vorstandes der Geistliche und päpstliche Kammerherr Dkoniewski aus Wnin, heute in Koscielce bei Hohensalza gewählt.

Gewinn- und Verlustrechnung vom 1. Januar bis 31. Dezember 1915.

|                           |             |
|---------------------------|-------------|
| Einnahmen:                |             |
| Zinsenkonto .....         | 1 092,50 M. |
| Dispositionskonto .....   | 68,50 "     |
|                           | 1 161,00 M. |
| Ausgaben:                 |             |
| Subventionskonto .....    | 1 090,00 M. |
| Stempelfkostenkonto ..... | 71,00 "     |
|                           | 1 161,00 M. |

Das Subventionskonto umfaßt die Entschädigung für das Werk der Frau Dr. Dobrzyńska-Rybiecka

„System etyczny Hugona Kollataja“ (Das ethische System des Hugo Kollataj). Es wurde eine Belohnung von 1000 M. zuerkannt.

|                                                                                                     |             |
|-----------------------------------------------------------------------------------------------------|-------------|
| An Vorschuß wurde gezahlt .....                                                                     | 690,00 M.   |
| Subvention für den Verein für wissenschaftliche Vorträge in Posen. (Vorsitzender Herr Dr. Meißner). | 400,00 "    |
| Zusammen...                                                                                         | 1 090,00 M. |

Der Verein für wissenschaftliche Vorträge ist schon einige Jahre vor dem Kriege entstanden, und er hat auch die der breiteren Öffentlichkeit bekannten wissenschaftlichen Vorträge veranstaltet.

Wir haben den Antrag des Vereins um die Gewährung der oben erwähnten Subvention gerne berücksichtigt.

Bilanz vom 31. Dezember 1915.

|                                                                     |              |
|---------------------------------------------------------------------|--------------|
| Aktiva:                                                             |              |
| Konto der Verbandsbank der Erwerbsgenossenschaften G. G. A. 58 948. | 30 000,00 M. |
| Konto der Verbandsbank der Erwerbsgenossenschaften G. G. 65 246 ..  | 176,75 "     |
|                                                                     | 30 176,75 M. |
| Passiva:                                                            |              |
| Konto Anlagekapital .....                                           | 30 000,00 M. |
| Dispositionskonto .....                                             | 176,75 "     |
|                                                                     | 30 176,75 M. |

Die Übereinstimmung der obigen Jahresrechnung mit den Büchern bescheinige ich hiermit.

Posen, den 17. Mai 1916.

Dr. Maryan Głowacki.

Aus dem obigen Bericht werden sich unsere geehrten Beitragspender überzeugen können, daß wir uns bemüht haben, in ihrem Sinne zu verfahren. Auch in Zukunft wird es unsere Aufgabe sein, die Zinsen von dem Fonds, den wir zu verwalten haben, im Sinne der bei der Gründung des Vereins gefaßten Beschlüsse zu verwenden.

An die Verfasser polnischer wissenschaftlicher Werke wenden wir uns mit der Bitte, mit uns Verbindungen anzuknüpfen. Die Korrespondenzen bitten wir an folgender Adresse zu richten:

K. Brownsford, Posen, Gartenstr. 9.

Posen, den 8. August 1916.

T. v. Jackowski. Geistlicher St. Dkoniewski.  
Kasimir Brownsford.

Aus Nr. 8 der Zjednoczenie (Posen)  
vom 27. August 1916.

#### Mitteilungen des Vorstandes des Verbandes der polnischen Frauenvereine.

Adresse des Bureaus der Vereinigung: St. Kuczyńska, Posen, Bismarckstraße 8, II Treppen. Adresse der Kassiererin: M. Głowacka, Posen, St. Martinstraße 61.

Die geehrten Vorstände werden gebeten, sämtliche Rückstände an Geld direkt an die Kassiererin zu senden.

Wir erinnern die geehrten Vorstände auch an die Pflicht, die Verbandszeitung allen Vereinsmitgliedern zuzustellen.

Am 26. August d. J. fand die Versammlung des Vorstandes der Vereinigung statt, in der man sich mit der Aufstellung der Tagesordnung für die diesjährige Delegiertenversammlung befaßte.

Wir teilen den geehrten Verbandsvereinen mit, daß die VII. Zusammenkunft der Delegierten der Ver-



einigung im geschlossenen Kreise am Dienstag, den 19. September d. J., in Posen stattfinden wird.

Für das Gelingen der Zusammenkunft wird eine heilige Messe um 10 $\frac{1}{4}$  Uhr in der Pfarrkirche gelesen werden. Alsdann beginnt um 11 Uhr die Vormittagsversammlung.

Die Tagesordnung ist folgende:

1. Eröffnung.
2. Prüfung der Legitimationen der Delegierten.
3. Verlesen des Protokolls der vorjährigen Delegiertenversammlung.
4. Diskussion über den Jahresbericht, veröffentlicht in dem Organ der Vereinigung.
5. a) Bericht der Revisorinnen, b) Entlastung des Vorstandes der Vereinigung.
6. Formelle Anträge.
7. Wahl von 4 Vorstandsmitgliedern, die dem Alter nach auscheiden.
8. Wahl der Revisionskommission.
9. Anträge ohne Beschlüsse.

#### Mittagspause.

Pünktlich um 3 $\frac{1}{2}$  Uhr wird die Versammlung fortgesetzt.

10. I. Vortrag: „Was fordert die gegenwärtige Zeit von uns?“ Referentin: Frau Suchowiał aus Pleschen, Vorsitzende der Vereinigung. Nach dem Referat folgt Diskussion.
11. II. Vortrag aus dem Gebiete der Aufklärung. (Nähere Einzelheiten folgen in der nächsten Nummer.)
12. Verlesen und Annahme des Protokolls.
13. Schluß der Versammlung.

Die geehrten Vereinsvorstände bitten wir ergebendst, sofort nach dem Erhalten der vorliegenden Nummer der Zeitung dem Bureau der Vereinigung die Namen der Delegierten zum Zwecke der Ausstellung der Legitimationen mitzuteilen.

Nach den Satzungen der Vereinigung entsendet jeder Verein Delegierte entsprechend der Zahl seiner Mitglieder. Auf 50 Mitglieder entfällt eine Delegierte, auf jedes angefangene weitere 50 ebenfalls eine.

Wenn ein Verein aus irgend welchen Gründen nur eine Delegierte entsendet, so kann diese soviel Stimmen abgeben, als der betreffende Verein nach der Zahl seiner Mitglieder dazu berechtigt ist.

In der folgenden Nummer des „Jednoczenie“, die am Anfange des Monats September erscheint, wird das Lokal angegeben sein, in dem die Versammlung stattfinden soll. Den Jahresbericht werden wir ebenfalls in dieser Nummer veröffentlichen, so daß sich jede Delegierte noch vor der Versammlung mit ihm bekannt machen kann.

Der Vorstand der Vereinigung:

Anna Suchocka, Stanisława Ruczyńska,  
Vorsitzende. Schriftführerin.

Wl. Bonin, M. Gosienicka, M. Glowacka, L. Karłowska, S. Kzepecka, A. Skomińska, S. Stark, M. Suchowiał, W. Szuldrzyńska, St. Wonsiewicz.

#### Vor der Zusammenkunft.

Die diesjährige Zusammenkunft wird sich von unseren bisherigen Versammlungen dadurch unterscheiden, daß sie an einem Wochentage stattfindet. Das geschieht infolge des Beschlusses, der mit Stimmenmehrheit in der vorjährigen Versammlung gefaßt worden ist.

Der Hauptvorstand zieht aus dieser Gelegenheit Nutzen und veranstaltet an diesem Tage 2 Versamm-

lungen. Für die Nachmittagsversammlung sind zwei Vorträge mit anschließender Diskussion vorgesehen.

Jede Zusammenkunft ist eine Abrechnung über die Tätigkeit des vergangenen Jahres, gleichzeitig aber ist sie auch ein Wegweiser für die zukünftige Tätigkeit; sie bildet demnach einen unermeßlich wichtigen Augenblick im Leben der Organisation. Die diesjährige Zusammenkunft wird unzweifelhaft die großen Schäden zeigen, die in dem Leben der Organisation die ganze Kriegszeit hindurch verursacht worden sind. Sicherlich aber wird sie uns auch am Geiste heben und uns trotz der Schwierigkeiten zur weiteren eifrigen Arbeit anregen.

Beeilen wir uns, die Versammlung so zahlreich wie möglich zu besuchen, möge sich jeder Verein mit uns zusammenschließen und wenigstens einen Delegierten entsenden. Mögen selbst diejenigen Vereine, die vor der Hand ihre Tätigkeit völlig eingestellt haben, die Versammlung beischicken.

Wenn sie keine Versammlungen abhalten und keine Delegierten wählen können, dann möge doch dieses oder jenes Vorstandsmitglied erscheinen, um sich zu informieren, um zu hören, wie sich andere Vereine einrichten, welche die Arbeit nicht aufgegeben haben. Das gute Beispiel, der gute Rat werden zur Erneuerung der Arbeit da beitragen, wo sie aufgehört hat, sie werden sie da beleben, wo man in der letzten Zeit weniger eifrig vorgegangen ist.

Mögen die Delegierten ihre Pflicht gewissenhaft erfüllen und zu der Versammlung gut vorbereitet erscheinen; mögen sie sich vor allen Dingen ganz eingehend mit dem Jahresbericht vertraut machen und sich über das Leben und die Arbeit ihres eigenen Vereins informieren.

Wir schließen diese wenigen Worte mit dem herzlichen Wunsche, daß mit Gottes Hilfe der stattfindende Delegiertentag die Ankündigung der neuen Entwicklung unserer Organisation werden möge.

Aus Nr. 200 des Kurjer Poznański (Posen)

vom 2. September 1916.

#### Eine merkwürdige Wirtschaft.

Die Stadtverordneten mit dem Bürgermeister an der Spitze werden gewöhnlich mit dem Namen „Stadtväter“ bezeichnet, und ein guter Vater wird auch nichts unterlassen, damit es seinen Kindern wohlgehe. Das können wir jedoch nicht von den „Vätern“ unserer Stadt (Posen) sagen. Wir haben bereits auf die Mängel hingewiesen, die in der Versorgung der Bewohner unserer Stadt im Vergleich mit anderen Großstädten zutage treten; aber nicht nur in dieser Hinsicht läßt die Wirtschaft der Verwaltung unserer Stadt zu wünschen übrig. Derartige Mängel, wie hinsichtlich des Fleisches, treten in unserer Stadt auch nach anderen Richtungen hin zutage. Sehen wir uns einmal an, wie sich bei uns die Sache mit Artikeln, wie Zucker und Kohlen verhält, also mit Artikeln, die für das menschliche Leben und für die Hauswirtschaft unentbehrlich sind. Zucker z. B. haben wir in ganz Posen seit einigen Tagen fast gar keinen. So manche Hauswirtin wird bestimmt bezeugen können, mit welchen Schwierigkeiten sie sich heut  $\frac{1}{2}$  Pfund Zucker erkämpft. Wir haben Zuckermarken, aber was nützen die uns, wenn man sie nicht verwenden kann? Und die Gültigkeit der gegenwärtigen Marken läuft mit dem 1. September ab; später wird man mittels derselben Süßstoffe nicht mehr erwerben können. Sollte dem Magistrat davon nichts bekannt sein? Wir haben uns in dieser Frage bei einigen Kaufleuten im Orte informiert, die unsere Ansicht hinsichtlich des Verschuldens der Stadtverwaltung nach dieser Richtung hin nur bestätigt haben. Sie meinen, daß vor der neuen Kampagne, die erst im Oktober



beginnen wird, eine Änderung zum Besseren nicht zu erwarten sei.

Nicht besser verhält sich die Sache mit den Kohlen. Verschiedene maßgebende Instanzen haben bekanntlich angeregt, man möge sich frühzeitig für den Winter mit Kohlen versehen; aber wie soll man sich hier in Posen nach dieser weniggleich richtigen Anregung richten, da es doch fast in der ganzen Stadt keine Kohlen gibt? Man kann zwar nicht verlangen, daß der Magistrat sich auch mit der Einfuhr von Kohlen befassen solle, aber unseres Erachtens sollte der Magistrat hier irgend welche Schritte tun. Gibt es doch in den ober-schlesischen und auch in den westfälischen Kohlenbecken Kohlen zur Genüge; dazu muß man die umfangreichen Kohlenbecken im Königreich Polen in Erwägung ziehen, die gegenwärtig unter deutscher Verwaltung stehen. Gibt es den gar keinen Ausweg mehr? Kann denn der Magistrat hier nicht zu Hilfe kommen?

Wir haben unlängst mitgeteilt, daß dem neu-entstandenen „Unabhängigen Ausschuß für den deutschen Frieden“ auch der Oberbürgermeister unserer Stadt, Herr Dr. Wilms, beigetreten sei. Wir meinen, daß es für unsere Stadt ersprießlicher wäre, wenn der Herr Oberbürgermeister, statt sich in der höheren Politik zu engagieren, mehr Bemühungen an die Besserung der Lage der Einwohner setzen würde, welche Anlaß zu soviel Klagen gibt, und die man in der Tat ändern könnte, da es an den Artikeln, von denen oben die Rede ist wie wir von anders woher wissen, im deutschen Reiche, keineswegs mangelt.

## Betrifft die polnische Frage in dem besetzten Gebiet Polens.

Aus Nr. 468 des Głos Narodu (Krakau)  
vom 1. September 1916.

### Eine amtliche Stimme.

In Warschau sind wichtige Worte gefallen. Am Jahrestage der Eröffnung des Generalgouvernements der Okkupation fand dort eine gesellige Zusammenkunft der Offiziere und Beamten des Stabes dieser Behörde statt, und Generalgouverneur von Beseler hielt an sie eine Ansprache, in welcher zum ersten Male eine amtliche, authentische Erklärung der Okkupationsbehörden über ihr Verhältnis zu demjenigen Teil des Königreichs Polen gegeben wurde, welchen die deutschen Truppen besetzt haben.

Eingangs umschrieb Generalgouverneur v. Beseler bestimmt und eingehend den rechtspolitischen Standpunkt, an welchen sich die Okkupationsbehörden gegenüber dem Königreich Polen gehalten haben. — Er stellte fest, daß für diese Behörden das „ehemalige Königreich Kongreßpolen eine russische Provinz war, die wir erobert haben und deren Herren, wenn man sie so nennen soll, durch uns zum Lande hinausgetrieben worden sind.“ Und noch einmal hob Generalgouverneur von Beseler in dem Schlußabsatz seiner Rede diesen grundsätzlichen Standpunkt hervor. „Wir stehen hier“ — sagte er — „nicht auf deutschem Boden, aber auf deutschem Kriegsgebiet, welches wir erobert haben und welches wir mit der Waffe in der Hand im Besitz haben.“

Nach dieser Umschreibung der Vergangenheit ging Generalgouverneur von Beseler zu den gegenwärtigen Zeiten über. Er bemerkte, daß sich die Okkupationsbehörden gesagt haben: „Soweit wir es können und soweit dies uns unser Heer gestattet, wollen wir diesem Lande helfen.“ Er fügte hinzu, er wisse, daß „nicht alles, was die deutsche Verwaltung getan hat, Beifall gefunden hat. Wir hatten nur das vor Augen, unsere

Pflicht zu erfüllen und andererseits das Gute zu ermöglichen, das wir nebenbei dem Lande tun können.“

Es folgte der wichtigste Teil, der sich auf die allernächste Zukunft bezog. Generalgouverneur von Beseler sprach auch davon ebenso bestimmt, wie von dem Grundsatz der Okkupation und von der Gegenwart.

„Es ist nicht meine Aufgabe — sagte er —, jetzt über das zu sprechen, was aus dem Lande hier einmal werden soll. Wir wissen ja noch nicht einmal, was aus dem Kriege werden wird. Denn noch tobt der Krieg an allen Fronten.“ Indem er so hervorhob, daß erst der Ausgang des Krieges über das Schicksal des unter deutscher Okkupation sich befindenden Teils des Königreichs Polen entscheiden wird, bekräftigte er diese Erklärung noch einmal mit den Worten: „Einst, später wird uns der Ausgang des Krieges ein Recht und eine Pflicht geben, über das Land zu entscheiden.“

Daraus folgt a contrario, daß diese Pflicht gegenwärtig weder die Behörden, noch die Okkupationsrechte anerkennen.

Diese Worte lauten so klar, daß man sie nicht zu kommentieren braucht. Der Standpunkt Deutschlands gegenüber dem von ihm besetzten Teil des Königreichs Polens ist in ihnen restlos enthalten.

Die Bedeutung dieser Erklärung besteht darin, daß sie die erste amtliche, erste authentische, erste maßgebende Erklärung ist, welche von amtlicher Stelle öffentlich abgegeben worden ist. Es brachten sie alle Warschauer Blätter im amtlichen Wortlaut, in dem selben Wortlaut, welcher den Wiener und galizischen Zeitungen durch Vermittelung des k. k. Korrespondenzbureaus mitgeteilt worden ist. Die Worte des Generalgouverneur von Beseler gaben alle deutschen Blätter im Reiche wieder, da sie das halbamtliche Wolffsche Bureau, dem sie auch die neutralen Zeitungen entnommen haben, verbreitet hat. Es besteht auch kein Zweifel, daß man die Rede in der Presse des Vierverbands, welche alle Enuntiationen der deutschen Behörden in dem besetzten Königreich Polen aufmerksam verfolgt, finden wird.

Daher bringen wir außer der amtlichen Depesche noch einmal den Wortlaut der Enuntiation, welche den Standpunkt der deutschen Okkupationsbehörden zu dem von deutschen Truppen besetzt gehaltenen Teil des Königreichs Polen umschrieben hat, noch einmal wieder.

Aus Nr. 441 des Goniec (Warschau)  
vom 2. September 1916.

### Alles, bloß nicht die Unabhängigkeit.

In der letzten Zeit hat die polnische Presse den Projekten einer Autonomie des Königreichs, die in Rußland ausgearbeitet werden, etwas zu viel Raum gewidmet. Diese Projekte haben nur das eine Ziel, der Entwicklung der antirussischen Aktivität in Polen entgegenzuwirken. „Erkennt Polen die Autonomie zu!“ ruft mit lauter Stimme die französische Presse. — „Die Zentralmächte werden eine polnische Armee ins Leben rufen!“

Taktische Rücksichten zwingen die Westmächte, Rußland zu Versprechungen der Autonomie zu veranlassen, obwohl jene Mächte den Grundsatz, daß dies eine innere Angelegenheit Rußlands sei, nicht antasten. Sie wünschen, ihren Verbündeten Rußland stark zu sehen; daher geben sie ihm den Rat, eine Parole auszugeben, die seine Stellung stärken würde.

Zur Erleichterung des Sichabfindens der russischen öffentlichen Meinung mit dem Verluste des Königreichs ist die Parole der Autonomie nützlich. Was für ein Interesse besitzt Rußland an dem Königreich? Von Interesse ist es nicht als Absatzgebiet für seine gewerblichen Erzeugnisse,



denn das russische Gewerbe beklagt sich ja über die Konkurrenz seitens des Königreichs. Auch nicht als Kolonisationsgebiet! Das Königreich ist bedeutend stärker bevölkert als Rußland. Das Königreich war der Absatzmarkt für den Überfluß an russischer Bürokratie, war eine Kolonie für russische Beamte. Das letztere würde Rußland jedoch sowohl durch Gewährung der Autonomie, als auch durch die Unabhängigkeit Polens verlieren. Das Königreich hat eine Bedeutung als strategisches Bollwerk sowohl für die Russen, als auch für die Deutschen. Polen, durch Deutschland befreit und mit diesem militärisch verbunden — ist ein strategisches minus für Rußland. Ein autonomes Königreich an der Seite Rußlands — ist ein wichtiger, bedeutungsvoller Vorposten bei einer Offensive im Kampfe mit den Mittelmächten. Aber Rußland hätte, wenn es ihm gelingen sollte, die Grenzen des polnischen Staates auf das Königreich zu beschränken, die Hoffnung, Polen zu einem Bündnis mit sich selbst heranzuziehen. Gegen ein zukünftiges Bündnis Polens mit Rußland kann die nationale Wiedergeburt Polens durch Beteiligung am Kampfe gegen Rußland schon in diesem Kriege hinderlich werden, und zwar durch die große Erinnerung und das große Gefühl, die dadurch in Polen hervorgerufen werden würden. Und dieses Streben nach einem solchen Kriege sucht Rußland durch seine autonomistischen Perspektiven in Polen zu schwächen. Die antirussische Front Polens schützt gegen die Bildung eines polnischen Reiches über die Ost- und Nordgrenzen des Königreichs hinaus. Aber die Autonomie-Vorschläge gehen in Polen Hand in Hand mit der Negation unserer Rechte auf die nordöstlichen Gebiete, was Rußland ebenfalls recht ist.

Das Streben nach einem staatlichen Dasein, das Streben nach einer Lösung von Rußland ist etwas, was uns beflügelt. Das Streben nach Autonomie hingegen beschneidet uns die Flügel. S.

Aus Nr. 433 des *Goniec* (Warschau)  
vom 29. August 1916.

#### **Einige Worte eines Nichtpublizisten.**

Wahrlich mit Bitternis erfüllt muß das Herz eines jeden Politikers sein, der klar sieht, wie nahe und real die Möglichkeit der Befreiung des Volkes ist, wenn es nur mutig die Hand nach der Freiheit ausstrecken würde, zugleich aber auch, wie drohend die Gefahr einer neuen Teilung ist, wenn es untätig bleibt.

Je größer die Liebe, desto größer der Schmerz.  
Und es fallen Worte der Anklage.

Warschau, das du deinen Verteidigern und Helden auf den Feldern von Grochowo und am Fuße der Zitadelle Kreuze errichtet hast, das du deine Ausgewählten in den Stadtrat geschickt hast, damit sie dort deine Wünsche und Aspirationen zum Ausdruck bringen und deine Wirte seien, das du deine Kinder in der nationalen Schule und in der polnischen Universität untergebracht hast — du mußt jetzt Gebete vor den Thron des Allmächtigen schicken, daß die wilden asiatischen Horden an der Brust des deutschen, österreichischen, ja sogar türkischen Soldaten zerschellen, der nach Galizien gekommen ist, als wenn er nur sein Pferd an den Wassern des Horyn tränken wollte, da du sonst das zweitemal die Tragödie des 5. August 1864 erleben würdest, den Tag der 5 Galgen, wenn die moskowitzische Art die durch dich errichteten Kreuze zerstören, die Kosakenhorde die durch dich vergrabenen Dokumente, die mit den Unterschriften deiner erwählten Vertreter versehen sind, die dann der bekannten grausamen Verfolgung seitens des Zarentums unterworfen wären, herausreißen würden. Deine Jugend würde wieder auseinander gesprengt werden,

und das ganze Land würde vollständig vernichtet und entvölkert werden!

Im Augenblick, als der österreichisch-russische Konflikt sich bemerkbar machte, entstand bei der Emigration die sogenannte österreichische Orientierung. Trotz der Verfolgungen der Unabhängigkeitsarbeit seitens der russischen Polizei, trotz der Agitation sowohl der nationalen als auch der fortschrittlichen Demokratie drang diese Orientierung bis zu den breiten Massen durch, und es gibt keine Veranlassung anzunehmen, daß, wenn damals der Krieg zwischen diesen beiden Mächten ausgebrochen wäre, die Russophilen in Warschau nicht zahlreicher gewesen wären als vor dem 3. Mai 1791. Der Krieg jedoch brach nicht aus, und die Allgemeinheit hörte auf, an die Möglichkeit eines solchen zu glauben. Da bricht er plötzlich aus, jedoch nicht als österreichisch-russischer, sondern als allgemein europäischer Krieg. Die Nichtrealität dieser Konzeption, die direkt zu einer neuen Teilung führt, wurde klar, trotzdem sie sich in einer gewissen Gruppe bis zu den letzten Tagen erhalten hat. Seinerzeit war sie ausgezeichnet und für den Agitator dadurch bequem, daß sie sich zu populären Parolen umarbeiten ließ. Jeder einfache Mann konnte es verstehen, daß es in Rußland schlecht, in Österreich besser war, und daß es zusammen völlig gut werden wird. Nach dem Verluste dieser Konzeption blieb für Agitationszwecke nur die eine Parole übrig: Schlage den Moskowiter! Jedoch die Nationaldemokratie führte seit 10 Jahren eine antideutsche und folgerichtig eine anti-österreichische Propaganda und erfüllte die Allgemeinheit mit der Überzeugung, daß die Deutschen einen Eroberungskrieg führen. Das war die Überzeugung Warschaws am 5. August.

Gegenwärtig existiert eine andere Konzeption, nämlich diejenige, die polnische Sache auf die beiden Zentralstaaten zu stützen. Für Herrn Studnicki war sie schon damals real, als die Brücken nach Praga gesprengt wurden. Jedoch erst jetzt, und zwar nur für die Kreise der höheren Intelligenz, ist ihre Realität klar geworden. Trotzdem erhielt H. St. zu Anfang den Namen eines Russophilen, obwohl er noch im vorigen Jahre im „*Goniec*“ schrieb:

„Die Entstehung unserer Legionen an der Seite Österreichs ist eine Sache des Zufalls. Wenn Österreich den Krieg gegen Italien oder Serbien führen würde, hätten wir keine Legionen gebildet. Wenn China einen Krieg mit Rußland führen würde, würden wir uns bemühen, in China Legionen aufzustellen. Unser Platz ist immer auf der antirussischen Seite; denn nur aus den Gebieten, die von Rußland beherrscht werden, könnte man einen polnischen Staat schaffen, der die Lösung der polnischen Frage bilden würde.“ Wenn das möglich wäre, würde H. St. sich sicherlich mit dem Teufel und den höllischen Mächten verbünden, um die Fesseln seines Volkes zu sprengen.

Was die breiten Massen anbelangt, so ist diese Orientierung bis zu ihnen nicht durchgedrungen. Verharren denn nicht deshalb diese ungezählten Massen, die sich am 3. Mai unter die Standarten versammelt haben und die nach dem Felde von Grochowo und nach dem Fuße der Zitadelle gingen, bis jetzt in der Erwartung? In den Massen steckt noch tief der Mangel des Glaubens an die Möglichkeit einer deutsch-polnischen Verständigung.

Unsere Auffassung ist bis jetzt nicht zu genügend populären Schlagworten umgearbeitet worden, die den breiten Massen, die sich vom Impuls regieren lassen, einleuchten würden. Um in dieselbe einzudringen, muß man eine gewisse politische Kultur haben. Man muß es verstehen, daß die Deutschen kein Interesse haben, uns zu amputieren. Das hat sogar Dmowski in seiner „*Sprawa Polska*“ zugegeben, indem er meinte, daß die Deutschen Rußland nicht überfallen



werden, weil dieses nichts habe was sie ihm nehmen könnten. Das Königreich sei für sie ein unerwünschter Zuwachs, und ihre Expansion sei nach den Kolonien, nach Bagdad und Kleinasien, gerichtet. Die Deutschen hätten ein Interesse an der Gründung eines polnischen Staates, sie würden uns weder bitten, noch uns befehlen, unabhängig zu sein. Diese Fragen waren der Gegenstand einer sehr großen Literatur, vieler Ansprachen und Vorträge. 80 % der Zeitungsleser liest jedoch die „Dwugroszówka“ (Zweigroschenblatt) und ihr verwandte Organe, die eine Gegenagitation führen, die für die geringe geistige Höhe der Leser berechnet ist, und sich demagogischer Mittel bedient. Tatenlosigkeit, Eigenbrödelei und gemeine Angst wird als Würde, Keise und Besonnenheit bezeichnet und zu Bürgertugenden gestempelt.

Obwohl wir bei uns immer viel, allzuviel Mörgler hatten und ihnen gegenüber zu viel Toleranz übten, haben wir doch viel Solidaritätsgefühl. Die Resolution am 3. Mai wurde fast einstimmig gefaßt; im Jahre 1831 waren wir solidarisch — leider... irrtümlich; im Jahre 1863 gab es keine Menschen, die dem Aufstande geholfen hätten, und die heutige gemeinsame Deklaration des Gemeinderats kann ebenfalls als Beweis dafür gelten. Wenn unsere Ideen genügend popularisiert wären, dann würden meinem bis auf die Knochen ehrlichen Hausnachbarn, der mir noch gestern versicherte, daß die Legionen nur Kavallerie hätten und Pilsudski ein internationaler Sozialist sei, Argumente zur Verteidigung seiner neutralen Haltung fehlen, und er würde bestimmt von freierlicher Begeisterung erfaßt werden. Es würde sich jeder daran erinnern, daß er auf seinem Nacken den brutalen Fuß des Eroberers gefühlt hat und würde dann vorwurfsvoll seine Gedanken zu den Vätern und Vorvätern lenken, daß sie die Ursache unseres gegenwärtigen Elends seien; denn obwohl sie die Möglichkeit der Verteidigung hatten, haben sie sie nicht ausgenützt. Mögen unsere Enkel nicht ebenso über uns denken! Denn die Augenblicke der Gelegenheit gehen dahin und werden vielleicht erst über 100 Jahre wiedertreten, vielleicht auch nie.

Janusz Suski.

Aus Nr. 242 des Kurjer Polski (Warschau)  
vom 31. August 1916.

Bekanntlich haben die deutschen und die österreichischen Okkupationsbehörden die rechtliche Bezeichnung „Untertanen des Königreichs Polen“ angenommen und gebrauchen sie anstatt der Bezeichnung „russische Untertanen“ in allen amtlichen Akten. Indes titulieren uns die polnischen Warschauer Notare in den von ihnen hergestellten Akten als russische Untertanen.

Warum?

Man darf nicht annehmen, daß sie das zu dem Zwecke tun, die Spuren der russischen Herrschaft zu erhalten, noch aus Abneigung gegen die staatliche polnische Bezeichnung, — also warum?

Aus Nr. 443 des Goniec (Warschau)  
vom 4. September 1916.

#### **Volkversammlung des Klubs der Anhänger des polnischen Staatswesens.**

Die von dem Klub der Anhänger des polnischen Staatswesens veranstaltete gestrige Volksversammlung versammelte Tausende von Volksscharen, und der große Saal der Philharmonie erwies sich als zu klein, um die vieltausendköpfigen Massen aufzunehmen, die sich

einige Stunden vor dem Beginn der Versammlung vor dem Gebäude versammelt hatten.

Die Versammlung begann um 12 $\frac{1}{4}$  Uhr, und sie wurde von unserem Schriftleiter Sigismund Makowiecki mit folgender Ansprache eröffnet:

„Ich eröffne die erste Sitzung einer großen politischen Volksversammlung, die wohl ein Wendepunkt in unserer Geschichte geworden ist, der Wendepunkt, die Latkraft des polnischen Volks hervorzuholen und sie in den Kämpfen mit Rußland erstrahlen zu lassen, ein Moment, welcher für die Mittelmächte in unseren Angelegenheiten entscheidend, der Motor für eine schnelligste Entschlieung dieser Staaten hinsichtlich der Proklamierung eines polnischen Staats und der Schaffung eines polnischen Heeres ist.“

Da heut an der Osgrenze eine neue Macht diejenigen angegriffen hat, die uns von dem russischen Joch befreit haben, steht vor uns die bedrohliche Frage, ob wir fortwährend von fremden Kräften abhängig sein sollen, oder ob es Zeit ist, unsere eigenen Kräfte aufzubieten und uns an die Ostfront an der äußersten Grenze unserer Länder zu stellen, um mit eigenem Blute, mit eigener Aufopferung, mit eigenem Tode das Leben des Staats zu verteidigen, der da entstehen muß.

„Warschau, sprich!“ schrieb ich am 5. August 1915. Heut erwarten wir, daß dieses Warschau, nachdem es verstanden, daß Polen im Kommen begriffen ist — und daß sein Kommen von unseren Anstrengungen, von dem aktiven Vorgehen eines polnischen Heeres abhängig ist, heut hoffen wir, daß dieses Warschau sprechen wird, daß es sagen wird, es wolle ein Polen, es wolle in den Reihen eines eigenen Heeres kämpfen zusammen mit den Heeren der Staaten, die unseren hundertjährigen Feind — Moskau — zu Boden schlagen.“

Nach Bildung des Vorstandes ergriff Herr Studnicki das Wort, kennzeichnete den feindlichen Standpunkt Rußlands gegen Polen und begründete, daß ein Sieg Rußlands für uns gleichbedeutend wäre mit einer Vernichtung der polnischen Sache und mit einem Niedergang unserer freierlichen Ideen.

Sodann ergriff Herr Thaddäus Gruzewski das Wort, welcher die Kriegslage kennzeichnete und die Ungereimtheit der Auffassung darlegte, die da behauptet, daß der Anschluß Rumäniens an den Bivervand das Symptom eines unzweifelhaften Überwichts des Bivervandes über die Mittelmächte sei. Weiter besprach Redner die vorjährige Haltung Italiens und hob zum Schluß die Bedeutung des entscheidenden Moments hervor.

Weiter sprachen die Herren Paciorekowsky von der Illusion einer russischen Autonomie, Szpotanski von der Notwendigkeit der Schaffung einer polnischen bewaffneten Macht und von dem Standpunkt der breiten Massen des diese Notwendigkeit verstehenden polnischen Proletariats.

Weiter sprachen, auch die Überzeugung der Zuhörer durch die Kraft der Argumentation fortreisend, die Herren Wasercug, Sieroszewski, Buchalski, Holowko und andere.

Zum Beschluß wurde beschlossen, an die Mittelmächte eine entsprechende Entschlieung zu richten, was die Anwesen den mit einem Beifallsturm aufnahmen.

Während der Verhandlungen wurde der Wortlaut einer Depesche an den ungarischen Ministerpräsidenten Grafen Tisza anlässlich der Kriegserklärung Rumäniens angenommen. Die Depesche stellt unsere Solidarität und die Wünsche Polens, an dem gemeinsamen Kampfe gegen Rußland und seine Verbündeten teilzunehmen, fest.

Es wurde auch eine Depesche verlesen, die von dem Führer der polnischen Legionen Generalmajor Buchalski übersandt wurde als Antwort auf eine Entschlieung, welche den Legionären Anerkennung und Huldigung



aussprach und die in der Versammlung des Klubs der Anhänger des polnischen Staatswesens am 5. August, dem Jahrestage der Befreiung Warschaws von dem russischen Joch, angenommen worden ist.

Die Depeſche wurde mit einem Beifallsturm begrüßt.

Die gestrige Versammlung hat auf die Anwesenden einen erhebenden und stärkenden Eindruck gemacht.

Die Entschliebung an die Mittelmächte lautet:

„Der rücksichtsloseste Feind eines polnischen Staatswesens und einer Wiederherstellung des polnischen Staats ist Rußland. Ein Sieg Rußland würde zur Vernichtung unseres nationalen Daseins führen. Die Niederlage Rußlands ist die unumgängliche Bedingung unserer staatlichen Wiederherstellung. Alle politischen und kriegerischen Konjunktoren, welche in diesem Kriege die Macht Rußlands vergrößern, wirken auf die Lösung der polnischen Frage negativ ein. Die derzeitige Lage verlangt von uns eine tätige Beteiligung an der Gestaltung unserer nationalen und staatlichen Zukunft.

Infolgedessen richten wir an die Mittelmächte die Aufforderung, möglichst rasch einen polnischen Staat zu proklamieren und uns die Bildung eines polnischen Heeres zu ermöglichen, welches im gegenwärtigen Kriege um unser unabhängiges staatliches Dasein gegen Rußland kämpfen würde“.

Die an den Ministerpräsidenten Grafen Tizja gerichtete Resolution lautet nach der Warschauer „Nowa Gazeta“ (Nr. 403 vom 4. September 1916) wie folgt:

„Eine vieltausendköpfige Versammlung in der Hauptstadt Polens entbietet zu Ihren Händen den Ausdruck brüderlicher Sympathie für das von Rumänien überfallene ungarische Volk, von Rumänien, welches von dem Vierverband in einen Krieg getrieben worden ist, in welchem ein Sieg Rumäniens für dieses ein größeres Unglück wäre, als eine Niederlage; denn ein Sieg würde es dem Protektorat Rußlands ausliefern und folgerichtig zu seiner Unterjochung führen.

Ungarisches Volk! Dein Kampf mit Rumänien ist in Wirklichkeit ein Kampf mit Rußland.

An den Grenzen Polens, auf der Linie Duna über die Rokitschümpfe bis zur Beresina wird sich deine, wie Polens Sache entscheiden. Wir vertrauen auf deine Tapferkeit, wie auf die außerordentlichen kriegerischen Eigenschaften der verbündeten Heere. Wir wünschen jedoch, an dem gegenwärtigen Kriege aktiv teilzunehmen, in welchem sich euer und unser Schicksal entscheiden wird. Diese Teilnahme erfordert nicht nur die Sicherung unserer Zukunft, sondern auch unsere nationale Würde.

Wir wünschen also, daß die Mittelmächte möglichst bald einen polnischen Staat proklamieren und uns die Bildung eines polnischen Heeres ermöglichen, welches an dem gegenwärtigen Kriege für unser und euer Dasein gegen Rußland teilnehmen würde.

Die Gemeinsamkeit der Interessen und die traditionelle Freundschaft zwischen dem polnischen und dem ungarischen Volke lassen uns hoffen, daß das ungarische Volk seinen ganzen Einfluß ausbieten wird, daß die Frage der Schaffung eines polnischen Staats und seiner bewaffneten Macht rasch gelöst werde.“

Aus Nr. 439 des Czas (Krakau)  
vom 31. August 1916.

#### Unter der deutschen Okkupation.

Block, den 28. August 1916.

Gegenwärtig im Königreich zu reisen, ist keine leichte Sache. Zunächst sind die Fahrkartenpreise dreimal so hoch als vor dem Kriege. Außerdem muß man, um in einen Zug zu gelangen, einen ganzen Schatz der verschiedenartigsten „Scheine“ besitzen. Dies be-

zieht sich hauptsächlich auf die deutsche Okkupation. Nachdem ich in Lodz angekommen war, entschloß ich mich, die Reise nach Block mit einem Wagen fortzusetzen. Anstatt der normalen 8 Bahnstunden fährt man allerdings 28 Stunden, aber unterwegs bin ich nur nach dem Paß gefragt worden. Diese Reise be-  
daure ich durchaus nicht. Man sieht dabei mehr, als man innerhalb eines Monats in Warschau über die deutsche Okkupation erfahren kann.

Vor allem fällt einem der lange Strom von Fußgängern auf, die nach den verschiedensten Gegenden wandern. Das Fußwandern hat bei uns einen großen Schritt vorwärts getan. Mit kleinen Bündeln und Stiefeln auf dem Rücken marschiert Alt und Jung ohne Rücksicht auf die Länge des Weges. In Radziejewo bei Block traf ich eine Gruppe von jungen Leuten, die zu Fuß von — Lublin nach Block kamen. Sie versicherten, daß ein täglicher Marsch von 40 Werst ihnen keine Schwierigkeiten mache. Am häufigsten trifft man „Flüchtlinge“ aus Lod und Warschau an. Dies ist sehr erklärlich. Die sehr schwere Zeit vor der Ernte, die beide Städte durchgemacht haben, veranlaßte alle, die irgend jemanden aus der näheren oder entfernteren Verwandtschaft auf dem Lande hatten, dahin auszuwandern. Die Stadt ohne einen Groschen in der Tasche verlassend, ernähren sich diese Fußwanderer nur von dem, was ihnen die gastfreundliche Hütte des Landmannes darbietet. Dabei läßt sich eine interessante Tatsache beobachten: Je näher der Großstadt, desto schwieriger wird es für den Armen, ein Stückchen Brot zu erlangen. Erst hinter Lowicz gehört die Erlangung von Brot nicht zu den Schwierigkeiten.

Ohne weiteres sichtbar ist auch der Unterschied zwischen der deutschen Wirtschaft in den größeren Städten und derjenigen in der Provinz. Während in Warschau und Lodz die polnische Sprache ihre Rechte besitzt, verhält es sich in der Provinz umgekehrt. Auf dem ganzen Wege von Lodz nach Block habe ich keine einzige Inschrift in polnischer Sprache angetroffen. Die Wegweiser klingen stereotyp: „Dorf Donck“ (Dack), Gut Gurki (Górki). Stadt Block (Block). Nicht selten kommen direkt lächerliche Sachen vor. Nicht weit von Dobrzykowo (8 Kilometer von Block) komme ich in ein Dorf. Der Wegweiser besagt: „Dorf Deutsche Eiche“. Ich wußte, daß es in dieser Gegend viel deutsche Kolonisten gibt, die vielfach schon polonisiert sind. Trotzdem wird es mir schwer, mich mit dem Gedanken zu veröhnen, daß diese Kolonisten so öffentlich den deutschen Charakter des Dorfes haben unterstreichen wollen, und den ersten Bauern frage ich, wie lange das Dorf diesen stolzen Titel trägt: „Seit einem Jahre!“ Es fällt auch noch eine andere Erscheinung auf. Fast alle kleinen Städte haben als Straßennamen die Namen von deutschen Heerführern erhalten. In Głowno z. B. (offiziell Stadt Głowno) trägt die Hauptstraße, deren Häuschen gar zu sehr zur Mutter Erde sich neigen, die stolze Bezeichnung: Hindenburgstraße. Die erste Nebenstraße wiederum „Mackensenplatz“. Die Verfügungen der Kommandanturen und anderer Behörden erscheinen selten in polnischer neben der deutschen Sprache. Am häufigsten nur in deutscher Sprache. Eine Ausnahme bilden die verschiedenartigen Warnungen, bei denen die polnische Sprache gleichberechtigt ist.

Der Wechsel der politischen Verhältnisse macht sich im Leben der hiesigen Bevölkerung deutlich bemerkbar. Wie ein schmutziger Bach ist zugleich mit dem russischen Heere die moskowitzische Wirtschaft weggeschwommen. Block, malerisch an der Weichsel gelegen, hat das Aussehen einer westeuropäischen Kulturstadt angenommen. Der neue Zustand macht sich namentlich im mittleren Schulwesen geltend. Das frühere russische Staatsgymnasium wurde in ein



8-klassiges philologisches Gymnasium umgewandelt. Direktor des neuerstandenen polnischen Stützpunktes ist H. Skupinski. Vorläufig funktionieren in dieser Schule nur 6 Klassen. Unabhängig davon entwickelt sich ein zweites philologisches 8-klassiges Gymnasium mit Parallelklassen. Die Direktion dieser Anstalt soll in kurzem der bekannte Warschauer Pädagoge H. Konstantin Dabrowski übernehmen. Eine erfolgreiche, wenn auch schwierige Kulturarbeit auf dem Boden von Plock leistet der dortige wissenschaftliche Verein, der die Zielinski-Bibliothek unterhält. Diese Bücherei besitzt zahlreiche sehr interessante Drucke aus dem 17. und 18. Jahrhundert. Sogar jetzt bei der schwierigen Verbindung wird die Bibliothek von zahlreichen auswärtigen Gästen besucht, die sich für die wertvollen Sammlungen interessieren.

Stärker als in anderen Landesteilen wird in Plock der Kampf gegen das Analphabetentum geführt. Unter der Jugend hat das Skautwesen zahlreiche Anhänger gefunden. Man muß feststellen, daß die Skautbewegung in Plock, ebenso wie in anderen Städten des Königreichs, viel zur Hebung des Pflichtgefühls und der Disziplin unter der Jugend beigetragen hat.

Aus dem Leben von Plock wäre die Rückkehr der Miliz aus der deutschen Gefangenschaft zu erwähnen. Seinerzeit berichteten die Zeitungen über die Fortführung der hiesigen Miliz nach Deutschland. Dies geschah kurz nach der Besetzung der Stadt durch deutsches Militär. Dieser Schritt wurde seitens der Militärbehörde durch Mißbrauch der Amtsgewalt von Seiten der Miliz erklärt. Bis jetzt ist ein großer Teil der Verschiedenen zurückgekehrt. Um die Befreiung der anderen bemüht man sich gegenwärtig mit Hilfe von einflussreichen Polen aus Preußen.

Das materielle Leben der Bevölkerung in der Provinz ist viel erträglicher als in Warschau und Lodz. Es bezieht sich dies hauptsächlich auf Kujawien und das Plocker Land. Die Ursachen davon sind nicht weit zu suchen. Weder Kujawien, noch die Gegend von Plock haben unter den Kriegseignissen viel gelitten. In diesen Gegenden gibt es fast gar keinen Arbeiter, wie in Lodz und Warschau, die aller Existenzmittel beraubt sind. Die Gegenden gehören zu den fruchtbarsten im Königreich, und da entsprechende Vorschriften die Ausfuhr regeln, ist es kein Wunder, daß das Leben hier im Vergleich zu den größeren Städten billiger und erträglicher ist. Die diesjährige Ernte ist in der Umgebung von Plock vorzüglich ausgefallen. Dasselbe kann man auch von den benachbarten Gegenden sagen, nämlich den Kreisen Kutno und Gostynin. Hier sieht man daher auch auf der Chaussee unaufhörlich beladene Wagen und militärische Trains in der Richtung nach Warschau und Lodz fahren. Obst, Kartoffeln und alles, was durch das Ausfuhrverbot nicht getroffen wird, liefern diese Gegenden dem ausgehungerten Warschau und Lodz.

#### **Betrifft die Einführung der Selbstverwaltung im österreichischen Okkupationsgebiet.**

Zur Einführung der städtischen Selbstverwaltung im österreichischen Okkupationsgebiet äußert sich der Krakauer „Głos“ in seiner Nummer 437 vom 30. August u. a. wie folgt:

„Die Reformen der Zustände im Königreich Polen, welche seit einigen Wochen ein immer rascheres Tempo annehmen, wie auch die persönlichen Veränderungen im Lubliner Generalgouvernement können nicht umhin, die öffentliche Meinung für die Richtung, die wir unterstützen, günstig zu beeinflussen. Sie können nicht umhin, zur Beseitigung derjenigen Befürchtungen und des Übelwollens beizutragen, die nach dem Abzug der russischen Behörden in vielen Kreisen ein lautes Echo fanden und infolge mancher

harten und durch militärische Rücksichten gebotenen Anordnung geschürt wurden. Aber auch unabhängig von dieser politischen Folge haben sie für unsere Volksgesamtheit einen tieferen und dauernden Wert. Nach Jahren der Knechtschaft, nach einem ganzen Jahrhundert der Zernichtung von der Verwaltungsarbeit schaffen sie für uns eine vorzügliche Schule der Reife und der sozialen Arbeit, wie es jede Selbstverwaltung ist. Es ist bekannt, daß die politische Kraft jeder Volksgesamtheit mit ihren Wurzeln in der Selbstverwaltung von unten steckt, die nicht nur eine Unabhängigkeit von der zentralen Bureaukratie gewährleistet, aber auch zahlreiche Einzelpersonen hervorbringt, welche im politischen Denken und im öffentlichen Handeln geübt sind. Aus allen diesen Gründen begrüßen wir daher die neueste Verordnung der österreichisch-ungarischen Militärverwaltung im Königreich Polen als günstiges Ereignis für unsere Nation.

Der Krakauer „Głos Narodu“ schreibt in seiner Nummer vom 30. August 1916 in der gleichen Angelegenheit folgendes:

Wir sind gewiß, daß das Königreich Polen der Aufgabe gewachsen sein wird. Seit Kriegsbeginn beobachteten wir mit Freuden die bürgerlichen Tugenden, welche in den Taten unserer Landsleute in die Erscheinung traten, obgleich die Verhältnisse ihnen auf Schritt und Tritt so viele Hindernisse in den Weg legten. In einem wieviel breiteren Ströme wird jetzt die Arbeit zum Wohle der Allgemeinheit fließen können, wenn sie ein so umfangreiches Gebiet vor sich hat. Und wir werden uns nicht irren, wenn wir annehmen, daß unter den Ursachen, welche zu der Verordnung über die städtische Selbstverwaltung beigetragen haben, eine der am wenigsten wichtigen die persönliche, von der Okkupationsbehörde gewonnene Überzeugung war, daß sich diese Volksgesamtheit zu regieren versteht und sich regieren kann. Von diesem Standpunkt ist die städtische Selbstverwaltung im österreichischen Okkupationsgebiet nicht nur eine kostbare materielle Errungenschaft, sondern auch ein für die Zukunft wichtiger moralischer Trumpf in der Hand der Polen. Ihre Anerkennung durch die Okkupationsbehörden stellt nämlich fest, daß sie nicht nur das Recht der Polen auf diese Wirtschaft, sondern auch ihre Reife in dieser Richtung anerkannt haben. Es ist gut, in den nationalen Akten solche Präzedenzfälle zu haben.

Daher begrüßen wir mit vollem Gefühl der Befriedigung die neue Gestaltung der Verhältnisse, die neue Phase in der Kriegesgeschichte desjenigen Teils des Königreichs Polen, welcher unter die Okkupation der österreichisch-ungarischen Truppen gelangt ist. Wir wünschen unseren Landsleuten, daß ihre Arbeit und Ausdauer sich auf dem neuen Gebiete mit einer Kraft kundgebe, die noch einmal von unserer Lebenskraft und von allen denjenigen Eigenarten unseres Geistes zeugt, die uns das Recht geben, in dem Räte der Völker mit entscheidender Stimme zu sitzen, die dieses Recht fordern und die Bestrebungen und Hoffnungen auf seine Wiedererlangung lenken.

Aus Nr. 106 der Gazeta Grudziadzka (Graudenz) vom 6. September 1916.

#### **Über die neue Selbstverwaltung**

für die Städte der durch Österreich-Ungarn besetzten Gebiete haben wir bereits geschrieben. Das „Berliner Tageblatt“ bringt diese Nachricht durch amtliches Telegramm aus dem Wolffschen Bureau in der nachstehenden Form: „Die neue städtische Selbst-



verwaltung wurde durch das Generalgouvernement für die Städte Kielce, Lublin, Petrikau und Radom verkündet. Nach ihr bildet jede dieser Stadt eine eigene Gemeinde. Mitglieder der Stadtgemeinde sind alle Personen, welche die Staatszugehörigkeit zum Königreich Polen besitzen und im Bereiche der Stadt ihre Wohnung haben."

So lautet das Telegramm des amtlichen Wolffschen Bureaus, welches das "Berliner Tageblatt" veröffentlicht.

Das Telegramm des amtlichen Wolffschen Bureaus stellt ausdrücklich fest, daß eine Staatszugehörigkeit zum Königreich Polen besteht. Die der Stadt Warschau verliehene Selbstverwaltung macht das Wahlrecht in der Hauptstadt Warschau von der Staatszugehörigkeit zum Königreich Polen abhängig.

Auch das durch die deutschen Militärbehörden herausgegebene Dokument stellt amtlich das Dasein zur Staatszugehörigkeit zum Königreich Polen fest. Eine solche Meinung hatten wir schon im Mai d. J. Der weitere Schluß ist einfach und klar, wenn der menschliche Verstand noch etwas gilt: Wenn die obersten Militärbehörden, sowohl die deutschen wie die österreichischen, in amtlichen Dokumenten feststellen, daß eine Staatszugehörigkeit zum Königreich Polen besteht, dann muß

1. doch auch eine besondere Staatseinheit vorhanden sein, damit ihr jemand angehören könnte;
2. die besondere Staatseinheit ist das Königreich Polen;
3. es könnte scheinen, daß das Königreich Polen heute schon ein selbständiger Staat ist.

Wir erdreisten uns zwar nicht, diesmal aus diesen klaren amtlichen Dokumenten einen solchen Schluß zu ziehen, wir können es nicht, nein, wenn wir es auch wollten.

Wir werden also warten, bis von amtlicher Seite, sowohl von österreichischer wie auch von deutscher, diese Angelegenheit endgültig aufgeklärt sein wird. Das um so mehr, als es Leute gibt, welche behaupten, daß es nicht viel zu bedeuten habe, daß die Militärbehörden etwas anerkennen oder zuerkennen. Damit dieses wichtig und für die Zukunft von Bestand wäre, ist es nötig, daß die höchsten Staatsbehörden, sowohl die deutschen als die österreichischen, dies zuerkennen und anerkennen. Deshalb müssen wir in dieser Angelegenheit auf einen solchen amtlichen Schritt der höchsten Zivilbehörden Österreichs und Deutschlands warten. Wir können dazu nichts beitragen.

Aus Nr. 91 der Wiadomości Polskie (Petrikau)  
vom 27. August 1916.

### Um die Zukunft Litauens.

Es fielen bisweilen scharfe Urteile über das Verhalten der polnischen Volksgesamtheit gegen die litauische Bewegung (Professor Janowski gebraucht zur Umschreibung der litauischen, genannt auch litwomaniischen Bewegung den exakteren Ausdruck „lituwisch“ (lituwiski) im Sinne seiner Ausführungen, die er in den Publikationen „Les théories neolithuaniennes et la vérité historique“ und „Litauen und Polen“ — Lausanne 1916 entwickelt. Anm. d. Red.): daß sie ratlos gewesen sei, oder auch auf diese Einwirkungen unfähig reagiert habe; die einen erheben den Vorwurf, daß die polnische Volksgesamtheit diese Bewegung zu gewinnen nicht verstanden habe, die andern, daß sie sich oft von ihr habe leiten lassen, ohne die wirklichen Bedürfnisse der Masse von den Ansprüchen der Agitatoren zu unterscheiden. Diese Vorwürfe sind nicht ganz berechtigt: die Ratlosigkeit entsprang der allgemeinen Knebelung des Lebens, also unterlag jedes Reagieren einem Druck von oben, Nichtsdestoweniger

hätten sich auch unter diesen erschwerenden Umständen Fehler vermeiden lassen. Diese aber wurden mangels eines gehörig kristallisierten Programms und infolge isolierten Handelns begangen. In den letzten paar Jahren vor dem Kriege verflüchtigten sich dank der Erfahrungen die Fehler.

Man überzeugte sich immer mehr, daß, wie es Wladislaus Studnicki formuliert hat: „Die Litwomane eine rücksichtslose Ausrottung des polnischen Volks (in Litauen) wünschen und nur dann ein Kompromiß mit uns eingehen werden, wenn sie bei uns eine organisierte Kraft antreffen und sich von ihrer Unüberwindlichkeit überzeugen werden.“ Unsere Pflichten aber gegenüber Litauen sind nur „Arbeit an der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Förderung dieser Gebiete. Nur unsere nationale Entwicklung kann eine regelrechte wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung des Landes, aller seiner Volksstämme vergewissern. Indem wir die nationalen Pflichten gegen uns erfüllen, erfüllen wir sie gegen die Völker des geschichtlichen Polens. Ohne diese Wahrheit anzuerkennen, werden wir auf Seitenwegen umherirren.“

Wenn manche Litauer die Hoffnung aufgaben, einerseits sich unter der Bedrückung beugend, andererseits der geräuschvollen Agitation der Letuwer aus dem Wege gehend, so ist die Schuld der Polen nicht geringer, von denen viele die Möglichkeit der Erhaltung der Einheit der Krone mit Litauen von ihrem Programm gestrichen haben.

Es tauchte „die Theorie der Liquidation“ und des Verbleibens in den sogenannten ethnographischen Grenzen auf. Sie hatte Anhänger unter den Warschauer Positivisten, später aber fanden an ihr hervorragendere Vertreter der Nationaldemokratie Geschmack. Vieles trug zu dieser Theorie bei, am meisten vielleicht die verkehrte Meinung, daß die litauisch-ruthenischen Länder die Hauptursache des polnisch-russischen Gegensatzes seien und daß, wenn die Polen darauf „verzichten“ werden, die Verfolgung nachlassen werde und man gewisse Zugeständnisse (für das Kongreßkönigreich) werde erlangen können. Diese Theorie hatte in dem polnischen Gedanken eigene Grundlagen und war weit davon entfernt, den Beweggründen, daß ihre Verwirklichung um jeden Preis durch Rußland erfolgen werde, recht zu geben, im Resultat jedoch kam das auf eins hinaus.

Die Taktik der Liquidation war dem politischen Hervortreten in dem quasi parlamentarischen Zeitabschnitt nicht fremd. Die litauische Fraktion erfand eine neue Form: Die „Landeseingeborenheit“ (Krajowosc). Die polnische Fraktion blickte mit magnetisiertem Auge nach dem Lande zwischen der Prosna und dem Bug. Sie unterstützte daher z. B. in der zweiten Duma den Entwurf der Kadetten des zwangsweißen Verkaufs des Landes im Kaiserreich, also in Litauen usw. Dies nannte sich Realpolitik, obgleich diese Wirklichkeit sogar geringe Äquivalente für diese Liquidation vergeblich erwartete. Wir übergehen, daß sie sich unsererseits praktisch nicht bewirken ließe, dafür eine bequeme Hintertür zurücklassen würde für die überhandnehmenden Entäußerungen von Besitzungen in Litauen, aber wir wissen nichts von diesen Vorteilen, welche dieser Tauschhandel Kongreßpolen gebracht hat. Ich weiß nicht, ob man in unserer Lage auf etwas „verzichten“ oder etwas behalten kann; Geiseln vermeiden diese Worte, wissend, daß alles gegen ihren Willen geschieht. Nachdem das reale Interesse der Nation sogar die geschichtlichen Pflichten vergessen hat, diktiert es das Dogma, daß uns einzig und allein die Gewalt von unseren uralten väterlichen Sitten aussiedeln könne, und diese besitzen hundert Mal höhere Werte, als die ganze Theorie von den komplementären Absatzmärkten. Was Männer wie König Sigismund Rosciuszko und Mickiewicz vereinigt haben, kann keine



Bedrückung umstoßen. Wie kurz und bündig hat dies überdies der Großpöle Staszyc formuliert: „Die litauische Nation ist seit vielen Jahrhunderten durch die engsten Bande des Bluts mit der polnischen Nation so vereinigt, daß alles, was die Masse des einen betrifft, dem andern schon gemeinsam geworden ist.“

Unsere Begriffsverwirrung kann durch das Unglück erklärt werden, das im Laufe des letzten halben Jahrhunderts über die polnische Nation herabgekommen ist und das sie unnachlässig mit Füßen getreten hat — das hat die Stimmung zur Kapitulation, zum Vergessen der ruhmvollen Überlieferungen ausgebildet.

Die Verfolgung zog ungeheure materielle, noch größere moralische Verluste nach sich. Die bloßen Konfiskationen nach den Jahren 1831 und 1863 verschlangen in den litauisch-ruthenischen Landen nach den Berechnungen Stefan Buzczynski ein fast viermal so großes Gebiet, wie ganz Sachsen. Da die Intelligenz im Lande keine Erwerbsquellen findet, wandert sie zu Dreiviertel aus, auf diese Weise setzte der Abgang der fähigeren Leute das geistige Niveau ihrer heimatlichen Gegenden herab.

Der geistigen Macht Litauens fügte jedes Jahr schreckliche Wunden zu. Die einst urwüchsig leuchtende Aufklärung wurde verschüttet, die reine Wissenschaft, welche so schöne Früchte versprach, verschwand vollständig. Das Tyzenhauzer Grodno ist nicht mehr; es ist nicht mehr die herrliche Konvokation der Wilnaer Universität mit ihren unübertrefflichen Verdiensten um die Aufklärung und Wissenschaft; es sind nicht mehr die von Wilna aus über die Provinz zerstreuten Mittelpunkte, aus denen tüchtige Bürger hervorgingen, es sind nicht mehr solche Volksschulen, wie in Pawlow, in der Gegend von Radkow, in Pocietzol, in Retow; es sind nicht mehr die Akademien in Plock, die der Piaristen, der Basilianer und andere; die berühmte archäologische Kommission ist auch nicht mehr. . . . Das sind dem Schicksal mit Mühe entriessene reale Werke, und wo sind die so vielen segensreichen Pläne der Scharen ungewöhnlicher Männer, an denen es in Litauen nicht fehlte. Die Gewalt hat sie unter die Erde hineingezwängt. Sie haben sich verborgen, aber sie sind nicht verschollen.

Die spontane Neigung zu den früheren Grenzpfählen ist so stark, daß sie bei denen herausgeföhlt wird, welche in verschiedene Vorurteile verwickelt sind. Manchmal aber bricht sie bei Leuten hervor, die sich der Gotteshäuser des früheren Glaubens entwöhnt haben. Denn unzertrennlich ist von den Geistern eines höheren Maßstabes die Überzeugung, daß der brüderliche Ausgleich, der in den Zeiten Gedymins eingeleitet, im Laufe von ein halbttausend Jahren erprobt wurde, den unschätzbaren Faden zum Wohle aller bildet.

So dachten auch diejenigen, welche die Grundlagen zu dem Christum in litauischer Sprache legten. Nicht zur Erneuerung der sagenhaften kleinen Fürstentümer Kunigas, sondern für Polen opferten sie ihr Leben, die edelsten Söhne Samogitiens. Auf den Felsblöcken des hundertjährigen Kampfes um die Unabhängigkeit sind die heldenhaften Namen der Bauern Samogitiens eingeschrieben. Die Tat des Bauern aus der Gegend von Pollangen im Jahre 1794 ist sogar von einer Legende umwoben. Von den Landesteilen Litauens ist Samogitien als erster im Jahre 1831 entstanden, und von den dortigen Bauern sind die Sibirischen und die Märtyrer bekannt. Für die allgemeine Sache in den Jahren 1863—1864 griffen Biltis, Lukaszytas, Pujdak zu den Waffen und führten ganze Bauernabteilungen in die aufständigen Kämpfe. Der größte Held dieser Zeiten aus Samogitien ist der Geistliche Anton Mackiewicz, ein hervorragender Kanzelredner in der Sprache des Volkes, der zu dessen Wohl, aber auch zugleich zur Stärkung jenes Fadens,

aus welchem, wie er glaubte, die Wiedergeburt des Vaterlandes entstehen soll, unermüdlich arbeitete.

Vor 85 Jahren verkündete der litauische Verein in Paris der Welt, daß es ein Polen ohne Litauen nicht gibt. Seine Mitglieder waren die Vertreter des herrlichsten Geschlechts, welches Litauen jemals hervorgebracht hat: Leonhard Chodzko, Ignaz Domejko, Anton Gorecki, Hipolit Klimaszewski, Joachim Lesewell, Adam Mickiewicz, Valerian Pietkiewicz, Caesar und Wladislaus Plater, Julius Slowacki, Josef Straszewicz, Michael Wollowicz, Felix Wrotnowski u. a. m. Das Verlangen nach dem Glück Litauens vereinigte sie in diesem Verein, in ihm erhielt sich der goldene Gedanke des Herzogtums Litauen und Samogitien. Sie übertrugen ihn auf die nachfolgenden Geschlechter.

In der letzten Zeit des Unglücks wurde, man kann sagen in der ganzen Welt, von einem vollständigen Ruin des ehemaligen Polens gesprochen. Zusammen mit ihren Beschützern begruben die Neulitauer den politisch litauisch-polnischen Gedanken. Und plötzlich im letzten Augenblick (im April d. Js.) ergriff ein Politiker des neulitauischen Lagers, Julian Eydymt, das Wort und verkündete der Welt das selbe, was große Leute dachten, wenn sie in den Zenithstern Litauens blickten. Seine Worte erweckten Bewunderung durch die Akzente der tiefen Kraft und der edlen Besorgnis um das Los des Landes, welches man in ein katastrophales Unglück stürzte.

„Seit den Zeiten der Teilung Litauens und Polens durch die Nachbarstaaten — sagt Herr Eydymt — vollzog sich die nationale Wiedergeburt der Litauer auf dem Wege der Evolution. Die litauische Nation besaß nicht soviel politischen Verstand, um die verderblichen Bahnen des Separatismus zu verlassen, auf die sie (Zensurlücke) die Eroberer, Rußland (Zensurlücke) zu drängen vermocht hatten. Unter dem Druck der klugen Bemühungen ihrer (Zensurlücke) entfernte sie sich immer mehr von ihrem politischen Bundesgenossen Polen, bei dem sie mit ganzer Seele wie ein Mann hätte verbleiben sollen (folgt eine gestrichene Druckzeile).

Rußland triumphierte. Die Arbeit, welche es begonnen hatte, führten schon die Litauer selbst weiter, die unter der moskowitzischen Nagajka erzogen und in den moskowitzischen Universitäten herangebildet worden sind. Mit anderen Mitteln, aber das selbe Ziel erstrebte (Zensurlücke), und das Volk handelte unter der Losung „Grinai lietuviska“ (rein litauisch) und wich immer mehr von dem Verständnis für die Bedeutung einer Union mit Polen ab.“

Weiter zeigt Eydymt, welche schreckliche Gefahr dem eigenen Vaterlande die „Grini lietuviai“ (wahren Litauer) bereiteten, indem sie Genossen und Hintermänner ihres Feindes waren.

Trotz des Chaos reiben sich sogar die Verbohrten ihre Augen und beginnen die Folgen der inneren Spaltungen, die Folgen des Separatismus mit Polen, zu sehen. Der Separatismus unter der Losung „Grinai lietuviska“ wird endlich das Ergebnis bringen —

„Und während ihr „wahren Litauer“ die deutsche Botmäßigkeit in die litauischen Länder hineinbringt, erwarten wir polnischen Knechte ein anderes mit den Polen gemeinsames Los, wir streben danach, daß wir als gleiche mit gleichen Polen mit ihnen ihr Los teilen könnten.“

Lorbeer schmücken die Bildsäulen ausgezeichneten Menschen unserer Bundeslade. Viele wollen sich ihr nicht nähern, aber die Lorbeeren sind ewig grün. Die Worte Julian Eydymts bestätigen den Glauben der Alten, daß der Blitz den Lorbeer niemals berührt.

Nicht diejenigen sind die Erben Litauens, welche die Bindeglieder zu vernichten suchen, die das zeit-



genössische Litauen mit den Litauen der Jagellonen, der Sigismunds, der Kosciuskos, der Mickiewicz und der Mackiewicz verbinden. Nicht diejenigen wünschen sein Glück, welche die litauisch-polnische Überlieferung verleugnen, sondern diejenigen, deren Liebe zu Litauen auf dem Ganzen der Jahrhunderte und der Bestimmungen beruht. Wer Litauen im Geiste und in der Wahrheit liebt, wer die Merkmale der Geschichte kennt, wer die Schlüssel zu einer besseren Zukunft behalten will, sollte alle seine Geschlechter mit Liebe erfassen und wachsam an das „Gehende“ denken.

Ludwig Janowski,  
Dozent der Jagellonischen Universität.

Aus Nr. 201 des Dziennik Poznański (Posen)  
vom 3. September 1916.

# Vom „Komitee zur Hilfeleistung für das Königreich Polen“

erhielten wir folgenden Bericht:

Wie der unten angeführte Kassenbericht zeigt betrugen die Einkünfte des Komitees im vergangenen Halbjahr für die Zeit vom 1. Januar bis zum 30. Juni d. J. 2 775 929,84 M. und 1 136 Rubel, mit dem Bestande aus der vorhergehenden Periode 3 452 991,83 M. und 4 830 Rubel 10 Kop. Die Ausgabe betrug 2 842 662,55 M. und 1 001 Rubel. In den beiden vorhergehenden Perioden, die fast ein ganzes Jahr umfaßten, nämlich die Zeit vom 15. Februar 1915 bis zum 1. Januar 1916, betrug die Einnahme 2 795 503,13 M. und 22 598 Rubel; die Ausgabe 2 118 441,14 M. und 19 903 Rubel und 90 Kop.

Zu der verhältnismäßig größeren Einnahme in diesem Halbjahr haben in erster Linie die in den Kirchen und die bei uns und in ganz Deutschland an dem hl. Vater festgesetzten sogenannten „polnischen Tage“ veranstalteten Sammlungen beigetragen. Die Beiträge beliefen sich auf 1 423 055,50 M. Ein zweiter wichtiger Faktor der Einnahmen waren die Spenden schweizerischen Komitees in Vevey in Höhe von 383 357,35 M., sowie die Spende des holländischen Komitees für Polen in Amsterdam, welche 11 500 M. betrug. Die Pfänderlotterie, welche durch die Vorsorglichkeit und die Bemühungen des von uns berufenen Frauenkomitees veranstaltet worden ist, hat 260 275,40 M. ebracht. Ungefähr 700 000 M. kamen aus den Spenden der Volksgemeinschaft zusammen, die entweder durch Vermittlung der Banken und Zeitschriften dem Komitee übersandt oder durch den Abstinentenverband und durch Spenden in den Kirchen gesammelt oder schließlich auf Anregung des Nationalrats zur Ehrung des 70. Geburtstages des Heinrich Sienkiewicz ebracht und vom Nationalrat unserem Komitee überwiesen worden sind.

Trotz dieser bedeutenden Einnahmen hätten die Einkünfte zur Deckung der Bedürfnisse in diesem Halbjahr nicht gereicht, wenn nicht der Bestand aus der vorhergehenden Periode gewesen wäre. Zur Hilfeleistung an die durch den Krieg betroffenen Personen haben wir nämlich 2 242 662,55 M. und 1 001 Rubel ausgegeben. Außerdem haben wir dem Hauptfürsorgerat in Warschau 600 000 M. geliehen. Die ganze Ausgabe beträgt also, wie wir schon bemerkt haben, 2 842 662,55 M. und 1 001 Rubel.

Es ist begreiflich, daß unsere Ausgaben sich vermehren. Anfangs konnten wir nämlich nur denjenigen Teilen des Königreichs Hilfe bringen, welche seinerzeit von den deutschen Heeren eingenommen waren, aber im allgemeinen durch den Kriegsbrand weniger gelitten hatten. Jetzt hat sich das Gebiet unserer Tätigkeit bedeutend erweitert. Es steht heute im engen Zusammenhange mit der Tätigkeit des Warschauer

Hauptfürsorgerats und umfaßt auch diejenigen Teile des Landes, welche am ärgsten zerstört worden sind und über Bialystok, Grodno, Kowno und Wilna hinausreichen.

Not und Elend ist dort überall viel. Hungrige, Nackte, Obdach- und Ratlose rufen um Hilfe. Greise, Krüppel, ausgehungerte und sich herumtreibende Kinder, oft Waisen von verschollenen Eltern, bitten um Unterkunft. Oft, sehr oft können wir nur in geringem Maße den Bedürfnissen der um Hilfe Bettelnden genüge tun. Man muß, soweit es geht, alle ein wenig bedenken. So waren wir denn auch, trotzdem wir über 2 Millionen für die Stärkung der Hungrigen und zur Bekleidung der Nackten, zur Gründung von Kinderbewahranstalten ausgegeben haben, nicht immer in der Lage, der wahren Not so abzuhelfen, wie wir dies gewünscht hätten. Trotzdem man in einer solchen Stadt wie Lodz z. B. an jedem Tage 100 000 Mittagsportionen ausgibt, ist die Hälfte der Arbeiter nur zweimal, der vierte Teil einmal und der Rest nicht immer auch nur einmal täglich. Darum ist die Sterblichkeit dort groß. Warschau verteilt 200 000 Mittagsportionen täglich; aber alle Hungrigen zu sättigen ist man nicht in der Lage. In den größeren Städten, wie Warschau, Wilna, Lodz, Sosnowice, ist gewissermaßen die Lage aller derjenigen höheren Volksschichten der Intelligenz die beklagenswerteste, welche ihre Stellungen oder die Erwerbsmöglichkeiten eingebüßt haben und mit ihrer Familie dem äußersten Elend ausgesetzt sind. Man gewährt ihnen Hilfe in Form von kleinen Darlehen; aber diese Hilfe ist meistens viel zu klein.

In den Dörfern, wo sogar nur Schornsteine verbrannter Hütten emporragen, ist fast überall neues Leben erblüht. Die anfangs auseinandergestobene Bevölkerung ist auf ihren mütterlichen Boden zurückgekehrt. Man baute sich unterirdische Höhlen, Lehm- oder Holzhütten, die an die nichtverbrannten Überreste des früheren Anwesens angelehnt wurden, und man machte sich an die Bestellung des heiligen, nährenden Bodens, der manchmal noch von nicht zugeschütteten Schützengräben zerschnitten war. Vielen Landwirten lieferten die Okkupationsbehörden das Saat Korn. Da, wo wir die Notwendigkeit vorliegen sahen, haben auch wir uns bemüht, den Landwirten beim Einkauf von Saat Korn zu helfen. Es geschah dies in den Kreisen Przasnysz, Plock, Czechanow, Plońsk und Mława. Den hervorragenden örtlichen Organisationen der bürgerlichen Selbsthilfe haben wir zu diesem Zwecke eine Unterstützung in der Gesamtsumme von 51 000 M. gewährt. Unsere Delegierten haben sich bei der Vereisung dieser Gegenden im Juni von der erfolgreichen Anwendung dieser Beihilfe überzeugt. Die Dankbarkeit der Landwirte äußerte sich in der Versammlung der landwirtschaftlichen Vereine in Warschau im Monat Juli öffentlich. Sie drückten dort unseren Teilgebeten, besonders den bäuerlichen Mitbürgern den herzlichsten Dank dafür aus, daß sie sich in so reichlicher Weise an der Beistandsleistung für sie und für das ganze Land beteiligt haben.

Aber der Bauer, welcher auf die Brandstätte zurückgekehrt ist und sich wieder an die Arbeit gemacht hat, hat oft in der Zeit vor der Ernte kein Stückchen tägliches Brot. Man mußte also auch daran denken. Selten gestatten die örtlichen Verhältnisse irgendwo die Gründung einer Volksküche auf dem Lande, besonders in den verbrannten Dörfern; die Städtchen sind aber weit entfernt. Man verteilte deswegen an die Bedürftigen Lebensmittel: Brot, Grütze, Kartoffeln und Salz. Es ist das zwar bescheiden, aber dennoch schwer ausführbar angesichts der Teuerung und der Schwierigkeit, diese Artikel zu erwerben. Daher hat der Hauptfürsorgerat den Gedanken gefaßt, mindestens in jeder Kreisstadt eine Großhandlung mit Lebens-



mitteln und Artikeln für den täglichen Bedarf zu eröffnen, um den Leuten den Erwerb zu erleichtern und ihre Ausbeutung durch die Klein Händler zu verhindern. Zum Zwecke der Unterstützung und der Verwirklichung dieses Vorhabens, und damit zugleich zu Zwecken der mittelbaren Unterstützung der armen Bevölkerung hat unser Komitee dem Hauptfürsorgerat 600 000 M. geliehen. Trotzdem dieses Darlehen im Laufe einiger Monate zurückzahlen ist, so hat es doch augenblicklich unser Budget bedeutend belastet. Aber wir schreckten nicht davor zurück, dies zu tun, da solche Großhandlungen sowohl für heute als auch für die Zukunft von erstklassigem Nutzen sind. In Form von Kooperativ-Genossenschaften unter Beteiligung des örtlichen Elements angelegt, werden sie auch nach dem Kriege ein Faktor gesunder, sozialer Entwicklung sein. Bis zum 1. Juli waren schon 18 Großhandlungen entstanden. Schon heute kann man beobachten, wie sie auf die Regelung der oft übermäßigen Preise einwirken und wie sie in manchem Falle den Erwerb von Nahrungsmitteln geradezu ermöglicht haben.

Schon aus dem Gefagten geht hervor, daß wir seit der Zeit, in welcher der Hauptfürsorgerat in Warschau entstanden ist, also vom Januar d. Jz. ab, in engerer Verbindung und Einigkeit mit diesem Rat handeln. Denn nur die Einheitlichkeit der Aktion kann erfolgreich sein. Diese Einheitlichkeit hat sich auf die Weise gestaltet, daß der zweite Vorsitzende unseres Komitees aktives Mitglied des Hauptfürsorgerats geworden ist, und daß die von unserem Komitee bezeichneten Delegierten an wichtigeren Beratungen des Hauptfürsorgerats und an der Festlegung des Monatsbudgets teilnahmen. Unsere früheren Ausführungsorgane, die Kreis- und Stadtkomitees, welche i. Jt. von uns gegründet worden sind, haben sich in Kreisfürsorgeräte umgebildet, und sie sind mit dem Vorbehalt von dem Hauptfürsorgerat abhängig, daß sowohl sie als auch die neugebildeten Kreisfürsorgeräte die Pflicht und das Recht haben, ihre monatlichen Berichte auch unserem Komitee zu erstatten und ihm ihre Bedürfnisse zu mitteilen. Unser Komitee hat somit immer die Möglichkeit, die Bedürfnisse der dortigen Bevölkerung kennen zu lernen und es kann nach ihrer genauen Prüfung und Feststellung seinen Delegierten die entsprechende Instruktion erteilen. Die Budgets oder vielmehr die Unterstützungssummen, die den einzelnen Kreisfürsorgeräten zur Verwendung gezahlt werden sollen, werden jeden Monat in Warschau unter Beteiligung unser Delegierten beschlossen. Die Kreisfürsorgeräte müssen sich nach den Anweisungen des Hauptfürsorgerats richten und sie unterstehen dessen Kontrolle, sie haben aber hinsichtlich der Verteilung der Unterstützungen Autonomie, natürlich in dem Rahmen der ihnen zuerkannten Summen. Über jeden ausgegebenen Pfennig müssen sie jedoch in den Monatsberichten genau Rechnung legen.

Im vergangenen Halbjahre betrug die Summe der den Kreisfürsorgeräten zuerkannten Unterstützungen mit kleinen Änderungen 287 500 Mark monatlich. Mit Rücksicht auf den geringen Fonds des Hauptfürsorgerats mußte den größeren Teil dieser Verpflichtungen unser Komitee auf sich nehmen. Es zahlte somit monatlich, sei es direkt an manche näher bezeichnete Kreisfürsorgeräte oder durch Vermittlung des Hauptfürsorgerats 350 000 Mark. In einigen Fällen zahlte es zusätzlich für kleine örtliche Bedürfnisse im ganzen über 15 000 Mark.

Die pflichtmäßige monatliche Auszahlung, die dem Hauptfürsorgerat gewährte Anleihe von 600 000 Mk., die den Landwirten zum Ankauf von Saatgetreide gewährten Beihilfen und die eben erwähnten kleineren Beihilfen bilden die ansehnlichste Position unserer Ausgaben.

Außer diesen Hauptausgaben, gibt es noch einige kleinere. Wir haben 37 443,70 Mark für Fleisch, Heringe und Salz ausgegeben. Da wir hinsichtlich Fleisch, Heringen und Salz Gelegenheit zu billigen Einkäufen hatten, so kauften wir diese Artikel und sandten sie in die größeren Städte und Fabrikzentren oder dahin, woher die größten Klagen einliefen, besonders wegen Mangels an Salz. U. a. wurden einige Waggons Salz auch nach Warschau und Wilna geschickt. Eine zweite bedeutende Ausgabe von 26 405 Mark war die Zuschußhilfe über das gewöhnliche Budget hinaus, die den Kinderheimen gewährt wurde, und zwar sowohl aus eigenem Antriebe als auch im Sinne des schweizerischen Komitees in Bevey, das uns mehrmals Fonds mit der ausdrücklichen Bestimmung für diesen Zweck gesandt hatte. Kinderheime sind im Königreiche bis jetzt über 1000 entstanden. Mustergemäß eingerichtet und geleitet bieten sie Unterkunft, Obhut, Unterhalt, manchmal auch Unterricht Häufen von Kindern, die ohne das infolge von Hunger, Krankheit und Entartung zu Grunde gehen würden. Jetzt ist eine der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart, sich um die künftige Generation zu kümmern.

Indem wir alle hier aufgezählten Bedürfnisse der Bevölkerung kennen, der Hilfe zu bringen unsere Pflicht ist, sieht das Komitee mit Schrecken, daß sich seine Fonds vollständig erschöpft haben. Am 1. Juli hatten wir noch einen Bestand von 610 329,28 Mark und 3829 Rubel 10 Kop., aber bis zum 1. September wird dieser Bestand vollständig aufgebraucht sein. Indem wir vom 1. Juli ab mit unserem Kassenbestande rechneten, mußten wir die Summe der monatlichen Unterstützungen verringern. Sie betrug gegenwärtig nur 200 000 Mark monatlich. Für Juli und August haben wir sie schon ausgezahlt. Wenn wir sie für September ausgezahlt haben werden, werden unsere Mittel aufgebraucht sein und die ganze Hilfsaktion wird aufhören.

Es ist wirklich hohe Zeit, daß sich unsere ganze Volksgemeinschaft wieder zu einer solchen Opferwilligkeit aufschwingt, von der sie schon oft Beweise gegeben hat. Wenn wir nicht wollen, daß das so schön begonnene Werk unterbrochen werden soll, wenn wir nicht gestatten wollen, daß sich der Hunger wieder verbreitet, daß die Zukunft der Nation, die jüngste Generation, verkommt oder ausstirbt, so müssen wir uns mit opferwilliger Hilfe beeilen. Dafür, was wir bis jetzt aufgebracht haben, haben wir die Dankbarkeit unserer vom Geschick heimgeführten Brüder hervorgerufen. Was würden sie heute über uns denken, wenn wir sie verlassen würden?

Erzbischof Edmund Dalbor, Vorsitzender.

Ludwig v. Mysielski, Kasimir Brownsford, stellvertr. Vorsitzender. Schriftführer.

Dr. Kasimir Hacia, Schatzmeister.

Geistlicher Patron Adamski. Geistlicher Abgeordneter Brandys. Dr. Boleslaus v. Brodnicki. Sigismund v. Chlapowski. Justizart Eichowicz. Fürst Olgierd Czartoryski. Johann v. Donimirski. Fürst Drucki Lubeczki. Propst Rupczynski. Dr. Stefan Laszewski. Adalb. v. Lipski. Oskar Marchlewski. Dr. Felician v. Niegolewski. Dr. Leon v. Santa-Polczynski. Karl Rose. Dr. Sigismund Seyda. Michael v. Sczaniecki. Stanislaus Sikorski. Franz Stolpe. Bernhard Sypniewski. Johann Graf Szoldrski. Dr. Thadäus Szuldrzynski. Adalbert v. Trampczynski. Johann Graf Zoltowski.



# **Kassenbericht** **des Komitees zur Beistandsleistung im Königreich Polen** **für die Zeit vom 1. Januar bis zum 30. Juni 1916.**

## **Einnahme:**

Bestand am 1. Januar 1916 ..... 677,061,99 Mk.

Es liefen ein:

|                                                                        |              |                  |
|------------------------------------------------------------------------|--------------|------------------|
| 1. von Privatpersonen und Vereinen .....                               | 111 180,69   | Mk.              |
| 2. aus Beiträgen in den Redaktionen u. Zeitschriften                   | 107 252,89   | "                |
| 3. aus den Sammlungen am „polnischen Tage“                             | 1 423 055,50 | "                |
| 4. aus Sammlungen des Abstinentenverbandes..                           | 102 933,30   | "                |
| 5. aus den Sammlungen in Kirchen u. Parochien                          | 5 459,55     | "                |
| 6. aus Sammlungen in Banken und Genossenschaften                       | 64 801,86    | "                |
| 7. vom Komitee in Amsterdam .....                                      | 11 500,—     | "                |
| 8. vom Komitee für Obdachlose in Posen (Sienkiewicz-Fonds) .....       | 250 000,—    | "                |
| 9. vom Komitee der Pfänderlotterie .....                               | 260 275,40   | "                |
| 10. vom schweizerischen Komitee in Bexley .....                        | 383 357,25   | "                |
| 11. Zinsen von Kapitalien .....                                        | 6 039,90     | "                |
| 12. Zurückzahlung der Anleihe des „Imports“ und<br>Verschiedenes ..... | 50 073,50    | " 2 775 929,84 " |

Einnahme überhaupt 3 452 991,83 Mk.

## **Ausgabe:**

Es wurde ausgegeben:

|                                                                                            |              |     |
|--------------------------------------------------------------------------------------------|--------------|-----|
| 1. den einzelnen Komitees im Königreiche (einschl. des Darlehens<br>von 600 000 Mk.) ..... | 2 766 437,80 | Mk. |
| 2. besondere Unterstützungen für die Kinderheime .....                                     | 26 405,—     | "   |
| 3. Einkauf von Salz, Heringen und Fleisch .....                                            | 37 443,70    | "   |
| 4. kleinere Unterstützungen .....                                                          | 2 448,60     | "   |
| 5. Beamtengehälter (980), Bureau- und Scheckkosten (774,29),<br>Reisen (408,65) .....      | 2 162,94     | "   |
| 6. Verluste an der Valuta .....                                                            | 5 660,75     | "   |
| 7. Rückzahlungen .....                                                                     | 2 103,76     | "   |

Ausgabe überhaupt 2 842 662,55 Mk.

Einnahme: 3 452 991,83 Mk.

Ausgabe: 2 842 662,55 "

übertrag am 1. Juli 1916: 610 329,28 Mk.

Der obige Bestand ist angelegt:

|                                                                 |            |     |
|-----------------------------------------------------------------|------------|-----|
| 1. in der Verbandsbank der Genossenschaften auf Buch Nr. 64 943 | 192 043,53 | Mk. |
| 2. in der Bauernbank auf Buch Nr. 1153 .....                    | 416 776,44 | "   |
| 3. in der Bauernbank auf Buch Nr. 1275 .....                    | 1 181,63   | "   |
| 4. in der Bauernbank auf Scheckkonto .....                      | 327,68     | "   |
|                                                                 | 610 329,28 | Mk. |

## **Rubelbericht.**

Bestand vom 1. Januar 1916 ..... 3 694,10 Rubel

Eingezahlt von:

|                      |         |                          |
|----------------------|---------|--------------------------|
| Privatpersonen ..... | 1 100,— | "                        |
| Redaktionen .....    | 36,—    | 1 136,— "                |
|                      |         | überhaupt 4 830,10 Rubel |

Das Komitee in Konstantynow erhielt.. 1 000,—

Staatssteuern ..... 1,— | 1 001,— " |

Bestand am 1. Juli 1916 3 829,10 Rubel

Außerdem besitzt das Komitee 25 000 Rubel in der Handelsbank, Filiale Sosnowice.

Die Zusammenstellung der Einnahmen und Ausgaben, sowie die Spezifikationen habe ich mit den Büchern des Komitees und den Bankunterlagen verglichen und bescheinige hiermit ihre vollständige Übereinstimmung. Die nachgewiesenen Bestände befinden sich auf Bankbüchern, welche mir vorgelegt wurden.

Posen, den 27. Juli 1916.

Dr. Maryan Glowacki.



## Die polnische Frage im Auslande.

Aus Nr. 243 des Naprzod (Kraukau)

vom 2. September 1916.

### Genosse Ignaz Daszynski

hat das Abgeordnetenmandat zum Reichsrat aus dem Kraukauer Wahlbezirk „Wesola“ niedergelegt.

Die Unmöglichkeit, die Verantwortung für die Politik des polnischen Klubs zu tragen, hat den Kraukauer Abgeordneten zur Niederlegung des Mandats bewogen.

Genosse Daszynski war 19 Jahre lang Abgeordneter des österreichischen Parlaments. In drei Wahlperioden übte er das Mandat aus dem Wahlbezirk Kraukau-Land und Kraukau-Stadt aus; vom Jahre 1907—1911 war er Abgeordneter der polnischen Bauern und Arbeiter in Schlesien.

Aus Nr. 244 des Naprzod (Kraukau)

vom 3. September 1916.

### Parteibeschlüsse.

Das Vollzugskomitee der polnischen sozialdemokratischen Partei nahm in der Sitzung vom 1. September d. J. die Mandatsniederlegung des Genossen Daszynski nicht zur Kenntnis, empfahl ihm, die Verzichtleistung zurückzunehmen und das Mandat weiter auszuüben. Die Niederlegung des Abgeordnetenmandats durch den Genossen Daszynski ist ohne Ermächtigung des Klubs der polnischen sozialdemokratischen Abgeordneten, welcher in nächster Zeit eine Sitzung abhalten wird, geschehen.

Für das Vollzugskomitee der polnischen sozialdemokratischen Partei

Johann Englisch, Vorsitzender.

\* \* \*

Zu diesen Mitteilungen bemerkt der Kraukauer „Glos Narodu“ in seiner Nummer 430 vom 3. September 1916:

Es ist nicht so lange her, daß die Sozialdemokraten dem polnischen Klub beigetreten sind. Gegenwärtig befindet sich Herr Daszynski ganz außerhalb der Politik des polnischen Klubs, für die er die Verantwortung nicht tragen will. Wir kennen die Beweggründe nicht, welche den sozialdemokratischen Abgeordneten und Parteiführer zu dieser plötzlichen Kundgebung bewogen haben. Wir wissen auch nicht, ob andere seiner Mandatskollegen, die ebenfalls im polnischen Klub sitzen, dafür halten, daß sie die Verantwortung nicht weiter tragen können. Wir wissen schließlich nicht, wie sich das Verhältnis des Herrn Daszynski zu den anderen Instanzen, deren Mitglied er ist und die grundsätzlich auf ihrem Tätigkeitsgebiete die politische Linie des polnischen Klubs vertreten sollten, gestalten wird. Obmann Bilinski ist bekanntlich Obmann nicht nur des polnischen Klubs, sondern auch des Obersten Nationalkomitees.

Vielleicht werden die nächsten Tage eine Aufklärung bringen. Heute kann man nur die Tatsache feststellen, daß Herr Daszynski das Reichsratsmandat niedergelegt und aufgehört hat, Mitglied des polnischen Klubs zu sein.

Aus Nr. 248 des Kurjer Polski (Warschau)

vom 1. September 1916.

### Das russische Autonomie-Projekt.

Telegraphisch wurde gemeldet, daß das „Rußkoje Slowo“ die Grundsätze eines Autonomieprojektes veröffentlicht hat, das auf Veranlassung der höheren russischen Kreise von dem Staatssekretär Kryzanowski

ausgearbeitet worden ist. Dieses Projekt soll sofort zwecks Beruhigung der Polen veröffentlicht werden und wird die Verwirklichung des Aufstiegs des Großfürsten Nikolaus sein.

Schon der erste Blick auf die Grundsätze des Projekts überzeugt uns davon, daß wir es mit einer russischen Selbstverwaltung zu tun haben, die mit dem Namen Autonomie geschmückt ist. Als im Jahre 1910 Stolypin genau die selben Grundsätze in dem bisher von der Petersburger Regierung unabhängigen Finnland einführen wollte, wandte sich ganz Finnland dagegen, und der Landtag und die öffentliche Meinung des Auslandes protestierten in energischer Weise dagegen.

Stolypin hatte diese Grundsätze in der Duma und dem Staatsrat durchgebracht, die Sanktion des Kaisers erlangt und im Jahre 1910 veröffentlicht. Vergeblich, denn ganz Finnland und der Landtag erkannten dieses Gesetz nicht an; die finnischen Magistrate, Beamten und Gerichte verweigerten seine Ausführung, und die russische Gendarmerie fing an, die Magistrate und Gerichte in ihrer vollen Zusammensetzung zu verhaften und nach Petersburg abzuliefern, wo das russische Gericht entgegen der Verfassung Finnlands alle zu Gefängnisstrafen wegen Widerstands gegen „Grundsätze“, die durch Stolypin, aber nicht durch die finnische Verfassung anerkannt waren, verurteilte.

Rußland erwiderte darauf durch Besetzung der Sige im finnländischen Senat mit russischen Generalen, durch Ernennung von Russen für die höheren Posten des Landes, durch die Einführung der russischen Sprache in die Ämter und Schulen und Verschiebung des Landtagsmarschalls Soininwuda nach Sibirien. Finnland schickte keine Abgeordneten in die Duma und leistet bis jetzt entschiedenen und unerschütterlichen Widerstand. Es ist keine Hoffnung vorhanden, daß Finnland jemals diese Grundsätze, die ein Hohn auf seine staatsrechtliche Gestaltung sind, anerkennen sollte.

Genau durch die selben Grundsätze will Kryzanowski, der Mitarbeiter Stolypins, der durch sein feindseliges Auftreten gegen die Polen und als Autor der Losrennung des Cholmer Landes bekannt geworden ist, das unglückliche Polen beglücken.

Nach diesen Grundsätzen wird Polen einen unzertrennlichen Teil Rußlands bilden. Die auswärtige Politik, die allgemeinen Finanzen, die Armee, das Münzwesen, die Post, die Zölle und die Eisenbahnen werden in Polen nur russisch sein; die orthodoxe Kirche wird eine bevorzugte Stellung einnehmen; nur bei den Behörden und den Gerichten wird die polnische Sprache und in den Schulen die russische Sprache zugelassen werden. Die Geographie und Geschichte Rußlands müssen in russischer Sprache gelehrt werden. Die Beamten werden durch die Petersburger Minister ernannt werden, das Staatswappen wird der zweiköpfige Adler bleiben. Etwas Neues wird die Wiedereinführung des Namens eines Statthalters des Königreichs, die Gründung eines lokalen Landtages und die Zuerkennung einer städtischen und ländlichen Selbstverwaltung sein, wie auch das Recht der Einführung einer örtlichen Akzise und von Monopolen zu Gunsten einer Zentralkasse in Warschau, aber nur mit Genehmigung Petersburgs und unter allgemeiner Staatskontrolle.

Wo ist hier eine staatliche Autonomie? Es ist keine Spur davon vorhanden, denn der lokale Landtag würde kaum größere Kompetenzen haben als die russischen Gouvernements-Landtage, und von einer wirtschaftlichen Selbstständigkeit des Landtages wäre keine Rede. Und auch diese geringfügige Spur einer „Autonomie“ könnte jederzeit durch einen Befehl von Petersburg aus noch verringert werden.

Der harte, unzerbrechliche Widerstand Finnlands gegen solche „Grundsätze“ beweist, daß jedes selbständige



Volk eine solche „Autonomie“ ohne Diskussion ablehnt. Auch das polnische Volk lehnt entschieden ab solche Gaben. Das polnische Volk verlangt eine — eigene staatliche Organisation.

Aus Nr. 245 des Kurjer Polski (Warschau)  
vom 3. September 1916.

### Russisches Blendwerk.

Aus Anlaß der in der letzten Zeit zahlreichen russischen Projekte bezüglich der Polenfrage hat uns der Abgeordnete Lempicki folgende Bemerkungen zugesandt:

So lange sie ihrer Herrschaft über uns sicher waren, kannten sie uns gegenüber keine anderen Gefühle als Haß und Verachtung; sie bedrückten uns und kühlten ihr Mütchen an uns, brachten uns materielle und moralische Vernichtung; unsere Entnationalisierung und „Entmenslichung“ war ihr Ziel.

Heute, fast vollständig aus den Grenzen Polens verdrängt, können sie sich mit der vollendeten Tatsache nicht abfinden, daß ihre Herrschaft über uns ein Ende genommen hat, und da sie nun über Polen keine Macht mehr besitzen und keine Möglichkeit haben, über sein Schicksal zu entscheiden, — kommt seit einiger Zeit von Osten zu uns eine trübe Flut künstlicher Projekte der künftigen Einrichtung des Königreichs durch sie. Russische Staatsmänner und politische Parteien wetteifern in der Aufstellung von polnisch-russischen Plänen des gegenseitigen Verhältnisses und des Zusammenlebens für ewige Zeiten. Wir haben daher Projekte des Ministerpräsidenten Stürmer, des Ministers Sasanow, des Staatssekretärs Kryzanowski, der Kadettenpartei (Miljukow), der Rechten, des Landwirtschaftlichen Verbandes. In den Einzelheiten verschieden, da sie die ganze Skala der bewilligten „Freiheiten“ darstellen, von der sehr eng gefaßten Selbstverwaltung an bis zu der realen Union zweier getrennten Staaten, — kommen sie in Wirklichkeit jedoch aus derselben Quelle und streben nach demselben Ziel. Die Quelle ist die drohende Gefahr, die jetzt über Rußland schwebt, daß als Ergebnis des großen Krieges der von Rußland unabhängige Staat entstehen und dem Einfluß Rußlands in Europa ein Ziel setzen wird; das Ziel aber aller dieser Projekte ist, die Verwirklichung dieser drohenden Gefahr zu verhindern. Bisher strebte zu diesem Zwecke die russische Staatsraison ausdrücklich dahin, immer und überall das polnische Element auszurotten; jetzt, bei veränderten Verhältnissen greift die russische Politik nach anderen Mitteln und verspricht dem polnischen Element geringere oder größere Konzessionen innerhalb des russischen Staatswesens, um nur die Herrschaft über Polen zu behaupten. Es ist also nicht das gemeinsame Interesse Rußlands und Polens, das diese Projekte diktiert, sondern lediglich der Wunsch, Polen zu besitzen und dadurch die eigene Stellung in Europa zu bewahren. Dieses fein ausgeklügelte, ränkevolle Spiel, das auf die menschliche Leichtgläubigkeit im Sinne des Satzes: Mundus vult decipi — ergo decipiatur berechnet ist, — wird jedoch sehr durch die in ihrem Haß gegen die Polen aufrichtigeren rechtsstehenden Parteien verdorben: sie decken zu früh die Karten auf, indem sie offen erklären, daß den Polen auch jetzt keine Zugeständnisse zu machen seien und daß das frühere Exterminationssystem ihnen gegenüber auch fernerhin beizubehalten sei.

Den russischen Bemühungen fehlt gegenwärtig nur eine geringe Kleinigkeit, nämlich die reale Grundlage — der Tatsache des Besitzes von Polen. Sie schweben daher in der Luft. Und trotzdem haben sie auch tiefere Ursachen und gewisse unerwünschte Folgen.

Die mit großer Mühe in den russischen Kanzleien und Redaktionen geschmiedeten Projekte der Einrichtung Polens haben das Ziel, einerseits auf die westlichen Bundesgenossen, andererseits auf die polnische Allgemeinheit einzuwirken.

Im Westen wird die Überzeugung immer stärker, daß zum allgemeinen Besten und zum Frieden von Europa eine grundsätzliche Lösung der polnischen Frage und die Schaffung von normalen Daseinsbedingungen für das polnische Volk notwendig seien. Es ist unmöglich, daß es der Westen nicht wissen sollte, daß Rußland immer ein entschiedener Gegner der Freiheit und Unabhängigkeit Polens war. Es liegt nicht im Interesse von Frankreich, England und Italien Polen Rußland zum Raube zu überlassen und die Macht des letzteren zu vermehren. Daher entstehen in der öffentlichen Meinung der Westmächte Reflexionen, die die Festigkeit des Bündnisses mit einem Staate, der Polen unterdrückte und von Natur aus der Entstehung eines politischen Staates abgeneigt ist, schwächen. Von einer solchen Richtung der Gedanken und Gefühle des Westens zeugen trotz der Zensurbeschränkungen verschiedene Artikel in der Presse und einige öffentlichen Reden hervorragender Persönlichkeiten (wie z. B. Anatole France während des Besuchs der russischen Parlamentarier in Paris). Die russische Regierung fühlt diese Situation und beeilt sich, um sie zu retten, mit zahlreichen, in nebelhafter Ferne liegenden Versicherungen, daß sie in Zukunft die Polen nicht unterdrücken und nach der Wiedergewinnung Polens dasselbe mit den Wohltaten der Selbstverwaltung bedenken werde. Der einzige Zweck dieser Versicherungen ist — die Beruhigung der öffentlichen Meinung des Westens und die Stärkung des schwächer werdenden Bündnisses.

Was aber die polnische Allgemeinheit anbelangt, so hat auch hier die russische Regierung die Aufgabe vor sich, ihren Kredit, der zu Anfang des Krieges künstlich in die Höhe geschraubt war, dann aber mit dem Verlauf der Ereignisse von Stufe zu Stufe sank und heute überhaupt nur noch einen imaginären Wert hat, zu retten. Es handelt sich darum, daß, wenn es nicht gelingen sollte, eifrige Anhänger zu gewinnen, wenigstens in den Gefinnungen Verwirrung mit Hilfe von verschiedenem Blendwerk zu säen, Zweifel und Reflexionen hervorzurufen und auf diese Weise die Bildung eines einheitlichen politischen polnischen Gedankens zu verhindern. Die politische Zersplitterung der polnischen Allgemeinheit, die Schwächung ihres Willens wird jedenfalls als genügender Erfolg der russischen Bestrebungen angesehen werden.

Das sind unzweifelhaft die Ziele der russischen Arbeit und aus diesen Gründen erfordert sie von polnischer Seite eine deutliche Antwort, die auch zur Kenntnis der öffentlichen Meinung des Westens gebracht werden muß. Diese Antwort ist um so notwendiger, als an oben genannter Arbeit auch einige wenige Polen direkt oder indirekt teilnehmen, solche Polen, die vom Lande getrennt sind und die Umgestaltungen nicht kennen, die dort vor sich gegangen sind; einige von ihnen halten eigenmächtig an einer politischen Doktrin fest, die sich als trügerisch erwiesen hat; andere sind durch die verführerische Macht Rußlands geblendet, noch andere lassen sich von persönlichen Rücksichten leiten.

Welches ist nun unsere Antwort? Ich glaube, daß es nur eine einzige geben kann. Mit Rußland hat uns nichts verknüpft, außer den Fesseln der Sklaverei. Heute bindet uns nichts mehr, sondern alles trennt uns: die Kultur, die Denkart, die Art zu fühlen, die Traditionen der Vergangenheit und die Ideale der Zukunft. Der Inhalt unseres staatlichen und nationalen Wesens waren der endlose Kampf mit



der russischen Expansion und Eroberungssucht, die Verteidigung der westlichen Zivilisation gegen die Begehrlichkeit des Ostens, blutige und opferreiche Anstrengungen zur Niederwerfung des Joches und Wiedergewinnung der Unabhängigkeit. Dieser Inhalt kann sich nicht ändern. Die politische Unabhängigkeit von Rußland ist die erste notwendige Bedingung unserer nationalen und staatlichen Zukunft. Michael Lempicki.

Aus Nr. 200 des Dziennik Berlinski (Berlin)  
vom 31. August 1916.

### Eine interessante Unterredung.

Der „Golos Rusi“ hat Erinnerungen des Duma-abgeordneten A. Dznobiszyn an die Reise der russischen parlamentarischen Delegation nach den verbündeten Staaten veröffentlicht. Interessant sind diese „Erinnerungen“ aus Rücksicht auf die darin enthaltene Unterredung der polnischen Mitglieder der Delegation mit den ihr angehörenden Kadetten.

Einen der polnischen Abgeordneten stellt H. Dznobiszyn als Anhänger der Lösung der polnischen Frage auf dem Wege der internationalen Abmachung und als einen Mann hin, der nach der absoluten Wiedergeburt Polens strebt. Der andere aber soll der Vertreter einer gemäßigten Strömung sein, die die Lösung der polnischen Frage in weitestem Umfange von Rußland wünscht.

Zwischen den polnischen Abgeordneten und den Kadetten entspinnt sich auf dem Wege über Finnland im Eisenbahnwagen eine „endlose“ Diskussion.

Der „gemäßigte“ polnische Abgeordnete spricht die Hoffnung aus, daß die russische Regierung die Situation erfassen werde, und daß die russischen einflußreichen Kreise alles mögliche zur Lösung der Frage tun würden.

„Nach den uns zugehenden Nachrichten aus dem Königreich“ — sagt er — halten es die deutschen und österreichischen Okkupationsbehörden schon während des Kriegszustandes für möglich, die Richtung des sozialen und des Schullebens in polnischer Hand zu belassen. Darin sehe ich die Notwendigkeit, daß Rußland die polnische Frage nicht nur im Sinne der Anerkennung der Rechte der Sprache und der Selbstverwaltung, sondern auch im Sinne der Organisation der ferneren politischen Zukunft des polnischen Landes löse.

„Wir sind neugierig“, sagt nicht ohne gewisse Ironie einer der Kadetten, in welcher Form Sie sich die Organisation der politischen Zukunft Polens vorstellen!

„Ich werde Ihnen speziell antworten“, — erklärt der Pole. — Vor allem ist das Gerücht, das in letzter Zeit in Umlauf ist und dessen Urheber mir nicht bekannt sind, das Gerücht, daß Ihr Kadettenprogramm imstande sei, die Polen zu befriedigen, haltlos. So kategorisch als möglich protestiere ich dagegen und erkläre vor Zeugen, daß sich die Sache ganz anders verhält. Ihr Programm bezieht sich auf Sachen, die weder mit den Interessen Rußlands, noch mit der Lösung der polnischen Frage etwas gemein haben. Ihr Programm ist dasjenige einer Provinzial-Autonomie Polens. Es bezieht sich auf das lokale Leben im Königreich, welches es nach seinem halb demokratischen Muster umbauen will, und läßt die geschichtliche Entwicklung der polnischen Frage im Schatten zurück. Nach meiner tiefen Überzeugung muß man erst die allgemeinen Punkte des politischen Programms befestigen; das lokale Leben wird sich von selbst einordnen, wenn die Faktoren der Umgestaltung der politischen Geschichte des Königreichs erst in Wirksamkeit treten. Sie fragen, welches die Grundlagen für den Aufbau des künftigen Königreichs sind! Ich werde genau antworten! Unsere minimalen Forderungen sind: 1. die Einheit des Thrones,

2. die Gemeinsamkeit der auswärtigen Politik, der Landesverteidigung, der Zollgrenzen, der Monopole und der Altkize. Auf den übrigen Gebieten müßte das Königreich Polen auf Grund eines Konstitutionsaktes durch eine besondere Regierung und besondere gesetzgebende Körperschaften regiert werden. Eine der wichtigsten Fragen ist diejenige der Einrichtung einer vorläufigen Verwaltung in Polen. Die Rückkehr der früheren Verwaltung nach Polen halte ich nicht für denkbar.

Im weiteren Verlauf sagte der polnische Abgeordnete, daß die vorläufige Verwaltung im Königreich nur der Militärbehörde, d. h. der obersten Heeresleitung unterstehen müßte mit der Maßgabe, daß der Höchstkommmandierende eine Regierung Polens unter Leitung eines Chefs der Zivilverwaltung zu ernennen hätte.

Wenn die russische Regierung es deutlich beweisen will, daß sie eine russisch-polnische Annäherung und eine entsprechende Lösung der polnischen Frage wünscht, dann kann sie zur Zeit, da Polen sich in der Hand der Deutschen befindet, nicht anderes Konkretes tun, als 1. das Statut einer vorläufigen Verwaltung für Polen veröffentlichen, 2. in den gesetzgebenden Körperschaften eine Gesetzesvorlage einbringen, nach der alle Beschränkungen für die Polen im Zarenreich fortfallen werden und in welcher erklärt wird, daß „fortan von Ungleichheit der Rechte der Russen und Polen keine Rede ist.“

H. Dznobiszyn bemerkt an dieser Stelle, daß der Gesichtsausdruck des anderen polnischen Abgeordneten ein trüber war und daß darin, wie es H. D. schien, nicht die volle Übereinstimmung mit den angeführten Anschauungen zu lesen war.

Wir Zuhörer, die wir an diesem politischen Streite teilnahmen, — schreibt H. D. — unterlagen unfreiwillig der Beweisführung des Redners und erwarteten mit großer Spannung die Antwort der Kadetten. Die Lage derselben war augenscheinlich eine schwierige.

Ihr Hauptführer fängt mit freundlichem Lächeln an nachzuweisen, daß die Polen die Tiefe und politische Klugheit des Kadettenprojektes der Autonomie Polens nicht gehörig eingeschätzt hätten und daß tatsächlich das Kadettenprojekt nicht eine Landesautonomie, sondern eine politische Autonomie Polens sei. Und hier vollführt er ein geschicktes Saltomortale.

„Sie vergessen — ruft er mit ehrlichem Pathos — daß unser Projekt sich einem der Regierungsprojekte sehr nähert, nämlich demjenigen Sasanows.“ Der ganze Unterschied zwischen unserem und dem Projekte S. beruht darin, daß unser Vorschlag das aufgestellte Schema eines Gesetzesvorschlages in der polnischen Frage, der Vorschlag Sasanows nur die allgemeinen Grundlagen aufstellt, er ist, wenn man sich so ausdrücken kann, die Quintessenz unseres Programms. Wenn unser Projekt ohne Verzögerung bearbeitet und der Duma vorgelegt werden würde, könnte man auf dem Wege des Meinungsaustrausches eine Verständigung über die Einzelheiten herbeiführen. Ich bin tief davon überzeugt, daß man den Gesetzesvorschlag betr. Polen sofort auf die Tagesordnung bringen müsse, und dann, wenn erst ein praktischer Schritt getan ist, wird die zwischen uns und den Polen herrschende Meinungsverschiedenheit in bedeutendem Grade beseitigt werden.“

Leider — fügt Herr Dznobiszyn hinzu — ist das Argument mit der Berufung auf die Ähnlichkeit zwischen dem Projekt der Kadetten und dem Regierungsprojekt von den Polen mit einem durchaus unzweideutigen Lächeln aufgenommen worden.



Aus Nr. 196 des Dziennik Poznański (Posen)  
vom 29. August 1916.

### Die polnische Angelegenheit in Rußland.

Nach den letzten aus Petersburg eingetroffenen Nachrichten sind die reaktionären und nationalistischen Elemente in Rußland, auf die der gegenwärtige Ministerpräsident Stürmer seine innere Politik stützt, auch weiterhin gegen eine, wenn auch nur theoretische Lösung der polnischen Frage in dem gegenwärtigen Augenblick. Hingegen beschäftigt sich die „Partei der Freiheit der Völker“, oder die sogenannte Kadettenpartei sehr eifrig mit dieser Sache. Nach den Informationen des in Moskau erscheinenden „Echo Polskie“, hat diese Partei am 9. und 10. Juli in der polnischen Sache eine Versammlung abgehalten, in der über das Referat des Fürsten Dolgorukow beraten wurde. Aus dem Referat, welches das „Echo Polskie“ im ganzen wiedergibt, bringen wir die folgenden wichtigsten Abschnitte:

„In letzter Zeit bringen die Polen die Sache der Unabhängigkeit Polens immer aufdringlicher in den Vordergrund. Es ist unumgänglich, das Verhältnis der „Partei der Freiheit der Völker“ dem gegenüber aufzuklären.

Die polnische Angelegenheit ist in der gegenwärtigen Zeit mehr praktischer als programmatischer Natur. Ihre Lösung befindet sich im Zusammenhange mit dem Ausgang des Krieges. Darum wäre eine Revision des Programms der Partei verfrüht. Aber die Partei muß dann zum Ausprechen ihrer Meinung bereit sein, wenn das Ergebnis des Krieges sich zu kennzeichnen beginnen wird, sie muß sich selbst für diesen Augenblick vorbereiten, und entsprechend dem gefaßten Entschluß auch die öffentliche Meinung vorbereiten. So wie in allen anderen Kriegen, muß man auch hier ein dreifaches Ergebnis vor-  
aussehen.

1. Die Friedensbedingungen werden von den Mittelmächten diktiert.

2. Rußland wird zusammen mit seinen Verbündeten den Mittelmächten den Frieden diktieren.

3. Einen vollständigen Sieg wird es nicht geben, der Krieg bleibt unentschieden.

Der erste Fall. In diesem Falle kann die Partei die Lösung der polnischen Frage nicht beeinflussen.

Der zweite Fall. In diesem Falle müssen die drei Teile Polens in dessen ethnographischen Grenzen, wie sie bei der weiteren Prüfung der Sache durch das Zentralkomitee der Partei vorzuzeichnen sind, zu einem selbständigen Staate mit dem Ausgang nach der Ostsee vereinigt werden.

Der dritte Fall. In diesem Falle ist der status quo ante bellum möglich, und Rußland kann nur das Los des Teiles von Polen beeinflussen, der vor dem Kriege zu ihm gehörte. Dann ist Rußland verpflichtet, Polen eine breite Autonomie zu gewähren, für die als Ausgangspunkt der von der Partei ausgearbeitete Autonomieentwurf nach der Richtung der Erweiterung hin dienen soll.

Für das Bestehen Polens als selbständiger Staat ist die im 2. Punkt erwähnte Vereinigung der drei Teile Polens zu einem Ganzen notwendig. Dem Wunsche der Polen gegenüber, daß ein selbständiger polnischer Staat, wenn auch nur in den Grenzen Russisch-Polens aufgerichtet werden solle, muß man sich negativ verhalten.

Man muß sich ausschließlich vom Gesichtspunkte der russischen Interessen sowie des internationalen Friedens aus diesem Projekte gegenüber negativ verhalten.

Nach dem gegenwärtigen Kriege hat Rußland das Recht und die Pflicht, seinem Volke, das soviel

Opfer getragen und solche Erschütterungen durchgemacht hat, einen lange dauernden, gefestigten Frieden zu sichern, sowie alles zu beseitigen, was wenigstens in der nächsten Zeit die Sicherheit eines dauernden internationalen Friedens gefährden könnte. Bei der Lösung von internationalen Fragen kann man sich nicht ausschließlich den Geboten des Herzens unterwerfen, sondern man muß sich auch von dem kühlen Verstande leiten lassen. Und im gegebenen Falle muß auf den Schrei des schmerzgefüllten Polens, welches während des Krieges nicht weniger wie Serbien und Belgien gelitten hat, auf den Schrei mit der Forderung der Selbständigkeit Polens, unter allen Bedingungen, so schwer dies auch fallen mag, negativ geantwortet werden, indem man die Politik des Herzens dem politischen Verstande unterordnet.

„Wir können leider — so schreibt das „Echo Polskie“ — den Verlauf der Beratungen über das obige Referat hier nicht zur öffentlichen Kenntnis bringen. In ihrem praktischen Ergebnis bleibt die Kadettenpartei auf ihrem alten Standpunkt.

Darauf wurden die Bemerkungen geprüft, die Herr Erasmus Piłz in der unseren Lesern schon bekannten Denkschrift hinsichtlich des Rokoszyński'schen Autonomieprojekts gemacht hat. Der grundsätzliche Vorwurf, daß dieser Entwurf das zukünftige Polen nur als eine autonome Provinz behandle, wurde nicht als berechtigt anerkannt, wobei man sich auf den Artikel 81 des Entwurfs berief, der bestimmt, daß das Autonomiestatut nicht anders, als durch zwei Gesetze desselben Inhalts zurückgezogen oder abgeändert werden könne, von denen das eine auf dem Wege der allgemein-staatlichen, das andere auf dem Wege der Gesetzgebung des Königreichs Polen erlassen werden solle. Man berief sich auch auf die in der Beratung der Zwölf ausgearbeitete Denkschrift, sowie auf die Denkschrift der polnischen Fraktion, und man behauptete, daß es keinen grundsätzlichen Unterschied zwischen dem Standpunkt der Kadetten und dem Standpunkt dieser beiden Denkschriften gebe.

Die Angelegenheit der Festigung des polnischen Charakters des Landes sowie die der Autonomie haben die schärfsten Debatten hervorgerufen. Es wurde behauptet, daß die Anerkennung der polnischen Sprache als Staatssprache des Königreichs in genügendem Maße die Interessen des Polentums sichere. Die Nichteinführung eines besonderen Landes-Bürgertums sollte nach Ansicht der Kadetten vor allem nur den Interessen der Polen selbst dienen. Sobald die Russen im Königreiche nicht die vollen bürgerlichen Rechte besitzen würden, würden auch die Polen im Kaiserreiche diese Rechte nicht besitzen. Es wurde weiter behauptet, daß die Festlegung des Grundjages der Pflichtmäßigkeit des polnischen Bürgertums für die Beamten in Polen besonders anfangs große Schwierigkeiten hervorrufen würde, indem den im Kaiserreich geborenen Polen die Möglichkeit der Übernahme dieser Ämter genommen würde. Es wurde darauf hingewiesen, daß das Beispiel Finnlands die Durchführung des Grundjages des Landesbürgertums gegenüber der Rechten sehr erschwere. Bei der Abstimmung wurde jedoch beschlossen, angesichts der polnischen Wünsche, den in dem ursprünglichen Entwurf enthaltenen Artikel über das Landes-Bürgertum wiederherzustellen.

Was die Zahl der Vertreter Polens in den allgemein-staatlichen gesetzgebenden Körperschaften anbelangt, so wurde behauptet, daß es unrecht wäre, wenn die Polen, welche über ihre autonome Sache selbst beschließen würden, gleichzeitig die gleiche Stimme in allen russischen Angelegenheiten hätten, obgleich die Bemerkungen des Herrn Piłz nichts Ähnliches im Sinne hätten und im Gegenteil nur die genaue Begrenzung der Rolle der Vertreter Polens forderten. Man berief sich auf den Homerule-Entwurf Irlands,



welcher gleichfalls die irische Vertreterschaft im britischen Parlament verringert.

Schließlich wurde die Sache offen gelassen.

Was den Einwurf des Herrn Piłz gegenüber dem allgemeinen und gleichen Wahlrecht, sowie gegenüber dem Einkammersystem anbetrifft, so hielt man es nicht für notwendig, darauf einzugehen, da man das Wahlrecht nach dem Einkammersystem beibehielt. Hinsichtlich der Rechte des Jargons in Polen wurde beschlossen, ohne jede Änderung auf dem Standpunkt des Entwurfs der Radettenpartei zu verharren.

Betreffs der Angelegenheit der Übertragung der Zuständigen der allgemein-staatlichen Institute gegenüber Angelegenheiten der Post, der Telegraphen, der Festlegung der Eisenbahntarife, des unmittelbaren Verkehrs, sowie der Aktiengesetzgebung erachtete es die Beratung für nicht angebracht, die polnischen Interessen in größerem Maße zu berücksichtigen, indem sie auf dem Standpunkt des unveränderten Kofszkischen Projekts verharrte. Als einzig mögliches Zugeständnis wurde die Übertragung der Verwaltung sämtlicher Eisenbahnen in polnische Hände betrachtet, sowie die Begrenzung des Rechts des allgemein-staatlichen Eingreifens in die Angelegenheit des Baues neuer Eisenbahnen durch Übertragung dieser Zuständigkeit ausschließlich auf den Kriegsminister, wobei Meinungsverschiedenheiten der persönlichen Entscheidung des Monarchen unterbreitet werden sollen.

Das durch Herrn Piłz angegriffene projektierte Amt eines Generalkontrollieurs fand keine Befürwortung. Wenn die Polen ein kontrollierendes Kollektivinstitut für geeignet erachten, so hat die Beratung nichts dagegen.

Von den in der Denkschrift des Herrn Piłz nicht berührten Angelegenheiten wurde die Angelegenheit des Heeres besprochen. Weder die polnischerseits vorgebrachte Forderung polnischen Militärs, noch sogar der Grundsatz des territorialen Heeresdienstes (der Ableistung der Militärpflicht in der Heimat) fanden Anerkennung seitens der Beratung.

Aus Nr. 208 der Iskra (Sosnowice)

vom 2. September 1916.

### **Dmowski macht auf Litauen und Rotrußland keine Ansprüche.**

Einen neuen Beitrag zu der Tätigkeit Roman Dmowskis und seiner Freunde veröffentlicht der litauische Abgeordnete Jezas, einer der Teilnehmer des Ausflugs der russischen Parlamentarier nach dem Ausland:

„Am 14. Oktober 1915 überreichten gewisse polnische Kreise Herrn v. Bethmann-Hollweg eine Denkschrift, in welcher sie die Notwendigkeit einer Angliederung der litauischen und weißrussischen Lande an das zukünftige Königreich Polen nachzuweisen suchen. Wie ich erfahren habe, wurde diese Denkschrift in Regierungskreisen besprochen. Es interessierte mich, wie weit diese Anschauung die „verantwortlichen Vertreter der polnischen öffentlichen Meinung“ teilen. Ich hatte in dieser Angelegenheit in London eine zweimalige Unterredung mit Roman Dmowski. Diese Unterredungen befriedigten mich vollständig. Herr Dmowski erklärte kategorisch, daß die Polen aus dem Königreich Polen auf die litauischen Lande keinen Anspruch machten und daß sie eine Autonomie in den ethnographischen Grenzen wünschten. Ich habe Grund anzunehmen, daß dies nicht die persönliche Meinung Dmowskis war, sondern die Stimmung der betreffenden Gruppe.“

Aus Nr. 238 des Kurjer Polski (Warschau)

vom 27. August 1916.

### **Die Landsleute in der Fremde.**

Unsere Allgemeinheit kümmert sich meiner Ansicht nach wenig um eine sehr wichtige soziale Frage, nämlich um die Abwanderung des Volksmassen aus unseren Gebieten, die in den letzten Jahre die Riesenzahl von über 600 000 Auswanderern jährlich erreicht hat.

Außer den Italienern, die infolge ihres gebirgigen Vaterlandes vielleicht am meisten den Hunger spüren, liefert keins der europäischen Völker den überseeischen Ländern so viel Arbeitskräfte für die Landwirtschaft und die Fabriken, wie das polnische Volk aus Galizien, aus dem Königreich Polen und Rußland.

Einer der besten Kenner unseres Auswandererwesens, der Direktor des „Polnischen Vereins für das Auswandererwesen“ H. Joseph Oskowicz, zählt folgende Ursachen der seit dem Jahre 1870 zunehmenden Auswanderung der polnischen ländlichen Bevölkerung ohne oder mit wenig Landbesitz aus den polnischen Gebieten auf: Die riesige Übervölkerung des Landes und die bedeutende Zerkleinerung des ländlichen Grundbesitzes, die geringe Industrialisierung mancher Gebiete, der Mangel an entsprechender Organisation der Arbeitsvermittlung, der wenig intensive Wirtschaftsbetrieb und die kurze Saison für Feldarbeiten auf den größeren Gütern, schließlich — die etwas zu langsame innere Kolonisation, die hohen Bodenpreise und die Löhne für den Landarbeitern, die hier geringer als im Westen Europas.

Die oben angeführten Ursachen geben hauptsächlich den jüdischen Emigrationspekulanten ein dankbares Agitationsfeld, die riesige Verdienste dafür einstecken, daß sie diese wertvolle „Ware“ nicht nur den an Arbeitskräften armen Regierungen von Brasilien, Argentinien, Kanada und anderen schwachbevölkerten überseeischen Ländern, sondern auch den verschiedenen Verkehrsunternehmungen zuführen.

### **Das Wachstum der polnischen Auswanderung nach Amerika.**

Wie sehr die polnische Auswandererbewegung von Jahr zu Jahr zunahm, beweist die Zusammenstellung der Ziffer der Auswanderer aus dem Königreich Polen und dem russischen Reiche nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika:

Im Jahre 1906 kamen in amerikanischen Häfen 96 835 Polen aus oben genannten Ländern an; im Jahre 1907 wuchs diese Ziffer auf 138 033, und im Jahre 1913 notierten die amerikanischen statistischen Bureaus die allgemeine Ziffer dieser Ankömmlinge mit 174 365, die jüdischen Auswanderer nicht mit eingerechnet.

Daher zählten auch die Vereinigten Staaten nach der Statistik vom Jahre 1914 über 3 Millionen polnische Bevölkerung, von der auf Chicago allein rund 300 000, auf New York 200 000, auf Buffalo 80 000, auf Milwaukee und Detroit je 75 000 entfielen.

In der brasilianischen Provinz Parana allein hat sich bereits eine Zahl von 100 000 polnischer Landbevölkerung angesammelt, die 25% der Bevölkerung bilden. Sie fehlen aber auch nicht in andern überseeischen Orten. So gibt es z. B. in Kanada 25 000, in Rio Grand do Sud über 20 000, in Argentinien ungefähr 8000 Polen; sogar auf dem Archipel von Hawaii sind mehrere Hundert Polen zerstreut.

Trotz der großen Geschicklichkeit unserer Landsleute im Zusammenhalten in der Fremde, der Schaffung von polnischen Schulen und dem Bau be-



sonderer polnischer Kirchen ist die Gefahr der Entnationalisierung bei vielen von ihnen in der dritten, ja sogar schon in der zweiten Generation sehr groß. Daher müssen wir uns bemühen, auf dem Wege eines engen Kontakts dieser Kolonien mit dem Mutterlande in ihnen das Gefühl des polnischen Volkstums zu befestigen und womöglich zu einer planmäßigen Rückwanderung nach der Heimat beizutragen.

### Die Saisonauswanderung.

Weniger gefährlich ist die Emigration der polnischen Auswanderer nach europäischen Ländern, da sie hauptsächlich die Merkmale der Auswanderung zum Zwecke des Saisonverdienstes hat. Aber auch dieser Strom beweist, wie notwendig die Organisation von Arbeitsvermittlungsbureaus für ländliche Arbeiter ist, um viele vor dem Zureden seitens gewissenloser und gewinnlüstiger Auswanderungsagenten zu behüten.

Die Statistik hat vor dem Kriege folgende Zahlen von Saisonauswanderern nach europäischen Staaten nachgewiesen:

Nach Deutschland wanderten jährlich aus dem Königreich und aus Galizien ungefähr 400 000 polnische Landarbeiter aus, nach Dänemark über 10 000 (hauptsächlich Mädchen zum Anbau von Rüben und zur Arbeit in den Stallungen), nach Süd-Schweden und der nördlichen Schweiz rund je 2500. Auch gegenwärtig hat die schwedische und dänische Regierung, wie die Zeitungen berichten, von der deutschen Regierung die Erlaubnis zur Durchfahrt von 800 Arbeiterinnen nach Schweden und 6000 galizischen Arbeitern nach Dänemark erhalten. Einige Jahre vor dem Kriege nahm auch der Bedarf an polnischen Arbeitskräften besonders in den Bergwerken in Frankreich zu.

Die polnische Auswandererbewegung nach Rußland und zwar nicht nur nach dem europäischen (nach den Fabriken in den südlichen Gouvernements), sondern auch nach dem asiatischen, die bis an die entferntesten Grenzen der Mandchurei reicht, wird bekanntlich von den russischen Behörden sehr unterstützt. Vor 6 Jahren haben sich über 6000 ungebildete polnische Bauern durch russische Regierungsagenten verleiten lassen, zwecks Ansiedelung nach Sibirien auszuwandern. Die traurige, manchmal sogar tragische Geschichte ihrer Enttäuschungen an Ort und Stelle ist allgemein bekannt.

### Die Notwendigkeit der Anknüpfung n ä h e r e r B e z i e h u n g e n .

Es läßt sich jetzt schwer voraussagen, wie sich die polnische Auswanderungs- und Rückwanderungsbewegung nach dem Kriege darstellen wird. Nur das eine ist sicher, daß vom Standpunkte der allgemeinen nationalen Interessen unsere Allgemeinheit die Pflicht hat, die engsten Beziehungen zu den Landsleuten ohne Rücksicht auf ihren Wohnort anzuknüpfen, damit sie fühlen, daß sie, wenn sie auch das Vaterland auf kürzere oder längere Zeit verlassen haben, unsere teuren Brüder sind und daß ihre Geschicke uns lebhaft interessieren. Dieses Bewußtsein wird sie bedeutend beeinflussen und sie, die räumlich weit entfernt sind, geistig dem Mutterlande näher bringen.

Die dem Bureau für soziale Arbeit angegliederte Auswanderungs- und Rückwanderungskommission sammelt geeignetes Material, das mit der Zeit dazu dienen kann, ein Bild der Gesamtgestalt der Lebensbedingungen unsrer Landsleute in der Fremde an den verschiedenen Orten der Erdkugel zu entwerfen.

Dies ist jedoch eine ausschließlich theoretische Arbeit. Es handelt sich aber darum, daß eine entsprechende Vereinigung die praktische Lösung der Frage der Notwendigkeit gegenseitiger Informationen über

die Lebensbedingungen der Landsleute im Mutterlande und in den polnischen Kolonien, den Schutz über die Auswanderer vom Augenblick des Verlassens ihrer Heimat an und die eventuelle Erleichterung der Rückwanderung übernehmen würde.

### Der Kontakt Galiziens mit den Auswanderern.

Die „Polnische Vereinigung für das Auswandererwesen“ in Krakau, die durch den energischen Soziologen H. Okolowicz geleitet wird, erfüllt bereits zum großen Teil diese Mission und hat schon in Galizien 4 Fabrikabteilungen. Sie beschäftigt sich sowohl mit der kontinentalen als auch mit der überseeischen Auswanderung. So weit es möglich ist, verhindert sie die Auswanderung, indem sie den sich Meldenden Arbeitsgelegenheit durch geeignete Arbeitsvermittlungsbüros nachweist. Sie informiert die landwirtschaftlichen Auswanderer, wo sie ihre Arbeitskraft unter den günstigsten Bedingungen verkaufen und mit möglichst großen Ersparnissen nach der Heimat zurückkehren können.

Sie unterhält ein Bureau für kostenlose Rechtsberatung für die Auswanderer in der Fremde, Nachherbergen und Bücherverleihstellen. Außerdem organisiert die Vereinigung Informations- und Missionsreisen polnischer Geistlicher, gibt notwendige Handbücher für die Auswanderer heraus, wie z. B. Führer durch die fremden Länder, Wörterbücher, Kalender usw. und 2 Zeitschriften, den „Polski Przegląd Emigracyjny“ und eine Wochenschrift unter dem Titel „Praca.“ An die Spitze der Vereinigung haben sich die Vertreter verschiedener Parteien gestellt, namentlich Landtags- und Reichsratsabgeordnete, und der Landtag und die Landesverwaltung unterstützen die Vereinigung alljährlich durch bedeutende Beihilfen.

Im Jahre 1911 hat sich in Warschau eine „Vereinigung zum Schutze der Auswanderer“ gebildet, konnte jedoch infolge des Einflusses der russischen Regierung keine bemerkenswerten Ergebnisse zeitigen. Wir zweifeln nicht, daß der Vorstand dieser Vereinigung nach dem Kriege seine Arbeit intensiv aufnehmen und seinem Einfluß ausbreiten wird, indem er sich an der verwandten Krakauer Vereinigung ein Muster nehmen wird. Dabei wird ihm die Kommission für die Aus- und Rückwanderung bei dem „Bureau für soziale Arbeit“ behilflich sein.

L. Papiński.

Aus Nr. 443 der Nowa Reforma (Krakau)  
vom 3. September 1916.

### Die polnische Aktion in Skandinavien.

Von einem Freunde unseres Blattes, welcher in den letzten Wochen in den Ländern Skandinaviens weilte, erhielt der Berichterstatler der „Nowa Reforma“ eine Reihe von äußerst fesselnden Informationen über das Verhältnis des Nordens zur polnischen Frage in der gegenwärtigen Zeit und über die Aktion des dortigen Polentums.

Skandinavien — sagte mein Gewährsmann — ist über die polnischen Angelegenheiten sehr schwach aufgeklärt. In Schweden und in Dänemark wohnt kaum eine spärliche Handvoll Polen, in Norwegen gibt es ihrer überhaupt nicht. Daher ist auch die Einwirkung seitens des örtlichen Polentums auf die öffentliche Meinung in diesem Lande schwach, obgleich man in den letzten Zeiten nach dieser Richtung einen bedeutenden Fortschritt sieht, wovon ich später ausführlicher erzählen werde.

In der skandinavischen Presse schreibt man seit dem Weggange des Abgeordneten Tempicki (vor einem Jahre) über die polnischen Angelegenheiten überwiegend auf Grund von deutschen Quellen, bisweilen kommt irgend eine zufällige Zuschrift von polnischer Seite vor.



Überhaupt drucken die schwedischen Blätter über das Thema „Polen“ ziemlich viele Artikel, die aus Informationen der Deutschen stammen. Zu den polnischen Informationen hat die Presse wenig Vertrauen.

Welchen Standpunkt nehmen die Parteien in Schweden zur polnischen Frage ein?

Die einflussreichste Gruppe bilden die sogenannten „Aktivisten“, da sie seitens des schwedischen Hofes, namentlich aber seitens der Königin und der Regierung, mit Ausnahme des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten Wallenberg, breite Unterstützung erhalten. Den Ton geben der Gruppe der Aktivisten die Vertreter der wissenschaftlichen Welt, vor allem die militärischen Kreise an, welche einen Krieg mit Rußland anstreben. Die ganze aktivistische Bewegung sieht die polnische Aktion vom deutschen Gesichtspunkt an. Die Aktivisten haben nicht genug Worte der Bewunderung für die von den Deutschen im Königreich Polen geförderte Wirtschaft und Kultur.

Von dem österreichischen Regime im Königreich Polen ist in Schweden wenig bekannt. Die polnischen Aspirationen werden soweit berücksichtigt, als sie nicht über den von Deutschland umschriebenen und zugelassenen Rahmen hinausgehen.

Den Aktivisten stehen die Anhänger der Entente gegenüber; ihre Mehrheit verbirgt sich unter der Etikette der Neutralität oder des Pazifismus.

Hierher gehören vor allem die Vertreter der liberalen und sozialistischen Kreise. Den Reigen führen jedoch nicht die Liberalen an, weil sie gespalten sind, sondern die Sozialisten unter der Führung Hjalmar Brantings, eines erklärten Pioniers der Losungen der Entente in Schweden. Diese Anhänger der Entente haben zwar keine unmittelbaren, russenfreundlichen Neigungen, aber sie verteidigen stets in ihren Publikationen und Enunziationen Rußland als Mitglied und Bundesgenossen der Entente gegen die erhobenen Vorwürfe. Sie sind gegen eine polnische Aktion mit russenfeindlicher Front, indem sie sie für eine ... deutsche Schöpfung halten, und in diesem Geiste beleuchten sie auch in den Spalten ihrer Presseorgane die polnischen Verhältnisse. Ihre Gewährsmänner in polnischen Angelegenheiten sind die Herren: Rabzki (aus dem Posenischen, Am. d. Übers.), russische Juden und Anhänger der Sozialdemokratie des Königreichs Polen und Litauens.

Das größte Verständnis für die polnischen Aspirationen zeigen gewisse lose politische Gruppen, die mit diesen beiden Richtungen unmittelbar nicht verbunden sind.

So im liberalen Lager das Wochenblatt „Forum“, in welchem die polnische Frage ihr ausgezeichnetster Kenner, der Übersetzer polnischer Meisterwerke, Herr Alfred Jensen, ständig verteidigt. Ebenso tatkräftig tritt für die polnische Sache der Bürgermeister von Stockholm, der Führer der unabhängigen Sozialisten, Abgeordneter Karl Lindhagen, ein erprobter und echter Pazifist ein, indem er die Notwendigkeit der Wiederherstellung eines unabhängigen Polens im Interesse eines dauernden Friedens hervorhebt.

Auch seine Schwester, Fräulein Anna Lindhagen, eine bekannte Publizistin, stellt ständig ihre Feder in den Dienst Polens.

In den letzten Zeiten begegnet man in der polnischen und ausländischen Presse häufig Notizen von der Aktion der Gräfin Ledochowska in den Ländern Skandinaviens, — wandte ich ein.

— In der Tat, die Person der Gräfin Ledochowska ist einer der Mittelpunkte der Aktion zugunsten Polens im Norden. Ihr Name spielt dort eine große

Rolle. — Vor dem Kriege leitete Gräfin Ledochowska ein bekanntes Pensionat für polnische Damen in Finnland. Als österreichische Staatsbürgerin wiesen sie die russischen Behörden unmittelbar nach dem Ausbruch des Krieges aus, und sie fand sich mit 17 ihrer Mitarbeiterinnen in Schweden ein, wo sie sofort mit der ihr eigenen Tatkraft an die Arbeit ging, indem sie eine „Sprachschule“ (Sprok Institut) für Damen in Djursholm, einer Sommerfrische, die eine halbe Stunde von Stockholm entfernt ist, gründete. Nebenbei bemerken wir, daß sich die Gräfin Ledochowska durch so phänomenale sprachliche Fähigkeiten auszeichnet, daß sie in kurzer Zeit während ihres Aufenthaltes in der Verbannung in Schweden die schwedische Sprache erlernte, um Vorträge über die polnische Frage in schwedischer Sprache fließend halten zu können, was ihr wirklich gelungen ist. Sie wohnt in einer schönen Villa in Djursholm, wo sich die Polen versammeln, und sie hat in verschiedenen schwedischen Kreisen eine so große Bedeutung und so große Einflüsse, daß man sie den „polnischen Botschafter“ nennt.

Gräfin Ledochowska widmete sich in Skandinavien besonders der Hilfsaktion für Polen, und sie begann in dieser Richtung die dortige öffentliche Meinung aufzuklären, indem sie in verschiedenen Städten begeistert Vorträge hielt, entsprechende Publikationen verbreitete usw. Obgleich diese Aktion in materieller Beziehung keine außerordentlichen Erfolge hatte, weil diese Länder schon vorher durch Geldsammlungen für Belgien in Anspruch genommen worden waren, so zeitigte sie doch in anderer Beziehung äußerst günstige Ergebnisse.

Sie hat die polnische Sache im Norden volkstümlich gemacht und bei dem Fremden für uns große Sympathien erworben. Gräfin Ledochowska hat es nämlich verstanden, ihre Aktion nicht nur in den aristokratischen, sondern auch in den demokratischen und sozialistischen Kreisen zu entfalten.

Zusammen mit einem Kreis von Stockholmer Polen zieht gegenwärtig Gräfin Ledochowska eine Popularisierung der polnischen Sache mit Hilfe von Lichtbildervorträgen in den Schulen in Erwägung. Gegenstand der Erwägung ist auch der Plan der Herausgabe eines Eintagsblattes, welches ausschließlich der polnischen Sache gewidmet sein wird, oder die Organisation irgend einer nicht periodischen Publikation, zu deren Teilnahme sich schon die hervorragendsten literarischen Federn Schwedens und Dänemarks angemeldet haben.

Besteht außer der Gräfin Ledochowska noch irgend ein polnischer Mittelpunkt in der Hauptstadt Schwedens?

Wie ich schon eingangs erwähnt habe, wohnt in Schweden, überwiegend in seiner Hauptstadt eine handvoll Polen, die hier entweder der Krieg überrascht hat und die in das Königreich Polen nicht mehr zurückkehren konnten, oder die aus irgend welchen anderen Gründen nach Schweden gereist sind. Es sind hier viele Juden, die hier absichtlich eingetroffen sind, um Geschäfte zu machen, wozu sich Stockholm, besonders in der gegenwärtigen Zeit dank seiner bequemen Lage ausgezeichnet eignet. Die Juden vermitteln im Handel zwischen Rußland und anderen Ländern, und sie raffen in kurzer Zeit ein riesiges Millionenvermögen zusammen, oder ... sie machen bankerott.

Von hervorragenden Persönlichkeiten weilen in Stockholm: Professor Dobrowolski aus Warschau, der bekannte Naturforscher, er beschließt hier eine wissenschaftliche Monographie über das Eis; Herr Wladislaus Rabzki, früherer Schriftleiter des Kurjer Warszawski (aus dem Posenischen); Ingenieur Motkzynski, ein bekannter Mitarbeiter des Landwirtschaftlichen Zentralvereins im Königreich Polen; Ingenieur Dzierzawski Direktor der Aktiengesellschaft „Meridian“ in Warschau



Vorübergehend weist hier auch Herr Eustachius Dobiecki, ein Mitglied des russischen Staatsrats, T. P.

## Polnische Preßstimmen zu den letzten Kriegserklärungen.

Aus Nr. 242 der „Deutschen Warschauer Zeitung“ vom 1. September 1916.

### Die polnische Presse zur Kriegserklärung.

Wir geben nachstehend einige Äußerungen der polnischen Presse zur Kriegserklärung Rumäniens wieder:

„Gazeta Lódzka“

vom 29. August 1916.

Das Eintreten von Rumänien in den Weltkrieg auf Seiten der Koalition stellt zweifellos für die Zentralmächte eine Erschwerung ihrer Aufgabe dar. Darüber kann es keine andere Meinung geben.

Es handelt sich jetzt darum, wie groß diese Erschwerung sein wird, und ob tatsächlich die Gefahr besteht, daß der Anschluß Rumäniens an die Koalition es den Zentralmächten unmöglich macht, zu einem für sie günstigen Frieden zu gelangen.

Der Artikel bespricht dann die geographische Lage Rumäniens und kommt zu dem Schluß, daß seine strategischen Chancen grundsätzlich andere im Verhältnis zu Österreich-Ungarn als zu Rußland sind.

Denn während Rumänien auf der österreichischen Seite hier etwa 600 Kilometer offene Grenze besitzt, die überdies fast überall parallel mit der Achse des gesamten Territoriums verläuft, so ist die Grenze gegen Rußland um  $\frac{3}{4}$  weniger lang, und verhältnismäßig weit von den wertvollsten Teilen des Reiches, insbesondere von der Hauptstadt, von den Bahnknotenpunkten usw. entfernt. Aus diesen Tatsachen, die man auf jeder Karte feststellen kann, sind folgende Schlüsse zu ziehen:

Rumänien besitzt also gegen Österreich-Ungarn eine 600 Kilometer lange, auf den Bergen hinlaufende Grenze, die für eine rumänische Offensive keine besonders guten und für eine Defensive direkt fatale Chancen bietet.

Es werden dann die Bahnverbindungen in Rumänien als recht wenig günstig geschildert und betont, daß die Lage Rumäniens um so unvorteilhafter sei, weil es seine Grenzen auch gegen Bulgarien schützen müsse. Zum Schluß heißt es:

Das Hineinziehen Rumäniens in die Koalition erlaubt Rußland, seine Front zu verlängern und darauf hinzuwirken, Bulgarien zu „bestrafen“. Aber das sind mehr theoretische als praktische Möglichkeiten. Das Umgehen der Front der Zentralmächte von Siebenbürgen her ist für die Russen noch schwieriger, als das Durchbrechen der galizischen Front. Wenn es daher der dreimonatigen Offensive der Russen, die mit ebenso großer Reklame, als mit ungeheurer Verschwendung an Menschen und Munition ins Werk gesetzt ist, nicht gelungen ist, das erstrebte Ziel zu erreichen, so muß die rumänisch-siebenbürgische Kombination im Lichte dieser Tatsachen sehr zweifelhaft erscheinen.

„Kurier Warszawski“

vom 29. August 1916.

An die Kette der jetzt geführten Kriege schließen sich seit gestern zwei neue an. Die italienische Kriegserklärung an Deutschland, die Kriegserklärung Rumäniens an Österreich-Ungarn und die deutsche Kriegserklärung an Rumänien.

Es sind dies längs vorausgesehene Eventualitäten; die Welt hatte genügend Zeit, sich mit ihnen abzufinden. Im übrigen sind sie im Verhältnis zu dem ungeheuren weltgeschichtlichen Ereignisse keine allzu sehr ins Gewicht fallenden Geschehnisse. Nichtsdestoweniger muß man feststellen, daß die neue Kriegswelle einen großen Eindruck macht.

Der Artikel betont dann, daß diese Ereignisse die Hoffnung auf einen baldigen Frieden zunichte machen, und fährt fort:

Wie sich die Situation unter den neuen Verhältnissen gestalten wird, dies ergründen zu wollen wäre zwecklos, denn tatsächlich gibt es keine positiven Hinweise auf die bestehenden militärischen Absichten. Man darf jedoch auf Grund gewisser logischer Vorboten allgemeine Folgerungen ziehen, was erfolgen könnte.

Aus dem Umstand, daß Rumänien nur Österreich-Ungarn den Krieg erklärt, scheint hervorzugehen, daß es beabsichtigt, zusammen mit der russischen Armee Ungarn anzugreifen; da jedoch die Armee in Saloniki der Hilfe mehr bedarf, wird wahrscheinlich Rumänien die russische Armee nach Bulgarien durchlassen.

Die Gleichzeitigkeit der rumänischen und italienischen Erklärung läßt wiederum annehmen, daß die Italiener von dem Auftreten der Rumänen auf ihrer Front eine bedeutende Erleichterung erwarten und danach trachten werden, einen Teil ihrer Streitkräfte auf anderen Fronten zu verwenden. Die Kriegsschauplätze geraten auf jeden Fall in neue Bewegung.

„Gódzina Polski“

vom 29. August 1916.

Rumänien verkörpert eine Wehrmacht von einer halben Million Menschen. Eine ansehnliche Zahl. Aber die Größe dieser Zahl verschwindet in Anbetracht der Millionen, mit welchen man in letzter Zeit den Zentralmächten gegenübertrat. Die Koalition hat bei nicht einmal genauer Berechnung in letzter Zeit zwölf Millionen ins Feld geführt. Was für Erfolge hat sie damit erreicht? Es wird wohl niemand die Ansicht vertreten, daß gerade heute der entscheidende Moment kommen wird, wo sich zu diesen zwölf Millionen eine halbe Million Rumänen gesellt.

Kenner behaupten, daß Rumänien sehr schwach mit Munition versorgt ist. Und sogar noch schlimmer: die Versorgung nach dieser Richtung hin hängt von den Zentralmächten ab. Die rumänische Armee ist mit Gewehren von Mannlicher und mit Kanonen von Krupp und Skoda bewaffnet. Die Munition zu diesen Gewehren und Kanonen wird nur in Österreich und Deutschland hergestellt. Die englischen oder französischen Fabriken nach den Bedürfnissen Rumäniens umzustellen, ist keine Kleinigkeit. Wenn sich die vorhandenen Vorräte erschöpfen, wird sich Rumänien in einer schwierigen Lage befinden.

Anderes verhält sich die Sache bei dem Hauptgegner Rumäniens, der doch wahrscheinlich Bulgarien sein wird. Wahrscheinlich wird sich dieses für das niederträchtige, geradezu räuberische Verhalten Rumäniens im zweiten Balkankriege (1913) und für die Wegnahme der Dobrudscha rächen wollen. In Bulgarien wird der Krieg mit Rumänien in höchstem Maße populär sein. Und das ist von großer, sehr großer Bedeutung. Was die Munition anbetrifft, so wird Bulgarien so viel haben, wie es nur will.

Dies alles zusammengefaßt, müssen wir zu der Überzeugung kommen, daß das Eintreten Rumäniens in den Krieg nicht entscheidend ist und nicht entscheidend sein kann und daß es nicht die Rolle des Züngleins an der Wage spielt, wie es sich verschiedene vorstellen. Desgleichen kann es auch nicht der Anfang vom Ende in dem gegenwärtigen Kriege bedeuten. Im Gegenteil wird dieser Eintritt in den Krieg, von welchem Gesichtspunkte aus wir ihn auch betrachten,



nur eine Verlängerung des Krieges bedeuten. Erst dann, wenn die Koalition sich überzeugt hat, daß ihr Rumänien nicht helfen kann, erst dann kann man den Anfang vom Ende erwarten.

„Goniec Wieczorny“  
vom 30. August 1916.

Die vorgestrigen Depeschen brachten die Nachricht von der Kriegserklärung Italiens an Deutschland und kurz darauf Rumäniens Erklärung an die österreichisch-ungarische Monarchie.

Die erstere hat unter den gegebenen Umständen keine besonders wichtige Bedeutung und ist beinahe nur eine Formalität. Bisher hat Italien nur mit Österreich gekämpft, und seine gesamte Macht konnte nicht die eine österreichische Front bezwingen. Die Kriegserklärung an Deutschland führt keine neue Kraft ins Spiel und sichert dem Vierverband überhaupt keine besonderen Vorteile.

Andererseits jedoch verhält sich die Sache mit Rumänien. Ebenso mit Rücksicht auf die eine halbe Million zählende Armee, die allerdings nicht glänzendster Qualität ist, wie auf das Territorium, welches eine große strategische Bedeutung hat, bedeutet der Beitritt Rumäniens zum feindlichen Lager zweifellos ein Ereignis, mit dem ernstlich gerechnet werden muß. Es darf jedoch nicht überschätzt werden. Auf jeden Fall darf nicht vergessen werden, daß das Eingreifen Rumäniens seit Beginn des Krieges drohte, daß es mehrmals nahe der Verwirklichung war und von Seiten der Zentralmächte entsprechende Mittel hervorgerufen hatte.

Zweifellos haben auf den letzten Schritt Rumäniens die Erfolge der russischen Offensive eingewirkt, die zu diesem Zweck in gewandter Weise in Reklame gesetzt wurden. Im übrigen war die Grundlage schon lange vorbereitet, und im Laufe des Winters und Frühlings hat die Koalition keine Intrigen, Versprechungen, Bestechungen und Drohungen gespart, um dieses Land auf seine Seite zu ziehen. Seit einigen Wochen wiederholten sich, was die Absichten der rumänischen Regierung anbetrifft, alarmierende Gerüchte, die Gegenstand zahlreicher Kommentare in der deutschen und österreichisch-ungarischen Presse waren. Endlich kam vorgestern die Nachricht von der Kriegserklärung.

Alle Tatsachen lassen annehmen, daß die Behörden sowie alle Oberkommandos der Zentralmächte mit der Möglichkeit des Eingreifens Rumäniens gerechnet, daß sie entsprechende Anordnungen getroffen haben und durch diesen Überfall absolut nicht überrascht sind. In diesem Sinne sprechen sich die Zeitungsstimmen einstimmig aus.

„Nowa Gazeta“  
vom 30. August 1916.

... Etwas anders stellt sich die Frage des rumänisch-österreichischen Krieges dar. Rumänien ist mit einer ziemlich bedeutenden Wehrkraft ausgerüstet. Man hat die Kriegsstärke des Heeres auf eine halbe Million Mann berechnet. Als Zahl hat es seine Bedeutung, und es hat sich als annehmbare Kraft in dem Balkankriege gezeigt, der übrigens nicht durch Rumänien entschieden wurde. Als Organisation hat Rumänien im Vergleich mit dem glänzend geschickt durchgeführten mitteleuropäischen System so gut wie gar nichts zu bedeuten. Hier ist sein Wert sogar zweifelhaft. Der Koalition lag es an neuen Schwierigkeiten, und dies Ziel hat sie erreicht. Der Druck und die Versuchung haben das übrige getan. Rumänien war schon lange gierig nach Eroberungen. Es schwankte, ob es diese in Rußland, in Besarabien oder auch in Ungarn, in Siebenbürgen oder vielleicht in Bulgarien suchen soll. Hier geht es nicht um eigentliche nationale Lebensinteressen. Diese würden Rumänien gegen Rußland

fehren. Hier geht es einzig und allein um Gewinnchancen. Eine derartige Kalkulation ist jedoch ein Glücksspiel. Die Intervention Rumäniens hat, wie schon öfter ausgeführt worden ist, noch einen besonderen Charakter.

Es ist dies offenbar das letzte Aufraffen der Koalition, auf das jedoch die Zentralmächte zusammen mit der Türkei und Bulgarien vorbereitet waren. Jetzt muß die Entscheidung in schnellem Tempo erfolgen. Die Zahl auf Seiten der Koalition ist gewachsen, der Organisationsgeist auf Seiten Deutschlands und seiner Bundesgenossen, die durch die Deutschen geführt werden, wird sich noch vergrößern. Dieser gewandte und leistungsfähige deutsche Geist hat diese Konjunktur schon lange in den Kreis seiner Berechnung gezogen, der nunmehr die Kriegswogen wieder aufgepeitscht hat.

„Kurjer Polski“  
vom 31. August 1916.

In den letzten Wochen hat Rumänien im stillen die Mobilisation durchgeführt. Die Regierungen der Zentralstaaten kannten diese Vorbereitungen und ließen sich durch die zum Schein getroffenen wirtschaftlichen Abmachungen, welche die friedlichen Absichten von Rumänien beweisen wollten, nicht täuschen.

Welche Bedeutung wird nun das Auftreten dieses neuen Feindes auf dem Kriegsschauplatz haben? Die Antwort dürfte recht schwierig sein. Der jetzige Krieg hat soviel Berechnung und Hoffnung enttäuscht, daß man Horoskope nur mit großer Vorsicht stellen kann. Die öffentliche Meinung in Deutschland und Österreich-Ungarn hat die Kunde von dem Kriege mit Rumänien ernst, aber ohne Unruhe aufgenommen. Soviel man beurteilen kann, ist die Wehrkraft, welche Rumänien in die Wagschale werfen kann — wenn man sie auch nicht leicht nehmen soll — doch an sich keine bedeutendere Unterstützung der Koalition. Der Wert der rumänischen Armee für den Krieg ist sehr fraglich. Ihr Soldat war nie im Feuer. Er ist gut equipiert, er wird jedoch gegenüber den kriegserfahrenen deutschen, österreichisch-ungarischen, bulgarischen und türkischen Soldaten schwer standhalten können. Hinsichtlich der Munition und der Vervollständigung der Geschütze wird Rumänien vollständig von Rußland abhängig sein. Die wichtigste Bedeutung des Beitritts Rumäniens zu der Koalition scheint darin zu liegen, daß nunmehr seine Grenzen für den Einmarsch des russischen Heeres geöffnet sind, die von dort an die Grenze Bulgariens gelangen sollen. Welche Kräfte jedoch Rußland für diesen Zweck konzentrieren kann, kann man heute nicht angeben. Diese Kräfte müßten sehr bedeutend sein, um die Hoffnungen der Koalition zu verwirklichen. Das bulgarische Gebiet ist gebirgig und hat schwierige Straßen. Es eignet sich daher glänzend zur Verteidigung. Von diesen natürlichen Schwierigkeiten werden die Bulgaren sicherlich glänzenden Nutzen ziehen, zumal sie jeden Steg in ihrem Lande genau kennen. Es ist ja wahr, daß sie den Krieg nach zwei Fronten führen müssen, nach Süden und nach Norden. Der nahende Herbst, der in diesen Gegenden sehr früh eintritt, wird zweifellos die Klippen vermehren, mit welchen die Offensive zu kämpfen haben wird.

Aus Nr. 241 a der Godzina Polski (Warschau)  
vom 30. August 1916.

#### Die polnische Frage und der Krieg mit Rumänien.

Das neue Stadium des Krieges, das durch die aktive Beteiligung Rumäniens am Weltkriege geschaffen wurde, hat einen erklärlichen Eindruck gemacht und alle anderen Fragen in den Hintergrund gedrängt.



Gegenüber dieser Tatsache ließ sogar das Interesse für die vor kurzem bekannt gewordenen skandalösen Mißbräuche im Spitalwesen und beim Kohlenkonsortium nach, und das uns alle interessierende Thema läßt sich in die Frage zusammenfassen: Was für Folgen wird für uns der Anschluß Rumäniens an die Koalition haben?

Das Problem des Verhältnisses Rumäniens zu den kriegsführenden Mächten hat im Laufe der Zeit verschiedene Phasen durchgemacht. Sowohl die Berufs- als auch die Kaffeehauspolitiker haben sich damit beschäftigt und mit größerer oder geringerer Sicherheit die aktive Beteiligung Rumäniens auf dieser oder jener Seite prophezeit.

Schon zu Anfang des Krieges wurde angenommen, daß Rumänien nicht gleichgültig den sich rings umher abspielenden Ereignissen zusehen kann, sondern daß es sich derjenigen Seite anschließen wird, von der es glaubt, den meisten Nutzen ziehen zu können. Als die russische Offensive im Herbst 1914 bis nahe an Krakau heranreichte, glaubte man, daß Rumänien sich der Koalition anschließen und seinerseits Ungarn angreifen werde, in der Meinung, daß dieses nicht imstande sein wird, ihm entsprechende Kräfte entgegenzustellen. Diese Annahmen gingen nicht in Erfüllung, und Rumänien blieb passiver Zeuge des Triumphs des Großfürsten.

Als die deutsch-österreichische Offensive in Galizien begann, die 5 Monate lang die russischen Heere ohne Unterbrechung nach dem Osten drängte, glaubte man wieder einerseits, daß für Rumänien der günstigste Moment gekommen sei, den größten Nutzen einzuheimsen und das ersehnte Bessarabien von Rußland zu erlangen. Andererseits aber behauptete man, daß Rumänien von Rußland weitgehende Konzessionen erlangen und dem bedrohten Rußland zuhelfe kommen werde. Auch diese Prophezeiungen erfüllten sich nicht.

Die diesjährige russische Juni-offensive, die ebenfalls mit großen Opfern verknüpft und von geringem Erfolg begleitet war, hat wieder die Rumänenfrage in den Vordergrund geschoben und Diskussionen über die Beteiligung Rumäniens am Kriege hervorgerufen.

Mit einem Worte: Das, was man von Anfang des Krieges an angenommen hat, das ist jetzt erfolgt: Rumänien ist aktiv auf den Kriegsschauplatz getreten.

Wir können nicht die Gedankengänge der Staatsmänner, die die Geschicke der Staaten lenken; wir wissen nicht, was für Pläne in den Kabinetten der Ministerien gesponnen werden. Mit Bestimmtheit können wir jedoch behaupten, daß, wenn schon ein hausbackener Politiker oder Journalist mit der Möglichkeit eines Eingreifens Rumäniens rechnete, die Staatslenker dann doch mindestens über dieselbe Voraussetzung verfügen werden. Als Tatsache müssen wir es daher hinnehmen, daß sowohl die Koalition als auch die Zentralstaaten mit dem rechneten, was Rumänien jetzt getan hat.

In welchem Grade sie den Anschluß Rumäniens an die Koalition vorausgesehen haben, läßt sich augenblicklich nicht beurteilen. Der weit vorausschauende Politiker jedoch berücksichtigt alle Eventualitäten. Man kann also ruhig behaupten, daß auch die Zentralstaaten, die im Laufe des Krieges sich mit den schlimmsten Möglichkeiten abgefunden haben, auch in Betracht gezogen haben, daß mit der Zeit ein neuer Feind hinzutreten kann. Einen Beweis dafür haben sie zum mindesten durch die Regelung der wirtschaftlichen Angelegenheiten erbracht, die ihnen die Überwindung der Schwierigkeiten ermöglichten, die infolge der Verhinderung der Zufuhr von Nahrungsmitteln und Rohstoffen entstanden waren.

Wir müssen also annehmen, daß die Zentralstaaten mit dem Kriege gegen Rumänien gerechnet haben. Es ist aber schwerlich anzunehmen, daß jemand,

der eine Gefahr voraussieht, die Augen gegenüber derselben schließen und nichts unternehmen würde, was diese abwenden oder wenigstens vor ihren Folgen schützen würde. Umso mehr, wenn es sich um Sachen von so großem Werte handelt, wie es der Einfluß und das Resultat des Weltkrieges ist. Im Gegenteil muß man annehmen, daß die Zentralstaaten alle Maßnahmen ergriffen haben, um den Schlag zu paralisieren, den Rumänien früher oder später gegen sie führen wollte.

Wir haben im Juni 1915 gesehen, daß die Zentralstaaten auf einen Krieg mit Italien vorbereitet waren, obwohl dieses ihr Bundesgenosse gewesen ist, und der Ausbruch des österreichisch-italienischen Krieges hat auch nicht einen Augenblick die galizische Offensive aufgehalten oder auf den Verlauf des Krieges irgend einen Einfluß gehabt. Umso mehr werden sich die Zentralstaaten gegenüber Rumänien gesichert haben, da sie doch vorausjahen, daß es einmal die Maske abwerfen und sich auf die Seite werfen werde, auf der man das beste Geschäft machen kann.

Aus diesen Gründen ist es unangebracht, dem Eingreifen Rumäniens und den sich daraus ergebenden Folgerungen allzugroße Bedeutung zuzuschreiben. Zweifelloos kann die Verstärkung der Kräfte der Koalition zunächst die Verwirklichung der gefaßten Pläne behindern und ihre Ausführung aufhalten. Auf das endgültige Resultat jedoch kann das Eingreifen Rumäniens keinen Einfluß ausüben. Die bisherigen Ergebnisse des Krieges haben qualitativ ein solches Übergewicht der Zentralstaaten über die Koalition gezeigt, daß dieses Übergewicht durch den Eingriff des schwachen Rumäniens keineswegs auf der Seite der Koalition verschoben werden kann.

Wenn wir die Kriegsergebnisse unter dem Gesichtspunkt der polnischen Interessen betrachten, dann müssen wir erneut das konstatieren, was wir in unserem Programm bereits klargestellt haben, nämlich, daß wir nur durch den Sieg der Zentralstaaten die Möglichkeit haben, die Unabhängigkeit zu erlangen, und daß wir uns deshalb kräftig auf die Zentralstaaten stützen müssen. Der Sieg der Zentralstaaten wird durch das Eingreifen Rumäniens nicht in Frage gestellt; daher wird diese Tatsache auch auf unser Schicksal keinen Einfluß ausüben.

Aus Nr. 238 der Gazeta Poranna (Warschau)  
vom 29. August 1916.

#### Der Krieg Rumäniens mit Österreich-Ungarn.

An die neue Kriegserklärung knüpft das Warschauer Blatt u. a. folgende Bemerkungen:

Wir treten in einen neuen Abschnitt des Riesenkrieges als seine passiven Zuschauer und Zeugen ein. Aber jeder Pole weiß und fühlt, daß dieser Sturm, auf seinen feurigen Fittichen auch unser Schicksal trägt.

Blicken wir scharf und dreist in die Abgründe der Blitze und suchen wir in ihrem Licht den sichersten Weg.

Aus Nr. 435 des Czas (Krakau)  
vom 29. August 1916.

#### Der Krieg mit Rumänien.

Unter dieser Überschrift schreibt das Krakauer konservative Blatt u. a. folgendes:

Das rumänische Heer, welches ungefähr 600 000 Mann zählt, ist zwar kein Gegner, den man geringachtet, wenn man natürlich annimmt, daß sein Stab, sein Geist, seine Bewaffnung auf der Höhe der Mittelmächte und Bulgariens stehen. Es gelang ihm jedoch nicht, den Krieg unter dringenden und für die Mittelmächte und für Bulgarien ungünstigen Verhältnissen



zu beginnen. Deshalb beurteilt die Presse der Mittelmächte die bevorstehenden Ereignisse so ruhig.

Die Vermehrung der Zahl der Feinde heißt die Zahl seiner Bundesgenossen vermehren. Die Mittelmächte müssen um so mehr alles vermeiden, was für sie in Mitteleuropa Unmut oder Besorgnis erregen würde; noch mehr, sie müssen um so sorgfältiger das Kapital des Wohlwollens anhäufen, ohne welches es einen geschlossenen und starken Bund der mitteleuropäischen Völker nicht gibt. Auf den Akt Rumäniens sind die beste Antwort außer dem militärischen Akte — namentlich mit Rücksicht auf die weitere Zukunft nach dem Kriege — politische Akte, welche von einer Achtung der Individualität der Völker, namentlich des Volkes zeugen, welches von dem heutigen Bundesgenossen Rumäniens bisher so schwer bedrückt worden ist. Darin liegt die vorläufig vielleicht weniger augenscheinliche, aber tiefe Bedeutung, welche der Zusammenhang der rumänischen Frage mit der uns nächsten Frage besitzt.

Aus Nr. 420 des Glos Narodu (Kraukau)  
vom 29. August 1916.

#### Neue Kriege.

Unter dieser Überschrift knüpft der Kraukauer „Glos Narodu“ an die Besprechung der Kriegserklärungen Italiens und Rumäniens u. a. folgende Betrachtungen:

Dem Kriegsruf Rumäniens wird auf seiten der Mittelmächte die bisherige Lösung, die Lösung der Ausdauer und des Durchhaltens bis zum Siege entsprechen. Unlängst erscholl im ungarischen Reichsrat der begeistert aufgenommene Ruf, daß an der Grenze Siebenbürgens der Feind einem Soldaten begegnen wird, der zur Verteidigung der unantastbaren Grenzen der Krone des heiligen Stefan gleich einem Tiger kämpfen wird. Heute beginnt sich dieser Ausbruch der Begeisterung, diese Ankündigung, daß der Wille eisern und der Widerstand unerbittlich sein wird, zu verwirklichen. Der unmittelbare Angriff auf Ungarn, welcher aus der militärischen und politischen Ordnung der Dinge zu erwarten ist, wird neue Tatkräfte anspannen müssen und neue Strömungen auch moralischer Natur ins Spiel hineinziehen. Wir haben gesehen,

wie die Widerstandskraft der Mittelmächte gleichsam mit dem Wachstum der Aufgaben, welche vor sie traten, wuchs. Jetzt entsteht eine neue Aufgabe, an welcher sich die unbefiegbare Macht der Organisation und des leitenden Gedankens noch einmal erproben wird, welche den Mittelmächten alle Schwierigkeiten zu überwinden gestattet.

Zu den so vielen Kriegsberichten, welche in der Welt umlaufen, wird von heute ab ein neuer von der rumänischen Grenze hinzukommen. In den Staaten des Vierverbandes wehten die Fahnen, erschollen Rufe zu Ehren des neuen Bundesgenossen, sie stehen vor neuen Erwartungen entscheidender Ereignisse, die jenseits der Front schon so oft angekündigt wurden, die aber nach der Ankündigung niemals kamen. Die Mittelmächte stehen vor keiner Überraschung. Von Wien und Berlin aus wurde seit 2 Jahren das Gewölk beobachtet, welches den Gesichtskreis von rumänischer Seite verdunkelte, man wußte, was es verhüllt, und man rechnete mit der Möglichkeit eines Sturmes. Er kommt also nicht unerwartet, der neue Schlag fällt nicht auf entblößte Teile des mitteleuropäischen Organismus, sondern er stößt auf einen harten, seit langem gestählten Panzer. Diese Gewißheit befestigt heute die Völker Österreich-Ungarns in dem Glauben, daß auch dieser Angriffsversuch an der bewaffneten Kraft und an der moralischen Kraft der Monarchie zerschellen wird, — an der Kraft, die schon in zweijährigen Ringkämpfen erprobt worden ist und allen Anstrengungen der Feinde widersteht.

Aus Nr. 3090 der Gazeta Wieczorna (Lemberg)  
vom 28. August 1916.

#### Krieg mit Rumänien.

Unter dieser Überschrift schreibt das Lemberger Blatt u. a. folgendes:

Wir Polen, die wir mit der Dynastie und der Monarchie durch so viele Bande verknüpft sind und in dieser Verbindung das mächtige Gerippe des zukünftigen polnischen Gebäudes sehen, haben im ganzen Verlauf des Krieges unumstößliche Beweise geliefert, wie wir diese Verbindung auffassen. Der neue Feind wird in den polnischen Soldaten, die mit ihm zusammengeraten werden, einen unerbittlichen Gegner finden, wie jeder der bisherigen Feinde, denn sie werden, wie jeder Pole, unerschütterlich glauben, daß der neue Krieg die endgültige Lösung der polnischen Frage durch die Mittelmächte nur beschleunigen kann und beschleunigen muß.



in diesem Falle, wenn die Sache der Sache  
nicht die beweisende Wirkung hat.

Die Bedeutung der Sache der Sache  
ist, dass die Sache der Sache der Sache  
nicht die beweisende Wirkung hat.

Die Sache der Sache der Sache der Sache  
ist, dass die Sache der Sache der Sache  
nicht die beweisende Wirkung hat.

Die Sache der Sache der Sache der Sache  
ist, dass die Sache der Sache der Sache  
nicht die beweisende Wirkung hat.

Die Sache der Sache der Sache der Sache  
ist, dass die Sache der Sache der Sache  
nicht die beweisende Wirkung hat.

Die Sache der Sache der Sache der Sache  
ist, dass die Sache der Sache der Sache  
nicht die beweisende Wirkung hat.

Die Sache der Sache der Sache der Sache  
ist, dass die Sache der Sache der Sache  
nicht die beweisende Wirkung hat.